

DAS KAUSALE NEXUSBLATT

Vierteljährlich über Internet
OOOOOOOOOOOOOO

Nr 19

Winter 2006
OOOOOOOOOOOO

Weltkriege / heutige Kolonialkriege / Nächste Kriege
Die revisionistischen Fragen
OO

< [kausalenexusblatt at yahoo.de](mailto:kausalenexusblatt@yahoo.de) >
<http://geocities.com/ilrestodelsiclo>
< <http://aaargh.com.mx/deut/deut.html> >
<<http://vho.org/aaargh/deut/deut.html>>
OO

Hier versteckt sich übrigens ein merkwürdiges Paradoxon: Wieso leugnen Revisionisten eigentlich die Existenz von Gaskammern?
Isolde Charim

Es ist nicht Aufgabe des Staates, die Geschichte zu schreiben. Chirac

INHALT

1 – Ernst Zündel, et al., Gefängnis und Polizeistaat

Holocaustleugner Gernar Rudolf in Haft

Holocaust-Leugner. Nach David Irving wurde auch Gernar Rudolf verhaftet, von Christine Lugmayr

Düsteres Jahr für Holocaust-Zweifler

Auschwitzleugner an der Universität Lyon III, Bernhard Schmid

Vereinte Nationen (UNO) beschließen weltumfassendes Verbot für Geschichtsrevisionismus, Robert Faurisson

Hagener Arzt legte Broschüre aus: "Es gab keine Gaskammern" (1980)

Freiheit für Studiendirektor Ernst Günter Kögel!

Hier spricht die Macht, von Isolde Charim

Tummelplatz für Auschwitz-Leugner, von Hendrik Lasch

Rechtsextremer Parlamentarier verurteilt: Erstmals Holocaust-Leugner im Gefängnis? von Bernhard Schmid

Revisionistenhutz, Claus Nordbruch

Hartes Urteil gegen den Revisionisten

Georges Theil in Lyon, Robert Faurisson

2 – Ex Oriente Lux ?

Irans oberster Holocaustleugner und ein französisches Historikermanifest stellen dieselbe Frage, Christian Esch

Westliche Holocaust-Leugner stützen Präsident Ahmadinejads antijüdische Tiraden.

Moslembruderschaft bezeichnet Holocaust als Mythos

Islamismus und Neonazismus

Irans Präsident schockiert die Welt erneut mit antisemitischen Äußerungen, Michael Wrase

Holocaust-Leugnung: Europa über Ahmadinejad empört

Die Freunde des Präsidenten, Maxim Kammerer

"Ungezügelte Politik antisemitischer Verhetzung"

"Iran erhebt Irrsinn zu Staatsprogramm"

3 – Palästina und Nahe Osten

Jabbar al Kubaysi freigelassen: Antiimperialistisches Lager

Das Phantom von Abu Ghraib Interview mit Haj Ali al-Qaisi

Welke Blumen aus Galiläa, Karl Pfeifer

Romig lobt Jermas

Namenswechsel eines schwedisch-russischen Antisemiten, von Karl Pfeifer

Die Krokodilstränen der "politisch korrekten" Elite

Von Anfang an reaktionär, Von Michael Pröbsting

Wer ist Abbas wirklich? von Bruno Schirra

Die Freiheit, die sie meinen, VON CHRISTIAN ORTNER

"Der Holocaust ist eine komplette, von Amerikanern und Zionisten initiierte Fälschung"

Die Politisierung des Genozids — Arabische Perspektiven auf den Holocaust, Fakhri Saleh

4 – Revisionismus in deutsche Sprache

Kommuniqué Professor Robert Faurissons zu einem Aufruf von neunzehn Historikern

Dramatische Revision der Opferzahl von Majdanek, Jürgen Graf

Einschneidende offizielle Revision der Opferzahl von Majdanek, Robert Faurisson

Eine revisionistische Herausforderung an das US Holocaust Memorial Museum, Bradley Smith

Freiheit für die Geschichte, Dorothea Hahn

Altlasten des Kolonialismus, Marc Zitzmann

Russen recherchieren in der "Sache Holocaust" Wolfgang Strauss

Klage gegen Holocaust-Leugner in Österreich

Molau und der Zündelprozess, Gerd Honsik

Der Pariser Strafverteidiger Eric Delcroix über Gesinnungsstrafrecht, Folter und das ausreichende Instrumentarium gegen den Terror

SUCHEN UND FINDEN

Tschechien: Broschüre leugnet Holocaust / Ahmadinedschad nennt Holocaust einen "Mythos" / Rolf Josef

Eibicht / Das Collegium Humanum

/ Hans Meiser / **Holocaust-Leugner und ihre Gegner im Internet / Israel Shamir: Blumen aus Galiläa**

1 – Ernst Zündel, et al., Gefängnis und Polizeistaat

PSEUDO-WISSENSCHAFTLICH ?

Holocaustleugner Gernar Rudolf in Haft

Wie aus einem Rundbrief des Holocaustleugners Arthur Butz hervorgeht, wurde der deutsche Justizflüchtling Gernar Rudolf in Haft genommen. Bestätigt wurde die Nachricht in einer Email von Rudolfs amerikanischer Ehefrau.

Zur Verhaftung kam es demnach unmittelbar nach einer persönlichen Vorsprache bei der amerikanischen Einwanderungsbehörde INS am 19. Oktober. In dem Termin sollte geklärt werden, ob es sich bei Rudolfs Eheschließung mit einer amerikanischen Bürgerin um eine Scheinehe handeln könnte. Die Verhaftung wurde von der für Ausweisungen zuständigen Behörde vorgenommen.

Gernar Rudolf ist der Verfasser eines pseudo-wissenschaftlichen "Gutachtens", in dem er den Judenmord durch die Nationalsozialisten bestreitet. Er entzog sich 1995 dem Haftantritt nach einer Verurteilung zu 18 Monaten Haft wegen Volksverhetzung durch das Landgericht Stuttgart, schlüpfte kurzzeitig in Spanien unter und ließ sich dann in Großbritannien nieder, wo er den Verlag "Castle Hill Publishers" gründete. Nachdem er sich schließlich in Chicago niedergelassen hatte, stellte er einen Antrag auf politisches Asyl. Zur Begründung führte er aus, dass er in der Bundesrepublik Deutschland

in seinem Grundrecht auf freie Meinungsäußerung behindert werde.

Nach dem Scheitern seines Antrags auf politisches Asyl in den Vereinigten Staaten Ende letzten Jahres tat Rudolf unverhohlen kund, dass er nun nur noch über eine Eheschließung an einen permanenten Aufenthaltsstatus kommen werde. Die Hochzeit fand schließlich an dem geschichtsträchtigen Datum des 11. September 2004 in Chicago statt. Arthur Butz und der australische Holocaustleugner Fredrick Toben fungierten als Trauzeugen, nachdem der damals 69-jährige Rudolf Großkopf aus dem baden-württembergischen Königsbrunn wegen einer Hausdurchsuchung als Trauzeuge ausgefallen war. Der enge Vertraute von Gernar Rudolf hatte dessen beträchtliche Einnahmen aus geschichtsrevisionistischen Schriften in über eine bundesdeutsche Bank verwaltet und regelmäßig an ihn weitergeleitet. Vollzogen wurde die Trauung von "Pastor" Robert Countess, eine weitere bekannte Figur aus der Riege der Holocaustleugner. Von der frischvermählten Braut gab es keine Fotos zu sehen.

Zur Verhaftung Rudolfs soll es gekommen sein, weil er angeblich einen angeordneten Termin der Einwanderungsbehörde ungenutzt habe verstreichen lassen. Inzwischen wird in einschlägigen Foren auf den Webseiten von "Revisionisten" zu Spenden aufgerufen.

Sollte sein Antrag auf politisches Asyl auch von einem Bundesgericht abgelehnt werden, droht ihm unabhängig von seiner Eheschließung die Ausweisung nach Deutschland. In einer handschriftlichen Notiz wies Rudolf bei seiner Verhaftung seine Ehefrau an, sich mit einer Kontaktperson mit dem Decknamen "Wiking" in Verbindung zu setzen, um den Fortbestand seiner Aktivitäten zu sichern.

idgr - 26. Oktober 2005

<http://www.idgr.de/news/2005/n051026-a.php>

17 November 2005

Freunde:

Gernar hat mich am Sonntag, dem 13. Nov. 2005 drei Mal angerufen.

An diesem Tag telefonierte er morgens, um mitzuteilen, daß die Telefonapparate der drei Personen, denen er eine Mitteilung machen wollte, blockiert seien. Dieses Vorkommnis braucht nicht unbedingt einen bösen Ursprung zu haben und ist an Sonntagen, wo die Leitungen exzessiv benutzt werden - nicht ungewöhnlich. Gernar bat mich, diese drei Personen zu kontaktieren.

Gernar rief mich erneut am Spätnachmittag an. Er war informiert, daß seine Abschiebung in die BRD am 14. Nov. stattfinden würde. Überdies brachte er zum Ausdruck, er würde vermutlich zu einer 5-jährigen Haft verurteilt werden mit darauffolgendem Verbot, die BRD für 20 Jahre nicht verlassen zu dürfen. Diese Information hat er Medienberichten aus Deutschland entnommen.

Während des Gesprächs bat er mich, seine Frau am Montag, dem 14. Nov. '05 zu kontaktieren, einerseits wegen Bestätigung seiner Deportation in die BRD, andererseits um diese Nachricht weltweit an Freunde und Unterstützer weiterzuleiten. In seinen Abschiedsworten bat er, seine wissenschaftliche Arbeit aufrecht zu halten, zu fördern und diese weitmöglichst zu verbreiten.

Später an diesem Sonntag - es war gegen 20:45 - rief er abermals an und bat, daß ich seine Frau anrufe - deren Telefon blockiert war - , ihr zu vermitteln, daß die Telefonapparate im Gefängnis (Chicago) jeden Moment abgeschaltet würden und er danach keine Gelegenheit mehr hätte, sich mit ihr noch persönlich in Verbindung zu setzen, sich persönlich von ihr zu verabschieden. Ich sollte ihr sagen, daß er sie sehr liebe, daß er sie und ihr Kindchen (8 Monate alt) vermissen würde.

Diese Nachricht kommunizierte ich unmittelbar darauf.

Da ich am Montag (14. Nov. 05), keine weitere Nachricht von Gernar erhielt, vermutete ich das Schlimmste. Von seiner Deportation erfuhr ich erst, nachdem die emails darüber am Dienstag (15. Nov. 05) einströmten.

A.R. Butz

ZWEI LEUGNER FESTGENOMMEN

Holocaust-Leugner. Nach David Irving wurde auch Germar Rudolf verhaftet.

von Christine Lugmayr

Wien. Gleich zwei Holocaust-Leugner wurden in den vergangenen Tagen festgenommen. David Irving wurde am 11. November in der Steiermark verhaftet. Gegen den 67-jährigen Briten lag ein österreichischer Haftbefehl aus dem Jahr 1989 vor. "Seit damals ist eine gerichtliche Voruntersuchung wegen Paragraf 3g Verbotsgesetz anhängig", erklärt Otto Schneider, Sprecher der Staatsanwaltschaft Wien. Denn Irving leugnete bei Vorträgen in Wien und Leoben die Existenz von Gaskammern. Seit Freitag sitzt er nun in Untersuchungshaft.

Was wollte Irving nun wieder in Österreich? Er wollte wieder einen Vortrag halten. Die Einladung kam von der als sehr rechts geltenden Burschenschaft "Olympia". Auf deren Stiftungsfest sollte er laut Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes (DÖW) einen Vortrag über "Verhandlungen Adolf Eichmanns mit den jüdischen Führern Ungarn Brand und Kastner halten". Eichmann war Organisator von Deportationen von Juden aus ganz Europa in die Vernichtungslager gewesen.

Der britische Holocaust-Leugner ist häufiger Gast bei derartigen Veranstaltungen. "Irving ist - so wie das Grab von NS-Flieger Walter Nowotny - ein Symbol der rechten Szene", erklärt Gerhard Jagschitz, Wiener Professor für Zeitgeschichte. Er gehört zu den "rechten Popstars". Seine Aufgabe sei die eines "politischen Wanderpredigers". Die rechte Szene ist international gut vernetzt. Daher ist es nicht weiter unüblich, dass ausländische Vortragende auch einmal nach Österreich kommen.

Ein weiterer dieser "Popstars" ist laut Jagschitz der Deutsche Germar Rudolf. Allerdings wurde auch er nach zehnjähriger Flucht in die USA am Dienstag in Frankfurt am Main festgenommen. Der 41-jährige Diplom-Chemiker war unter zahlreichen Pseudonymen aktiv. Ernst Gauss, Manfred Köhler, Berns Reichert und Angela Schneider sind nur einige von ihnen.

Rudolf veröffentlichte 1991 ein Gutachten, in dem er behauptet, in den Gaskammern des NS-Vernichtungslagers Auschwitz sei nie das Giftgas Zyklon-B eingesetzt worden. Das Ziel des Gutachtens war es, den systematischen Mord in den Gaskammern mit angeblich wissenschaftlichen Methoden zu widerlegen.

Diese Vorgehensweise ist ein bekanntes Schema, weiß Geschichtspräsident Jagschitz. Wissenschaftliche Arbeiten werden für politische Interessen genutzt.

In Österreich gibt es derzeit laut Jagschitz keine derartigen "Größen". Die österreichische Justiz habe die Zellen weitgehend zerschlagen. Viele der früheren Aktivisten hätten lange Haftstrafen abgesessen und seien seither auch nicht mehr aktiv.

Auch habe die Distanzierung von FPÖ und BZÖ von den rechtsextremen Kreisen dazu beigetragen, dass die Szene nicht wieder erstarken konnte, erklärt der Geschichtspräsident im Gespräch mit der "Presse".

Ein Fall des Verdachtes der NS-Wiederbetätigung ist allerdings in Österreich erst kürzlich vorgekommen: Gegen den ehemaligen FP-Bundesrat John Gudenus wird wegen dessen Aussage bei einem Besuch des KZ Mauthausen ermittelt. Dort soll er gesagt haben, die jugendlichen Häftlinge würden auf den Bildern besser als er selbst aussehen.

Eine Entscheidung, ob es zu einer Anklage kommt, wird laut Staatsanwaltschaft voraussichtlich bereits in den kommenden Tagen fallen.

Die Presse.com 19. November 2005.

<http://www.diepresse.com/Artikel.aspx?channel=p&ressort=i&id=520808>

VOLKSVERHETZUNG, BELEIDIGUNG UND AUFSTACHELUNG

Düsteres Jahr für Holocaust-Zweifler

Die Reihen der mutmaßlichen Holocaust-Leugner sind in diesem Jahr dezimiert worden. Neben dem britischen Rechtsextremisten David Irving, der auf Grund eines Haftbefehls aus dem Jahr 1989 am 11. November in der Steiermark verhaftet wurde, klickten am vergangenen Dienstag in Frankfurt

am Main für den seit zehn Jahren gesuchten Deutschen Germar Rudolf die Handschellen. In Mannheim steht unterdessen der Deutsche Ernst Zündel vor Gericht.

Germar Rudolf in Frankfurt verhaftet Der 41 Jahre alte Rechtsextremist Rudolf war vor seiner Verhaftung von den Vereinigten Staaten abgeschoben worden. Der Verfasser des so genannten Rudolf-Gutachtens wurde nach Baden-Württemberg gebracht, teilte die Staatsanwaltschaft Stuttgart mit. Dort war er im Juni 1995 wegen Volksverhetzung, Beleidigung und Aufstachelung zum Rassenhass zu 14 Monaten Haft verurteilt worden. In seinem angeblich wissenschaftlichen, 1991 veröffentlichten Gutachten hatte der Diplom-Chemiker behauptet, dass in den Gaskammern des NS-Vernichtungslagers Auschwitz nie das Giftgas Zyklon-B eingesetzt worden sei. Gegen Rudolf besteht seit 2004 ein weiterer Haftbefehl des Amtsgerichts Mannheim. Die dortige Staatsanwaltschaft will ihn wegen der Veröffentlichung von rechtsextremistischer Propaganda im Internet belangen. Rudolf unterhielt in den USA Kontakte zu anderen Rechtsextremen, unter anderem zu Zündel.

Prozess gegen Zündel in Deutschland Der Prozess gegen Zündel in Mannheim ist unterdessen am zweiten Verhandlungstag - ebenfalls am Dienstag - geplatzt und muss neu aufgerollt werden. Das Verfahren wird ausgesetzt, bis ein neuer Pflichtverteidiger für den 66-Jährigen gefunden wird, entschied das Landgericht Mannheim. Dienstag. Der vorsitzende Richter Ulrich Meinerzhagen hatte zum Prozessaufakt in der vergangenen Woche Zündels Pflichtverteidigerin Sylvia Stolz das Mandat entzogen. Sie hatte den mit einem vorläufigen Berufsverbot belegten rechtsextremen Anwalt, früheres Mitglied der Terroristengruppe Rote Armee Fraktion, Horst Mahler, als juristische Hilfskraft berufen. Von einem neuen Pflichtverteidiger verspricht sich das Gericht einen zügigen Verhandlungsablauf. In dem Prozess wird Zündel Volksverhetzung und die Verharmlosung des Holocaust vorgeworfen. Laut Anklage hat er auf der von ihm verantworteten Internet-Homepage "Zundel site" sowie in von ihm versandten "Germania-Rundbriefen" nazistische und antisemitische Propaganda betrieben. Zündel war im Februar nach jahrelangem Tauziehen als unerwünschte Person aus Kanada abgeschoben worden und sitzt seitdem in Deutschland in Untersuchungshaft. Bei einer Verurteilung droht dem Beschuldigten eine Freiheitsstrafe von bis zu fünf Jahren.

Kurier 18.11.2005

<http://www.kurier.at/oesterreich/1183139.php>

REALITÄT DER SHOAH IN FRANKREICH

Diplomarbeiten eines Geschichtsrevisionisten vor Gericht:

Auschwitzleugner an der Universität Lyon III

Bernhard Schmid

An Auschwitzleugnern mangelt es nicht an der Universität Lyon-III. Das ist spätestens seit der "Notin-Affäre" um den rechtsextremen Professor Bernard Notin, der Anfang der Neunziger Jahre mit Lehrverbot belegt wurde, allgemein bekannt. Jetzt sind auch die Behörden tätig geworden. Allerdings nicht gegen die Negationisten, wie die Leugner der Realität der Shoah in Frankreich genannt werden, sondern gegen einen ihrer schärfsten Kritiker.

Der Student Marc Jampy stand früher der Vereinigung Hippocampe vor, die anlässlich der Debatte um die Notin-Affäre gegründet worden war, um die Neofaschisten und die Auschwitzleugner an der Universität Lyon-III zu bekämpfen. Anlässlich des Jahrestags der Deportation von 86 jüdischen BürgerInnen Lyons durch [Klaus Barbie](#) hielt Marc Jampy, am 10. Februar 2002, eine Rede. Nach den feierlichen Ansprachen der Offiziellen das Wort ergreifend, hatte er einige Ereignisse an der Hochschule während der letzten zehn Jahre in Erinnerung gerufen. Dabei kritisierte er auch den damaligen Rektor der Universität, Gilles Guyot. Nicht nur, weil er stets Nachgiebigkeit gegenüber den Umtrieben der einschlägigen Kreise an den Tag gelegt hatte, sondern konkret auch wegen seines gescheiterten Plans, einer Vereinigung rechtsextremer Hochschulprofessoren zu außeruniversitären Zwecken eine Finanzierung zu beschaffen.

Daraufhin klagte Guyot gegen den Studenten. Die Strafanzeige reichte er nicht in Lyon, sondern bei einem Untersuchungsrichter in Paris ein - wohl weil er hoffte, einige persönliche Kontakte im Gerichtsmilieu seien ihm dabei von Nutzen. Im Juni 2003 erhielt Marc Jampy daraufhin eine

Vorladung nach Paris. Da der Student kein Geld hatte, um sich eine Fahrkarte zu kaufen, legte er Widerspruch ein. Diesem wurde stattgegeben, und im September 03 erhielt er eine Vorladung zum Lyoner Gericht, die allerdings keinen Namen eines zuständigen Richters, der betreffenden Strafkammer oder ähnliche Angaben enthielt. Auf Anraten seines Anwalts hin begab er sich deswegen nicht zum Gericht. Im Dezember folgte eine zweite Vorladung, die aber offenbar vom zuständigen Polizeikommissariat nicht zugestellt wurde.

Jetzt beschloss das Gericht, seiner Autorität Nachdruck zu verleihen - und ließ Jampy am 20. Januar einfach zu Hause festnehmen. Der Student wurde durchsucht, mit Handschellen versehen und nackt in eine Zelle gesteckt. Sein Anwalt konnte ihn freibekommen, doch zwei Tage später musste Jampy jetzt in Paris vor dem Untersuchungsrichter antreten. In Lyon rief diese Behandlung einen Skandal hervor: Noch nie ist einem der Auschwitzleugner von Lyon-III eine vergleichbare Behandlung widerfahren, wie Hippocampe und die Liga für Menschenrechte (LDH) betonten. Am 30. Januar schrieben sie deswegen an Bildungsminister Luc Ferry. Seitdem hat sich nichts getan.

Lyoner Traditionen auf der politischen Rechten

Die Hochschule Lyon-III, die unpassenderweise den Namen des von Klaus Barbie zu Tode gefolterten Résistance-Kämpfers Jean Moulin trägt, entstand aus einer Zweiteilung der Universität von Lyon im Jahr 1973. Bei der damaligen Entscheidung des Bildungsministeriums ging es darum, dem rechtsten Flügel der Lyoner Bourgeoisie ein Zugeständnis zu machen, der über einen eigenen Einflussbereich im Hochschulsektor verfügen wollte. Das Bürgertum von Lyon hat historische Traditionen, die schon immer eher zur Kollaboration als zur Résistance führten.

Lyon ist auch die Stadt, deren bürgerliche Rechte sich anlässlich der Kommunalwahlen von 2001 in zwei beinahe exakt gleich große Lager aufgespalten hat. Neben den "normalen" Konservativ-Liberalen fand man, mit ebenfalls über 20 Prozent der Stimmen, die Anhängerschaft des rechtskatholischen Politikers Charles Millon. Millon gehört zu jenen konservativen Regionalpolitikern, die im März 1998, nach den damaligen Regionalparlamentswahlen, ein Bündnis mit dem Front National (FN) von Jean-Marie Le Pen eingegangen waren. Jedenfalls nahm er die Stimmen des örtlichen FN, der in Lyon vom "Generalbeauftragten" der Partei Bruno Gollnisch vertreten wird, zu seiner Wiederwahl als Regionalpräsident an.

Doch während andere Protagonisten, die zur gleichen Zeit mit den Stimmen der FN-Parlamentarier an die Spitze französischer Regionen gewählt wurden (Jacques Blanc in Montpellier, Jean-Pierre Soissons in Dijon, Charles Baur in Amiens), dieses faktische Bündnis verschämt abstritten, ging Charles Millon seinerseits in die Offensive. Er verließ daraufhin die christdemokratisch-liberale UDF. Und im Frühsommer 1998 bereitete er eine eigene Parteigründung unter dem Namen "La Droite" (Die Rechte) vor, die im November 1998 zur eingetragenen Partei unter dem Namen "Christlich-liberale Rechte" (DCL) wurde. Sie sollte den rechten Rand der Konservativen neu formieren. Doch während die neue Partei frankreichweit von Erfolglosigkeit geplagt blieb (mangels Masse konnte sie nicht zu den Europaparlamentswahlen 1999 antreten), wurden die Millon-Anhänger in Lyon zu einer bedeutenden Kraft auf der örtlichen Rechten. 23 Prozent der Stimmen erhielt Millon als Oberbürgermeister-Kandidat in der Stadt am Zusammenfluss von Rhône und Saône.

Nunmehr ist es allerdings mit Glanz und Herrlichkeit dennoch vorbei. Seine ehemalige Partei, die UDF, hatte Charles Millon schon 1999, durch eine Allianz mit den Sozialdemokraten, aus dem Sessel des Regionalpräsidenten entfernen lassen. Und jetzt ist Millon, 2003, auf den Posten eines französischen Botschafters bei der Welternährungsorganisation FAO weggeelobt worden. Dort kann er vermutlich nicht mehr so viel Schaden anrichten - hoffen wir's.

Ein universitärer Tummelplatz für Rechtsextreme und Auschwitzleugner

Zurück also zu Lyon-III. An dieser Hochschule unterrichteten skandalumwitterte Figuren wie der rechtsextreme Kolonialhistoriker Bernard Lugan, der es witzig fand, in Uniform der Kolonialtruppen und mit Peitsche in der Hand Vorlesung zu halten. Hier unterrichtet auch der Blut- und Boden-Ideologe Pierre Vial als Historiker, der jahrelang ein - inzwischen geschlossenes - "Institut für indoeuropäische Studien" (das IEIE, auch "yéyé" genannt) leitete. Früher nannte man das, was der Mann dort betrieb, auch Arierforschung. Und auch der Front National-Spitzenpolitiker Bruno Gollnisch hat einen Lehrstuhl, für Jura und Japanisch, inne.

Streit um eine Diplomarbeit über "Vergasung von Flöhen in deutschen KZs"

Manchmal kann der an Lyon-III herrschende Ungeist dann sogar an die "andere" Hochschule, die aus der administrativen Trennung von 1973 hervorging, übergreifen. Nehmen wir den ehemaligen Studenten, jetzigen (arbeitslosen) Historiker und negationistischen Multi-Aktivist Jean Plantin. Der heutige Enddreißiger erhielt 1990 einen Magistertitel an Lyon-III mit der Note "Sehr gut". Der Inhalt seiner Diplomarbeit ist den Ideen von [Paul Rassinier](#) gewidmet, einem derjenigen Ideologen des

französischen Negationismus und Geschichtsrevisionismus, die einstmals von der Linken herübergewandert sind. (Die Motivation des gegen Lebensende reichlich "durchgeknallten" Rassinier bestand vermutlich vorwiegend darin, die These "den Zweiten Weltkrieg zu führen, war schlimmer, als es gewesen wäre, Hitler zu dulden" zu rechtfertigen.)

Die Diplomarbeit beginnt mit einem längeren Zitat aus den "Revisionistischen Geschichtsannalen" (Annales d'Histoire Révisionniste), die immerhin eine verbotene Publikation darstellen. Eine der Thesen der Arbeit lautet, die europäischen Juden seien nicht vernichtet worden, sondern alle mit Hilfe zionistischer Organisationen in die USA ausgewandert.[1]

Mit seinem Magistertitel ausgestattet, konnte Plantin sich im folgenden Jahr 1990/91 an der benachbarten Universität Lyon-II einschreiben, die bei der administrativen Trennung von 1973 eher dem "Mitte-Links"-Spektrum zugeschlagen wurde. Dort erhielt er 1991 einen weiterführenden Titel, den DEA (Diplômes d'études approfondies, Diplom für vertiefte Studien). Es handelt sich um eine Art Aufbaudiplom, das zum Einschreiben in eine Doktorarbeit befähigt sowie eine universitäre Lehrerlaubnis bildet. Thema der DEA-Arbeit: "Typhusepidemien in deutschen Konzentrationslagern". Die zentrale These lautet, die Gaskammern in den deutschen KZs hätten allein dazu gedient, Flöhe zu vernichten, um die Übertragung von Typhus unter den Häftlingen (eine Krankheit, die durch Flöhe übertragen werden könne) zu verhindern.

1991 konnte Jean Plantin sich mit dem DEA schmücken, der ihm durch den Professor Yves Lequin verliehen wurde. 1999, als nähere Details zum Inhalt der Arbeit herauskamen, gab es einen öffentlichen Skandal.[2]

Daraufhin gab der Professor zu seiner (zweifelhaften) Verteidigung an, er habe deren Text überhaupt nicht durchgelesen. Vielmehr habe er auf das Werturteil seines Kollegen von Lyon-III vertraut, der dem Studenten ja schon für seine Magisterarbeit ein "Sehr gut" erteilt habe. Und als armer geplagter Universitätsprofessor kann man doch nicht alles lesen, was einem so auf den Tisch kommt ... Später sollte sich noch herausstellen, dass mehrere der Professoren, die als Mitglieder der siebenköpfigen DEA-Jury unterschrieben hatten, bei der Vorstellung der Arbeit trotz gegenteiliger Behauptung mit ihrer Unterschrift gar nicht anwesend waren. (Inzwischen behaupten mehrere Beteiligte, dass die Jury gar nie zusammengetreten sei. Demnach soll der Titel auf guten Glauben hin verliehen worden sein. Man mag darüber diskutieren, was schlimmer wäre: Ein solcher "Blindflug" seitens hochrangiger Akademiker, wenn diese Version denn stimmt, oder eine Diplomierung des Kandidaten unter Kenntnis seiner "Forschungsarbeit".)

Aufgrund dieses Vorgangs, also der Verleihung eines Diploms ohne vollständige Anwesenheit der für die Begutachtung der Arbeit zuständigen Jury, hat die Universität Lyon-II den DEA im Dezember 2000 annulliert. Im Jahr 2001 hob daraufhin auch Lyon-III den im Vorjahr erworbenen Magistertitel auf, unter Berücksichtigung des Inhalts der beiden Abschlussarbeiten Jean Plantins.

Doch damit war die Affäre leider nicht zu Ende. Denn Plantin zog gegen die Aberkennung seiner beiden Diplome vor Gericht ungeachtet der Tatsache, dass er selbst im Januar 2003 zu sechs Monaten Haft ohne Bewährung verurteilt worden war. Und zwar wegen Wiederholungstäterschaft bei verbotener geschichtsrevisionistischer Propaganda, unter anderem mittels der von Plantin herausgegebenen Zeitschrift Akribeia (vom griechischen Herkunftswort für Akribie).

Und er erhielt Recht. Aus formalen Gründen: Eine Anfechtung eines einmal erworbenen, universitären Diploms könne nur in den vier Monaten nach seiner Verleihung erfolgen. So wolle es, den Richtern zufolge, das geltende öffentliche Recht, denn prinzipiell kann ein Verwaltungsakt (acte administratif) nur in den vier Monaten nach seinem Erlass angefochten werden. (Was aber, wenn gar keine endgültige Entscheidung vorliegt, da deren Minimalvoraussetzungen nicht erfüllt sind...?) Die Richter gaben an, sie hätten darüber hinaus "nicht über den Inhalt der fraglichen Arbeiten zu befinden". Doch dieser dürfte tatsächlich gegen geltende Gesetze verstoßen, besonders die Loi Gayssot vom 1. Juli 1990, die verschärfte Strafen für rassistische Propaganda sowie die Strafbarkeit der Leugnung des Holocaust einführt.

Jean Plantin hat bisher durch zwei Instanzen hindurch Recht behalten. Und seine beiden Diplome, Magister und DEA, zurück bekommen. Das zweite Urteil, vom Berufungsgericht Lyon, erfolgte soeben, Ende Januar 2004.

Bernhard Schmid, Paris erstmals veröffentlicht bei: hagalil.com, 8.2.2004
<http://www.idgr.de/texte/rechtsextremismus/frankreich/auschwitzleugner-lyon.php>

DER INHUMANE ABYSSUS

Vereinte Nationen (UNO) beschließen weltumfassendes Verbot für Geschichtsrevisionismus

Robert Faurisson

Am 1. November wurde von allen Repräsentanten der 191 Nationen, die in den Vereinten Nationen vertreten sind, einstimmig und ohne vorausgegangene Wahl, eine in Israel konzipierte Resolution angenommen, die den 27. Januar als "Internationalen Gedenktag der Opfer des Holocausts" proklamiert. Zudem wird in der Resolution **"jegliche Verleugnung des Holocaust als ganzes oder auch nur teilweise abgelehnt"**. Somit ist eindeutig, daß der historische Revisionismus existiert und weltweit Anerkennung findet, Tatsache also, daß er lebt. Gleichzeitig bedeutet dieser Beschluss ein Schlag ins Gesicht der Revisionisten weltweit. Was den "Staat" des Vatikans betrifft, der bei den Vereinten Nationen keinen Sitz einnimmt, hatte der Vatikan schon 1992 erklärt: "Es gibt keinen Geschichtsrevisionismus, der den inhumanen Abyssus des Holocaust in Frage stellen könnte."

Die Geschichte der Menschheit ist angehäuft mit Religionen, die Verbote, Sperren, Ächtungen, Exkommunikationen erlassen, und obwohl es bisher - zumindest in jüngster Vergangenheit - , für deren Opfer möglich war, ein Refugium außerhalb des Heimatlandes zu finden, wird [in dieser Resolution] zum allererstenmal eine weltweite, allgemeingültige Verurteilung verhängt. Aus dieser Sicht, ist der Geschichtsrevisionismus ein Phänomen außerordentlicher Bedeutung, als auch die Tatsache, daß es den Juden erneut gelungen ist, sich maßlose Privilegien anzueignen.

Des Judenstaates unvergleichliches *chutzpah*

Der Erfolg [des Judenstaates] ist schon deshalb erstaunlich, da sich keine Nation der Welt mehr Hohn und Spott gegenüber den Vereinten Nationen erlaubt hat, als "ISR", *der* Staat, der immerhin seine Schöpfung den Vereinten Nationen verdankt. Dieser jüdische Staat hält den Weltrekord darin, "Resolutionen" der Vereinten Nationen schlichtweg vermüllt zu haben. Unter Verletzung internationalen Gesetzes, praktiziert dieser Staat, -- auf der kolossalen Lüge des "Holocausts" basierend -, Kolonialismus, Rassismus, Apartheid, militärische Besatzung und Folter. Es soll außerdem darauf hingewiesen sein, daß ISR über ein Arsenal nuklearer Waffen verfügt und daß hinsichtlich darauf, Deutschland ISR in den letzten Jahren im Namen des "Holocaust", drei ultra-moderne U-Boote mit nuklearer Ausstattung geschenkt hat. Fürder hat das deutsche Postwesen erst kürzlich eine Briefmarke für die allgemein gültige Frankierung eines Briefes innerhalb EU-Grenzen herausgegeben, die auf der linken Seite eine israelische , auf der rechten Seite eine deutsche Fahne zeigt. Verbunden sind beide [Fahnen] durch Stacheldraht, der den ewigen "Holocaust" symbolisiert. Deutschland ist somit das "Guantanamo" des Judenstaates geworden.

(...)

Diese außergewöhnliche Resolution der Vereinten Nationen, ist der Beweis, daß der Geschichtsrevisionismus eine Realität darstellt, die nicht länger umgangen, oder heruntergespielt werden kann. Seine Bedeutung ist global. Aber nur noch eine Handvoll Revisionisten sind derzeit handlungsfähig und die Zukunft wird finsterner von Jahr zu Jahr.

[Die Auszüge des Textes von Prof. Faurisson sind aus dem Englischen übertragen.]

17. November 2005

Adeaide Institute

SCHON IN 1980

Hagener Arzt legte Broschüre aus: "Es gab keine Gaskammern"

"Es gab keine Gaskammern", diese dreiste Behauptung konnte man auf dem deckblatt einer Broschüre finden, die der Hagener Arzt Dr. S. in seinem Aufenthaltsraum auslegte. Gedruckt wurde sie

nach November 1976 in Witten vom Steuerberater K. (60). Nachdem das Wittener Schöffengericht zunächst beide zugleich angeklagt hatte, entschied man sich nun, die Verfahren zu trennen. Der Hagener Arzt wird nun noch eine Weile auf seinen Prozess warten müssen.

Die Broschüre behauptet, es habe keine deutschen KZ mit Gaskammern gegeben, in denen Menschen ermordet wurden. Der Völkermord sei eine Lüge, die dazu benutzt würde, den Deutschen eine Schuld einzureden und Geldzahlungen zu erpressen.

Herausgegeben wurde das Heft vom "Deutschen Arbeitskreis Witten", dem sich "geschichtlich Interessierte seit einigen Jahren in lockerer Form", so K., angeschlossen haben.

Der Verfasser der Broschüre ist ein französischer Professor Faurisson, Privatdozent an der Universität in Lyon. Nach eingehender langer und eingehender Untersuchung sei er zu diesem Ergebnis gekommen.

Offenbar waren die Ansichten des Professors geeignet, "das bestehende Geschichtsbild in die richtige Form" zu bringen, so gab K. zumindest das Ziel des Arbeitskreises an.

Vor überfülltem Gerichtssaal begründete der Staatsanwalt die Anklage. Die Broschüre gehe nicht auf realitätsnahe Recherchen zurück. Die aufgestellten These seien polemische Propaganda ohne Beweise. Das Gesamtereignis der Judenvernichtung im Dritten Reich sei unwiderlegbar. Die Verbreitung der Broschüre erfülle den Tatbestand der Volksverhetzung und Aufstachelung zum Rassenhaß.

Das Urteil: Sechs Monate Freiheitsstrafe mit dreijähriger Bewährung und eine Geldstrafe in Höhe von 2000 Mark.

Der Verteidiger deutete bereits in seinen Ausführungen die Revision an.

Westfalenpost, 29. März 1980.

MAHNWACHE AM BRANDENBURGER TOR

Freiheit für Studiendirektor Ernst Günter Kögel!

Verurteilt zu 15 Monate Kerkerhaft wegen angeblicher Leugnung des Holocaust und Volksverhetzung!

Studiendirektor Kögel war seit 1961 Vorsitzender der "Vereinigung für Gesamtdeutsche Politik e.V." (VGP) und Herausgeber der Zeitschrift "Deutschland Schrift für neue Ordnung" und der Bürgerinitiative „Vereinigung Deutsche Nationalversammlung“.

In diesen Funktionen hatte er sich für die Realisierung einer neuen deutschen Verfassung nach Grundgesetz Artikel 146 eingesetzt.

Seine wissenschaftlich-kosmopolitischen Studien wurden seit der „Wiedervereinigung“ als getarnte Straftat gegen den Frieden, die öffentliche Ordnung und gegen den Zionismus diffamiert und nach dem Strafrecht (§ 130 Strafgesetzbuch) wegen schwerer, angeblicher gefährlicher "Volksverhetzung" verurteilt.

Die „MAHNWACHE“ fordert die sofortige Freilassung von Ernst Günter Kögel aus der Justizvollzugsanstalt in Düsseldorf.

Ich (Bernhard Heldt) habe Ernst Günter Kögel am 16. Dezember 2006 im Gefängnis in Düsseldorf besucht und werde gegen seine Inhaftierung

ab 24. Dezember 2005 von 17 bis 18 Uhr täglich für seine Freilassung eine Mahnwache am Brandenburger Tor abhalten und organisieren.

Meine weiteren Aktivitäten zu seiner Freilassung und zur Freilassung anderer politischer Gefangener werde ich im Anschluß daran, täglich von 19 bis 20 Uhr im Restaurant Atlantis in Berlin Schöneberg, Kolonnenstr.66 öffentlich begründen, um gegen die politische Verfolgung deutscher Patrioten aktiven Widerstand zu leisten.

<http://www.adelaideinstitute.org/Dissenters1/Zundel1/koegel2.htm>

EX NEGATIVO

Hier spricht die Macht

Vom Nutzen und Nachteil der Historie für die Unterlegenen: Die französische Debatte über die kolonialistische Vergangenheit hat über die Landesgrenzen hinaus Bedeutung. In Frage steht,

ob Gegengeschichte noch als Diskurs der Opfer funktioniert

von **Isolde Charim**

Wie ein Echo der Jugendunruhen in den französischen Banlieues nehmen sich die jüngsten Auseinandersetzungen um den Umgang mit der eigenen Kolonialgeschichte aus. Wobei diese Debatte weit über die spezifisch französische Problemlage hinaus Relevanz hat. Denn auf der einen Seite finden sich hier jene konservativen Kräfte, wie sie überall in Europa auf dem Vormarsch sind, die versuchen, die eigene Geschichte umzuschreiben. Im Falle Frankreichs betrifft das die koloniale Vergangenheit, die laut einem neuen Gesetz nunmehr an den Schulen eine "positive" Darstellung erfahren soll. Auf der anderen Seite aber stehen mittlerweile nicht nur linke politische Kräfte.

Kürzlich haben sich auch jene zu Wort gemeldet, die professionell die Vergangenheit verwalten. Eine Gruppe von namhaften französischen Historikern - unter ihnen Pierre Nora und Pierre Vidal-Naquet - hat ein Aufsehen erregendes Manifest unter dem programmatischen Titel "Freiheit für die Geschichte" veröffentlicht. In diesem etwas aus der Mode gekommenen literarischen Genre versuchen sie, ein Terrain der Geschichtswissenschaften abzustecken, das sich wesentlich gegen Politik und Recht abgrenzt. So ist der Text in Paragrafen unterteilt, die mit deklamatorischer Geste auflisten, was Geschichte nicht ist: Sie ist keine Religion, keine Moral, keine Sklavin der Autorität, kein Gedächtnis und kein Rechtsgegenstand. Ex negativo entsteht dabei das Bild einer offenen, voraussetzungslosen, unparteiischen und insofern freien Geschichtsschreibung. Eine sympathische Intention. Doch stellt sich die Frage, ob sie den heute dringlichen Fragen angemessen ist.

Der erste Tusch behauptet: Geschichte sei keine Religion. Historiker dürften kein Dogma und kein Tabu akzeptieren. Das klingt für uns selbstverständlich. Selbst die Tiraden des iranischen Präsidenten Ahmadinedschad werden in der Hinsicht anerkannt, dass wir angeblich an den Holocaust eher glauben als etwa an Jesus Christus, wie die *Berliner Zeitung* meint. Aber gerät da nicht etwas durcheinander? Ist unser Bezug zum Holocaust tatsächlich ein Glaube? Ist das Urteil über die Kolonialgeschichte ein Dogma, dem man sich unterwirft? Selbst die taz hat im Gefolge des Historikermanifestes die gesetzliche Beschönigung des Kolonialismus ebenso wie das Gesetz, das die Leugnung des Holocaust verbietet, als "solche Dogmen" bezeichnet.

Wann aber taucht ein Wort wie "Dogma" auf? In welchem Augenblick kritisiert man die Geschichte als "Religion"? Paradoxe Weise genau dann, wenn sich ein Wandel in den Überzeugungen anbahnt. Genau in dem Moment, wo die bisherigen Grundsätze brüchig zu werden beginnen, wo man nicht mehr daran "glaubt". Wie aber glaubt man an die Geschichte? Indem man einen Bezug zu ihrer stiftenden Funktion hat, der derzeit überall in Europa in Frage gestellt wird. Man muss aber festhalten: Geschichte ist nichts weniger als eine Religion - obwohl sie eine grundlegende Funktion für unsere Gesellschaftsordnungen hat. Diese entsteht dort, wo man es mit einem historischen Bruch zu tun hat. Das Ende des Zweiten Weltkriegs oder das Ende der Kolonialreiche sind solche Brüche, aus denen die nachfolgenden gesellschaftlichen Formationen hervorgehen.

Bruch bedeutet damit eine Bestimmung ex negativo an der vorangehenden Epoche. Mit ihrem Historischwerden erfährt eine Zeit einen Wandel ihrer Wertigkeiten. Wir reden hier nicht von Geschichte im allgemeinen, sondern von jener Geschichte, die noch unmittelbare Bedeutung für die Gegenwart hat. Dieser Bruch ist nicht nur ein historischer, sondern auch ein politischer, und genau darin besteht seine stiftende Funktion: nicht als subjektives Gedächtnis, sondern als Grundlegung unserer gesellschaftlichen Ordnungen.

Das Historikermanifest hält dagegen aber fest: Die Geschichte sei nicht die "Sklavin der Aktualität". Der Historiker dürfe der Vergangenheit nicht die "ideologischen Schemata der Gegenwart" aufdrücken. Da stellt sich doch die Frage: Von wo aus sprechen sie? Von welchem Ort aus, wenn nicht aus der Aktualität? Kann man unhistorisch Geschichtswissenschaften betreiben, kann man unpolitisch auf die Zeitgeschichte blicken? Verhält es sich nicht genau umgekehrt? Ist es nicht vielmehr so, dass die historischen Schemata unsere Gegenwart prägen? Wir verhandeln Fragen der Kolonialgeschichte oder den Holocaust nach deren Ende, das gleichzeitig der Beginn unserer politischen Ordnungen ist. Wir leben nach wie vor in postkolonialen bzw. in postfaschistischen Gesellschaften, insofern diese sich gegen jene konstituiert haben.

Angesichts dieser politischen Dimension wird auch die Frage nach der gesetzlichen Handhabung schwierig. Das Manifest deklariert kategorisch: Geschichte sei kein Rechtsgegenstand. Weder Parlament noch Justiz haben die geschichtliche Wahrheit zu definieren. Das ist sicher richtig, und trotzdem lässt sich dem nicht so einfach zustimmen. Denn Grundlage für die Forderung der

Abstinenz des Staates ist die Kategorie der Meinungsfreiheit. Der aktuelle exemplarische Fall dafür ist der britische revisionistische Historiker David Irving. Dessen Verhaftung in Österreich aufgrund des NS-Verbotsgesetzes hat für Aufsehen gesorgt. Nicht nur Rechte lehnen sie ab. "Lasst Irving reden", lautet die liberale Kampfparole.

Aber bevor man für oder gegen solch einen staatlichen Eingriff ist, sollte man die Frage stellen, ob das Problem überhaupt auf diese Weise abgehandelt werden kann. Ist Revisionismus eine Meinung? Eine Meinung ist eine Haltung für oder gegen etwas, das verhandelbar ist, über das man abstimmen kann. Es bedarf also eines vorgängigen Konsenses aller, was einer Meinungsbildung zur Disposition steht. Entgegen einem liberalistischen Missverständnis ist die Grundlage der Meinungsfreiheit nicht eine uneingeschränkte Freiheit - sie ist sowieso eine Illusion -, sondern eine Freiheit innerhalb eines abgesteckten Rahmens.

Diese Grenzen steckt das Recht ab, das heißt die zu Gesetzen geronnenen grundsätzlichen gesellschaftlichen Entscheidungen. Das sind die Koordinaten eines demokratischen Gesellschaftssystems. Sie eröffnen erst das Feld, innerhalb dessen sich gegensätzliche Meinungen gegenüber stehen können. Die Verharmlosung des NS-Regimes hingegen ist keine Meinung, die man haben kann oder auch nicht. Zu einem anerkannt verbrecherischen Regime hat man keine Meinung. Eine Meinung dazu kann nur jener haben, der den Charakter des NS-Regimes für diskutierbar hält.

Trotz aller dieser Punkte haben die französischen Historiker natürlich Recht, sich gegen das Gesetz zur positiven Darstellung des Kolonialismus zu wehren. Nur scheinen ihre Argumente die falschen. Denn während sie monieren, die Geschichte sei - generell - keine Moral, muss man festhalten, dass es eine grundlegende Differenz zwischen diesem Kolonialgesetz und dem NS-Verbotsgesetz gibt. Dieser Unterschied lässt sich nicht auf eine Frage der Moral reduzieren. Wenn das Manifest behauptet, die Rolle des Historikers sei es weder zu "preisen noch zu verdammen", von welchem Geschichtskonzept versuchen sie sich da abzugrenzen? Von jenem, dessen Funktion es ist, die Macht darzustellen. Diese Art der Historie, die ein Ritual zur Stärkung der Souveränität ist und deren Funktion darin besteht, die Einheit einer Nation oder eines Staats herzustellen, nennt Michel Foucault "Jupiterhistorie". Nun ist es aber so, dass dieses Geschichtskonzept längst nicht mehr vorherrschend ist. Seit dem Verlust der alten Souveränitäten - also mit dem Ende der Weltkriege und mit dem Ende der Kolonialreiche - hat sich diese Funktion der öffentlichen Erinnerung grundlegend verändert. Die Geschichtserzählung stellt nicht nur keine Einheit mehr her, sondern zerreißt die Gesellschaften vielmehr.

Statt der Geschichte der Starken, der Sieger, betreiben wir längst ein doppelgesichtige Historie, die den Triumph der einen als Unterwerfung der anderen zeigt. Gegenhistorie nennt Foucault diese Perspektive der Opfer, der Unterlegenen. Dieser Diskurs, der immer die Geschichte von einem Bruch ist, diese Gegengeschichte ist es, die längst unser Bewusstsein prägt.

Wovon distanziert sich das Manifest also? Die Gegenhistorie war immer ein Oppositionsdiskurs, der Einspruch gegen die Macht erhebt. Er konnte aber von Rechten ebenso wie von Linken benutzt werden, er diente Revolutionären ebenso wie Kolonisatoren. Was wir aber derzeit in Europa erleben, ist etwas Neues: Da die Gegenhistorie vorherrschend ist - wie etwa das NS-Verbotsgesetz oder die bisherige Beurteilung der Kolonialgeschichte belegen -, versuchen nun konservative Kräfte diese Hegemonie zu brechen, indem sie den Diskurs der Gegenhistorie benutzen, um erneut eine Jupitergeschichte, eine Geschichte, die die Rede der Macht, der Souveränität ist, zu etablieren.

Anders gesagt: Der Revisionismus versucht, die Heldengeschichte, die Jupiterhistorie als Einspruch, als Gegenhistorie zur vorherrschenden Gegenhistorie durchzusetzen. Auf dem Spiel steht die Funktion der Geschichte. Das Manifest der Historiker ist nur ein Symptom dafür.

Die Tageszeitung, Nr. 7861, 3 Januar 2005
<http://www.taz.de/pt/2006/01/03/a0189.nf/text.ges.1>

GEDÄCHTNISSTÄTTE

Tummelplatz für Auschwitz-Leugner Immobilienverkauf in Borna soll revidiert werden

Von **Hendrik Lasch**

Borna sucht den Verkauf eines Gebäudes rückgängig zu machen, in dem ein Verein aus dem Umfeld der Holocaust-Leugner mehr als eine Gedenkstätte für deutsche Kriegsoffer einrichten wollte.

Einen »Spottpreis« – so nennt Wieland Körner die Summe von 99 000 Euro, für die im März 2005 ein früheres Verwaltungsgebäude des bundeseigenen Braunkohlensanierers LMBV in Borna an den Düsseldorfer Architekten Ludwig Limmer verkauft wurde. Die Freude Körners war nicht ganz uneigennützig: Der Betreiber des bisher in Bremen ansässigen Roland-Versandes wollte samt Archiv selbst in das repräsentative Gebäude umziehen. 800 Quadratmeter, rund die Hälfte der Gesamtfläche, hoffte er nutzen zu können – zu »sehr günstigen Bedingungen«.

Körners Umzugspläne sind eine weitere Bestätigung für die Befürchtung, in der sächsischen Kleinstadt könne ein Tummelplatz für die extreme Rechte entstehen. Spezialität des Verlages sind Reprints völkischer und antisemitischer Pamphlete. So wurde das »Handbuch der Judenfrage«, ein Standardwerk der Nationalsozialisten, aufgelegt, aber auch Schriften des britischen Holocaust-Leugners David Irving. Der Verleger selbst schrieb eine »Denkschrift« namens »Die neue Sicht von Auschwitz«, die ihm eine Klage wegen Volksverhetzung eintrug. Das Verfahren endete aber lediglich mit der Vernichtung der nicht verkauften Restauflage.

Damit bieten sich Anknüpfungspunkte zum Verein »Gedächtnisstätte«, der in Borna einen Gedenkort für deutsche Kriegsoffer errichten will (ND berichtete). Hinter dem Verein steht etwa Ursula Haverbeck-Wetzel, die gemeinsam mit dem Anwalt Horst Mahler einen »Verein zur Rehabilitierung der wegen Bestreitens des Holocausts Verfolgten« führt. Die Gedenkstätte soll geschichtsrevisionistische Thesen von Hunderttausenden deutscher Bombenopfer und sechs Millionen verschwundener Vertriebenen aufwärmen, wie aus Schreiben Haverbecks hervorgeht. Inschriften auf Steinen, die um ein zwölf Meter hohes Kreuz angeordnet werden, müssten »den Lebensatem des jeweiligen Gaus« verdeutlichen.

Die Behörden, die erst nach Presseberichten im November auf die Pläne aufmerksam wurden, suchen das Entstehen eines rechten Wallfahrtsortes jetzt zu unterbinden. Die Stadt will eine bereits erteilte Baugenehmigung widerrufen und dazu auch Neueigentümer Limmer anhören. Landkreis, Regierungspräsidium und LMBV mühen sich um eine Rückabwicklung des Kaufvertrages. Allerdings sind Beobachter skeptisch. LMBV-Sprecher Uwe Steinhuber hatte unlängst auf ND-Anfrage erklärt, die Immobilie sei nach dem Scheitern umfangreicher eigener Verkaufsbemühungen zur Auktion freigegeben worden. Ein Einfluss der LMBV auf mögliche Käufer und deren Nutzungsabsichten, erklärt er, »bestand daher nicht mehr«.

Allerdings bereitet das Haus nicht nur den Behörden Kopfzerbrechen, sondern womöglich auch dem Besitzer. Limmer konnte sich mit dem Bremer Verlag nicht über die Finanzen einigen, weshalb dieser jetzt nach Frankfurt (Oder) ziehen will. Beim Verein »Gedächtnisstätte«, der selbst 200 Quadratmeter nutzen und darauf offenbar ein Dokumentationszentrum einrichten will, wird nun erwogen, einen Gutteil der Spenden und Beiträge an Limmer zu überweisen, um die »Körner-Lücke« zu stopfen.

Neues Deutschland. Sozialistische Tageszeitung, 9. Januar 2006
<http://www.nd-online.de/artikel.asp?AID=83811&IDC=2>

Anschriften für Grußkarten :

- 1) Germar Rudolf, JVA Stammheim - Asperger-Str. 60 D-70439 Stuttgart , Germany
- 2) Ernst Zündel, JVA Mannheim, Herzogenrieder Str.111, D-68169 Mannheim , Germany
- 3) David Irving, Justizanstalt Wien-Josefstadt, Wickenburggasse 18-20, A-1080 Wien Austria
- 4) Siegfried Verbeke #207 J.V.A. Oberer Fauler Felz 1 D-69117 Heidelberg , Germany

FAURISSON VERSUCHTE DEN PROZESS UMZUKEHREN

Rechtsextremer Parlamentarier verurteilt: Erstmals Holocaust-Leugner im Gefängnis?

Von **Bernhard Schmid**, Paris

Der 65jährige Lyoner Regionalparlamentarier des rechtsextremen Front National (FN), Georges Theil, könnte der erste Franzose werden, der wegen eines Tatbestands im Zusammenhang mit der Verbreitung der "Auschwitzlüge" ins Gefängnis muss. Am Dienstag, 3. Januar 06 wurde er – zum wiederholten Male – wegen solcher Äußerungen verurteilt.

Theil hatte am 14. Oktober 2004 im Parlament der Region Rhône-Alpes, in Lyon, auf dem Flur gegenüber einem lokalen Fernsehteam wörtlich erklärt, die Gaskammern seien "abgeschottete Kammern zur Desinfektion" gewesen und: "Je mehr Zyklon B die Deutschen benutzten, desto mehr Leben retteten sie" (sic). Die Vergasung von Menschen sei "eine chemische und physikalische Unmöglichkeit". Dafür erhielt er jetzt vor dem Strafgericht erster Instanz in Lyon sechs Monate Haft ohne Bewährung plus 10.000 Euro Geldstrafe und muss zusätzlich 33.000 Euro an elf Antirassismus- oder Menschenrechtsgruppen (die alle als Nebenkläger aufgetreten waren) bezahlen. Die Auslassungen des Abgeordneten des Front National erfolgten drei Tage, nachdem dessen "Generalbeauftragter" (délégué général) Bruno Gollnisch – "Nummer zwei" in der Parteihierarchie hinter dem "Chef" Jean-Marie Le Pen – auf einer Pressekonferenz in Lyon erklärt hatte, ob und wie viele Menschen in den NS-Vernichtungslagern gestorben seien, müsse Gegenstand einer "freien Debatte unter Historikern" sein. Durch diese Äußerungen, für die er nicht einmal irgendeinen "Anlass" hatte (die Pressekonferenz war eigens anberaumt worden), wollte Gollnisch sich mutmaßlich innerparteilich im Rennen um die Nachfolge des alternden "Chefs" und Gründervaters Le Pen profilieren.

Doch für diese offene Anzweiflung des Holocaust, oder jedenfalls seiner realen Dimensionen, wird Gollnisch selbst sich am 23. Mai dieses Jahres vor einem Strafgericht in Lyon verantworten müssen. Bruno Gollnischs Immunität als Angehöriger des Europaparlamentarier wurde in dieser Sache im Dezember 05 aufgehoben, und als Juraprofessor an der Universität Lyon-III erhielt Gollnisch aufgrund derselben Angelegenheit vor einem Jahr ein fünfjähriges Lehrverbot (faktisch bis zu seiner Pensionierung) bei Halbierung seines Gehalts auferlegt. Sein (sicherlich erheblich primitiverer) "Parteifreund" Georges Theil, der in seinen Äußerungen noch viel weiter ging als Gollnisch, fühlte sich daraufhin durch die Ausfälle des Fraktionsvorsitzenden und Juraprofessors offenkundig ermutigt. Es handelt sich nicht um die Erstlingstat des rechtsextremen Regionalpolitikers Georges Theil. Aufgrund ähnlicher Äußerungen ist er bereits im Jahr 2001 zu einer dreimonatigen Bewährungsstrafe, und am 7. Oktober 2005 im westfranzösischen Limoges zu einer Haftstrafe von sechs Monaten (diesmal ohne Bewährung) verurteilt worden. Letztere Verurteilung ist zur Zeit noch nicht rechtskräftig, da Theil Berufung eingelegt hat. Sobald das letztinstanzliche Urteil in dieser Sache fällt und zusätzlich das jetzt am 3. Januar ergangene Urteil bestätigt wird, dürfte Theil der erste Holocaustleugner sein, der nicht nur verurteilt wird, sondern auch tatsächlich im Gefängnis übernachten muss. Die beiden Urteile gegen ihn sind die ersten, bei denen Haftstrafen im Zusammenhang mit dem Strafgesetz gegen die "Leugnung oder Relativierung von Verbrechen gegen die Menschheit" von 1990 ohne Bewährung verhängt worden sind.

Das französische Strafgesetz gegen Holocaustleugnung Die Holocaustleugnung steht in Frankreich seit der "Loi Gayssot" vom 13. Juli 1990, einem Zusatzgesetz zum Antirassismus-Strafgesetz von 1972 (das den Namen des damaligen KP-Parlamentariers und späteren Ministers Jean-Claude Gayssot trägt), als spezifischer Tatbestand unter Strafe. Die Verabschiedung dieses Gesetzestext war damals als Reaktion auf die Schändung des jüdischen Friedhofs im südfranzösischen Carpentras vom 08. Mai 1990 erfolgt, die eine Welle von Mobilisierungen gegen Antisemitismus und Negationismus (französischer Ausdruck für Geschichtsrevisionismus oder Holocaustleugnung) auslöste. Allein in Paris hatten im Mai 1990 rund 200.000 Menschen demonstriert, unter Beteiligung aller Parteien mit Ausnahme des Front National.

Die rechtsextreme Partei hatte in den Folgejahren versucht, die Erinnerung daran zu ihrer Rehabilitierung zu nutzen, da die Täter zunächst jahrelang nicht gefasst werden konnten und u.a. ein Teil der Sensationspresse deswegen Zweifel an den tatsächlichen antisemitischen Motiven hinter der Friedhofsschändung weckte. Die entsprechenden Presseberichte tendierten im Nachhinein eher zu

einer Tat "einer satanistischen Sekte" oder einer seltsamen Mutprobe drogenberauschter Jugendlicher. Dagegen sprach die extreme Rechte von Anfang an von einer "Manipulation" gegen den Front National, beschuldigte "Moslems" oder "Kommunisten".

Am 11. November 1995, die Täter waren noch ungefasst, charterte der Front National eigens einen "Zug der Wahrheit" von Paris nach Carpentras und demonstrierte dortselbst, um eine "Entschuldigung von Staats wegen" zu fordern, da er in dieser Sache zu Unrecht an den Pranger gestellt worden sei. Aber am 31. Juli 1996 stellte sich einer der Täter, ein ehemaliger Neonazi, der mittlerweile zu Buddhismus und Gewaltlosigkeit konvertiert war und die barbarische Schändung (bei ihr war die frisch beerdigte Leiche des 83jährigen Félix Germon auf den Stiel eines Sonnenschirms aufgespießt worden) bereute. Daraufhin konnten die wirklichen Täter gefasst werden, und vier (ehemalige) Neonazis wurden verurteilt – keine Mitglieder des Front National zwar. Aber der reuige Urheber des Geständnisses, das die Verhaftungen ausgelöst hatte, sprach sehr wohl von Anfang an davon, er sei damals "durch den Diskurs des Front National beeinflusst gewesen".

Der Lyoner Prozess

In dem jüngsten Prozess in Lyon, der mit dem Schuldspruch vom 3. Januar 06 zu Ende ging, wurde Georges Theil durch den berüchtigten Negationisten-Anwalt (und ehemaligen Parlamentskandidaten, der 1997 nördlich von Paris für den Front National kandidiert hatte) Eric Delcroix vertreten, der selbst geschichtsrevisionistischen Thesen aktiv anhängt. Zu seiner gerichtlichen Anhörung im Rahmen des Prozesses am 29. November 05 ließ Theil niemand anderen als den wohl prominentesten französischen Auschwitzleugner laden, den ehemaligen Hochschullehrer Robert Faurisson. Faurisson versuchte den Prozess in ein Tribunal gegen die angeblich erlogene Existenz der Gaskammern umzukehren (vgl. dazu den ausführlichen Bericht in *Libération* vom 30. 11. 2005). Aufgrund dessen wurde die Einstellung des Gerichts aber nicht eben positiv für Theil beeinflusst, wohl eher im Gegenteil. Kurz vor Weihnachten, am 22. Dezember 05, versuchte der auf Holocaustleugner-Prozesse spezialisierte Anwalt Eric Delcroix eine erneute gerichtliche Anhörung seines Mandanten durchzusetzen. Dieses Mal berief der Verteidiger sich in seinem Brief an den Vorsitzenden der 6. Strafkammer auf die Äußerung von Präsident Jacques Chirac vom 9. Dezember 2005: Anlässlich einer Ansprache hatte der Staatspräsident betont, es sei "nicht Aufgabe des Staates, die Geschichte zu schreiben", sondern dies sei vielmehr Aufgabe der Historiker. Das hatte Chirac aber lediglich zur Beruhigung der Polemik rund um das Gesetz vom 23. Februar 2005 (das Lehrer und Forscherinnen verpflichten soll, eine "positive Rolle" des französischen Kolonialismus anzuerkennen, und das von Wissenschaftlern und Historikern als "Aufzwingen einer offiziellen Geschichtsversion" attackiert wurde und wird) geäußert.

Eine Petition von 19 prominenten Historikern, die am 12. Dezember 2005 veröffentlicht wurde, forderte ferner die Abschaffung aller Gesetze, die die Debatte um geschichtliche Ereignisse regulieren sollen. Ihre Forderung betrifft das äußerst kritikwürdige Gesetz vom 23. Februar 05, aber auch die "Loi Gayssot" (siehe oben) sowie zwei Gesetzestexte aus dem Jahr 2001, mit denen das französische Parlament damals den Völkermord an den Armeniern im Ersten Weltkrieg sowie die Sklaverei als Verbrechen gegen die Menschheit anerkannte. Dieses Amalgam wurde deswegen z.T. scharf kritisiert, auch wenn es den 19 Historikern sicherlich nicht um eine Beförderung von Holocaustleugnung ging, und rief wiederum eine Gegenpetition von 32 Prominenten hervor.

Selbstverständlich bezog Eric Delcroix sich ebenfalls auf die Petition der 19 Historiker und versuchte, auch diese für seine Zwecke zu instrumentalisieren. Dies war sicherlich nicht im Sinne der Unterzeichner, obwohl sich damit im Prinzip nur ein Risiko verwirklichte, mit dem dieselben hätten rechnen müssen. Vor der Lyoner 6. Strafkammer kam der rechtsextreme Verteidiger damit freilich nicht durch, es lehnte den Antrag auf Neueröffnung der gerichtlichen Debatte ab (der "mediale Schaum" vermöge dies allein nicht zu rechtfertigen). Stattdessen wurde wenige Tage später das Urteil gegen Theil bekannt gegeben. Nunmehr bleibt zu hoffen, dass der rechtsextreme Regionalparlamentarier wirklich, in absehbarer Zeit, sein Haupt hinter Gittern betten müssen wird. Seine "Auffassungen", die mit Sicherheit aufklärungs- und faktenresistent sein dürften, lassen sich so zumindest für alle Anderen sichtbar sanktionieren.

ha-galil (d. h. Galiläen) 5 Januar 2005

<http://www.hagalil.com/archiv/2006/01/theil.htm>

<http://www.heise.de/tp/r4/artikel/21/21715/1.html>

FORUM UND LEGITIMITÄT GEBEN

Revisionistenhutz

Das System hat zum Rundumschlag ausgeholt

Claus Nordbruch

In den vergangenen Monaten und Wochen sind vier der weltweit bekanntesten Dissidenten bzw. bedeutendsten Geschichtsforscher der Welt verhaftet und auf deutschem Boden in Gewahrsam gebracht worden. Diese Sensationsmeldung schlechthin ist von den Massenmedien erwartungsgemäß so gut wie totgeschwiegen worden. Man hat offenbar eine gehörige Lektion aus dem seinerzeitigen Medienrummel der Zündel-Prozesse in Kanada Ende der achtziger Jahre und des Irving-Prozesses 2000 in London gelernt. Allen vier verhafteten Forschern wird die sogenannte Leugnung »am Holocaust« zur Last gelegt.

Ernst Zündel wurde nach über zwei Jahren Haft in Kanada im März in die BRD ausgeliefert, wo Anfang November sein dritter Holocaust-Prozeß hätte stattfinden sollen, der allerdings aufgrund skandalöser Umstände bereits im Vorfeld der strafrechtlichen Auseinandersetzung erst einmal bis Januar 2006 vertagt worden ist. Der belgische Staatsangehörige Siegfried Verbeke, Leiter des bekannten flämischen Verlagshauses Vrij Historisch Onderzoek – deutschen Lesern als Herausgeber der von Udo Walendy begründeten Zeitschrift *Historische Tatsachen* bekannt –, hatte sich in der Vergangenheit die akademische Freiheit genommen, die Echtheit der sogenannten Anne-Frank-Tagebücher in Frage zu stellen. Im August wurde er auf dem Flughafen in Amsterdam festgenommen, und am 6. Oktober in die BRD ausgeliefert, wo er seitdem eine Haftstrafe von 14 Monaten verbüßt.

Geradezu kurios ist die Verhaftung von Germar Rudolf, dem wohl aktivsten und produktivsten Revisionisten der Welt. Ende Oktober wurde er vor den Augen seiner amerikanischen Ehefrau festgenommen. Lesen wir die Zusammenfassung der Geschehnisse aus dem Munde von Frau Rudolf: »Hier ist Germars Ehefrau. Wir hatten heute bei der Einwanderungsbehörde einen Termin bezüglich eines Interviews, das in Frage stellte, ob unsere Ehe legitim ist oder nicht. Es ist bezeichnend, daß die INS (Behörde für Einwanderer) ein Ehepaar nach einem Jahr des Zusammenlebens herbestellt, um es einer Begutachtung zu unterziehen. Wir brachten das Interview ohne weiteren Kommentar [seitens der Behörden] hinter uns. Als wir jedoch im Begriff waren zu gehen, erschienen zwei Männer von der Deportationsabteilung und unterwiesen uns, ihnen nach oben zu folgen. Daraufhin informierten die Beamten Germar, er habe einen Gerichtstermin versäumt und werde demzufolge bis auf Weiteres festgehalten. Germar sowie Germars Rechtsanwalt erwiderten, keiner von ihnen habe eine Aufforderung zu dem [angeblichen] Gerichtstermin erhalten (es ist erforderlich, dem Berater, sowie dem Antragsteller eine [schriftliche] Aufforderung zukommen zu lassen). Demgemäß forderten Germar und sein Rechtsanwalt, Einsicht in die Kopie des Schreibens, ein Ersuchen, das ignoriert wurde. Ferner informierten Germar und sein Rechtsanwalt betreffende Männer, der 11. Gerichtshof habe derzeit stattfindende Verhandlungen gemaßregelt, was bedeutet, daß es der Einwanderungsbehörde (INS) während dieser Verhandlungsperiode untersagt ist, regelnd einzugreifen. Besagter gerichtlicher Termin wurde versuchsweise auf Januar [2006] verlegt. Die INS-Beamten antworteten, sie würden den Fall untersuchen. Nach zwei Stunden kamen sie zurück, nahmen Germar fest und führten ihn ab.« Kaum zwei Wochen später wurde Germar Rudolf in die BRD ausgeliefert. Der Wissenschaftler mit Fachgebiet Chemie und Verfasser bzw. Herausgeber von historiographischer Literatur, die ebenso bahnbrechend wie (in der BRD und in Österreich) indiziert ist, war bereits 1994 wegen »Leugnung des Holocaust« zu einer Haftstrafe von 14 Monaten verurteilt worden. Dieser Verurteilung konnte er sich durch Flucht nach Britannien und Exil in den USA 10 Jahre lang erfolgreich entziehen. Ihm ist nun eine langjährige Haftstrafe sicher.

Am 14. November wurde David Irving, der bekannteste Historiker der Welt, auf dem Weg zu einer Veranstaltung einer Burschenschaft in Wien verhaftet. Grund seiner Verhaftung war ein 1989 (!) ausgestellter Haftbefehl: »Leugnung des Holocaust«. Dem britischen Staatsangehörigen und Erfolgsautor droht nun eine Haft von 10 bis 20 Jahren – mehr als gewöhnlich Hochverrätern, Kinderschändern und Mördern auferlegt wird.

Kurz vor seiner Verhaftung hatte Germar Rudolf ein Schriftstück aufgestellt, in dem er das Wesen und die Bedeutung des Revisionismus und den tatsächlichen Zustand der heute verwirklichten Gedankenfreiheit dargelegt hat. In diesem Zeitdokument heißt es unter anderem: »Es gibt in unserer Gesellschaft Leute, die in der Debatte über die politischen Korrektheit absichtlich versuchen, die Fragestellungen zu verflachen. Sie behaupten, es gäbe bei uns gar kein Problem mit der Redefreiheit, und die Politische Korrektheit bestünde nur aus ein paar Regeln zum Schutz von Minderheiten, damit

niemand deren Gefühle verletze. Aber das Problem geht viel tiefer. Es gibt ein breites Spektrum von Themen und Ansichten, deren offene Diskussion unsere Massenmedien nicht zulassen. Selbst offensichtliche Tatsachen und Zusammenhänge werden verleugnet oder unterdrückt, wenn sie aus politischer Sicht nicht erwünscht erscheinen.

Man kann sehr viel über die Psychologie und die Methoden der Gedankenpolizei erfahren, wenn man beobachtet, wie diese reagiert, wenn nur mal eben eines ihrer Tabus verletzt und z.B. dem Holocaust-Revisionismus ein öffentliches Forum geboten wird.

Zuerst wird »Empörung« inszeniert, daß die öffentliche Äußerung solch »verletzender« und »gefährlicher« Ideen zugelassen wird. Es wird vermieden, auf diese Ideen einzugehen oder sie zu erörtern. Es wird behauptet, wenn man dies täte, würde es den Revisionisten ein Forum und Legitimität geben. Dann erfolgen gehässige persönliche Angriffe gegen die revisionistischen Ketzer, sie werden mit politischen Schimpfwörtern wie »Hasser«, »Leugner«, »Antisemiten«, »Rassisten«, »Terroristen«, oder »Neonazis« bedacht und es wird gar unterstellt sie seien potentielle Massenmörder. Die Gedankenpolizei beschuldigt öffentlich die Revisionisten, zu lügen, aber man läßt die Ketzer nicht wissen, was genau man ihnen vorwirft. Die Revisionisten bekommen auch nicht Gelegenheit, ihren Anklägern gegenüberzustehen, um den Verleumdungen entgegentreten zu können.

Die Revisionisten werden oft angeschuldigt, haßerfüllte Menschen zu sein, die eine Haßlehre verbreiten. Aber der Revisionismus ist eine akademische Vorgehensweise, keine Doktrin oder Ideologie. Wenn die Holocaust-Verfechter wirklich Haß bloßstellen wollen, sollten sie einen Blick auf ihre eigene Dogmen werfen, und einen langen Blick in den Spiegel.

Jeder, der einen Revisionisten einlädt, öffentlich zu sprechen, wird selbst als gefühllos angegriffen. Wenn Revisionisten tatsächlich einmal öffentlich sprechen, werden sie für gewöhnlich niedergeschrien und bedroht. Büchereien und Buchläden werden eingeschüchtert, wenn sie erwägen, Materialien über den Holocaust-Revisionismus auszulegen.

All dieses geschieht, während die Mehrheit der Büchereien, Medien, Hochschulen und Universitätsverwaltungen stillschweigend zusieht und zuläßt, daß politischen Aktivisten bestimmen, was in den Medien gesagt und was in den Bibliotheken gelesen werden darf.

Als nächstes macht sich die Gedankenpolizei daran, den Tabuverletzer beruflich und wirtschaftlich zu ruinieren, sie nimmt sich seinen Arbeitsplatz vor oder es wird ein Strafprozeß gegen ihn zusammengebraut. Manchmal wird zur Irreführung behauptet, daß sich die revisionistische Befunde bei einem Prozeß als falsch erwiesen hätten, obwohl die Justiz niemals eine wissenschaftliche Debatte entscheiden kann – sie kann nur Dogmen auferlegen.

Schließlich wird die Gedankenpolizei unbedingt den akademischen Bereich oder das Medium ausradieren, das dem Revisionisten zu Beginn ein Forum geboten hat.

Manche Akademiker sind der Auffassung, daß die Universitätsleitung eingreifen sollte, um den Campus von Ideen zu säubern, die Störungen an den Universitäten verursachen könnten. Aber das ist eine unverblümete Einladung zur Tyrannei. Denn das bedeutet, daß eine jede militante Gruppe, die Truppen bei Fuß hat, den Campus von Ideen säubern kann, die ihr mißfallen, um dann ihre eigene Doktrin durchzusetzen. Feige Verwaltungen könnten es als viel bequemer und sicherer ansehen, den Campus von kontroversen Ideen zu säubern, als eine Gruppe militanter Schreihälse in die Schranken zu verweisen. Es ist aber die Pflicht der Universitätsverwaltung, sicherzustellen, daß die Universitäten ein freier Marktplatz der Ideen bleiben.« Soweit die Worte von Germar Rudolf.

»Der Holocaust« ist, frei nach Joschka Fischer, Staatsräson der BRD. Er ist vor allem aber auch das Fundament, auf dem der Staat Israel aufgebaut worden ist. Von der finanziellen und politischen Nutzbarmachung »des Holocaust« profitieren die Zionisten heute mehr denn je. Mit der Verhaftung der führenden Revisionisten der Welt, die sich den Mut auf eine eigene Meinung bewahrt haben und diese wissenschaftlich zu begründen vermögen – was noch nicht heißen muß, daß sie auch mit jeder ihrer Aussagen Recht haben! –, stellt sich die Frage, ob das System durch die rigorose Strafverfolgung und den gulag-ähnlichen Strafvollzug tatsächlich das Andenken der Opfer der Judenverfolgungen während des Zweiten Weltkrieges schützen will oder ob die Dogmatik, auf der die Neue Weltordnung basiert, vor der letzten echten Bedrohung, die noch übrig geblieben ist, geschützt werden soll. Diese Frage wird nicht zuletzt dadurch entschieden werden, wie sich weltweit die Verfechter für Gedankenfreiheit, die Befürworter von Informations- und Wissenschaftsfreiheit verhalten.

Euro-Kurier (Tübingen), Nr. 6/2005.

<http://www.nordbruch.org/>

Tscheche wegen Leugnens des Holocaustes verurteilt

Prag. DPA/baz. Wegen Leugnens des Holocaustes ist am Montag in Prag ein 21-jähriger Tscheche zu einer Bewährungsstrafe von 15 Monaten verurteilt worden. Der Angeklagte hatte im Oktober 2005 bei einer Demonstration zur Unterstützung des Rechtsextremisten Ernst Zündel in Prag die Zahl ermordeter Juden öffentlich in Zweifel gezogen. Damit sei erstmals in Tschechien ein Angeklagter nach diesem speziellen Paragraphen verurteilt worden, sagte ein Jurist dem tschechischen Rundfunk. Zündel steht derzeit in Mannheim vor Gericht. Er soll von Kanada aus über Publikationen weltweit die Massentötung von Juden in Gaskammern geleugnet haben.

SECHS MONATE GEFÄNGNIS

Hartes Urteil gegen den Revisionisten

Georges Theil in Lyon

Robert Faurisson

Heute, den 3. Januar 2006, wurde Georges Theil, ehemaliger Abgeordneter des Front National, von der 6. Kammer (Presse) des erstinstanzlichen Gerichts Lyon (Vorsitzender: Fernand Schir) wegen revisionistischer „Bestreitung“ aufgrund des Fabius-Gaysot-Gesetzes vom 13. Juli 1990 verurteilt. Vor der Kamera eines Journalisten hatte er sich über die technische Unmöglichkeit der Existenz und Funktion der Nazigaskammern ausgelassen.

Das Urteil lautet wie folgt:

- Sechs Monate Gefängnis ohne Bewährung;
- Eine Busse in Höhe von 10.000 Euro;
- Bezahlung der Veröffentlichung von Auszügen aus dem Urteil in *Libération* sowie *Le Progrès* (Lyon);
- Zahlung von 3000 Euro an jede der elf Zivilparteien;
- Bezahlung von 1000 Euro Gerichtskosten an jede der elf Zivilparteien;
- Bezahlung einer Verfahrensgebühr in Höhe von 90 Euro.

G. Theil wird über seinen Verteidiger, Anwalt Eric Delcroix, Berufung einlegen.

Ich erinnere daran, dass G. Theil bereits am 7. Oktober 2005 vom erstinstanzlichen Gericht Limoges (Vorsitzender: François Casassus-Builhé) auf der Grundlage desselben Gesetzes verurteilt worden war. Er hatte im Jahre 2004 einigen Personen ein Exemplar einer Schrift mit dem Titel *Un cas d'insoumission. Comment on devient révisionniste* [Ein Fall von Gehorsamsverweigerung. Wie man Revisionist wird] zukommen lassen, die er 2002 unter dem Namen Gilbert Dubreuil veröffentlicht hatte.

Damals hatte das Urteil wie folgt gelautet:

- Sechs Monate Gefängnis ohne Bewährung;
- Entzug des passiven Wahlrechts auf fünf Jahre;
- Bezahlung der Veröffentlichung von Auszügen aus dem Urteil in *Le Monde*, *Le Figaro*, *Le Populaire du Centre* sowie *L'Echo de la Haute-Vienne*;
- Beschlagnahmung der Tatwerkzeuge, d.h. der von der Polizei an seinem Wohnsitz sichergestellten Computer, Bücher und Dokumente);
- Bezahlung folgender Summen an verschiedene Zivilparteien: 7000 Euro + 350 Euro + 1 Euro + 350 Euro + 1000 Euro + 350 Euro + 1000 Euro + 350 Euro + 1 Euro + 350 Euro;
- Bezahlung einer Verfahrensgebühr in Höhe von 90 Euro.

G. Theil hat mit der Überweisung erheblicher Summen an die Zivilparteien begonnen. Er hat über seinen Verteidiger, Anwalt Eric Delcroix, Berufung eingelegt. Das Berufungsverfahren wird am 3. Februar 2006 vor dem Appellationsgericht Limoges stattfinden.

Ich erlaube mir, in Erinnerung zu rufen, dass die Kosten der gerichtlich angeordneten Veröffentlichung eines Urteils in einer gewissen Anzahl von Zeitungen besonders kostspielig sein kann. Bezüglich der verschiedenen Kosten, welche durch die Vorbereitung auf diese Prozesse sowie diese selbst anfielen, weiss ich, dass sie sehr beträchtlich waren.

Ich erfahre in letzter Minute, dass der Text des von Schir gefällten Urteils von für solche Fälle ungewöhnlicher Länge sein und 48 Seiten betragen soll.

Adresse : Georges THEIL, BP 50-38, F=38821 GRENOBLE CEDEX 2 (Frankreich)

2 — Ex Oriente Lux ?

WER BESTIMMT, WAS HISTORISCHE WAHRHEIT IST ?

Irans oberster Holocaustleugner und ein französisches Historikermanifest stellen dieselbe Frage

Christian Esch

Mahmud Ahmadinedschad übt sich - ungewöhnlich für den Präsidenten eines Gottesstaates - in Religionskritik. Die Kritik richtet sich allerdings nicht gegen sein eigenes Bekenntnis, sondern gegen den Glauben der restlichen Welt, es habe einen Völkermord an den Juden gegeben. Die Europäer, so führte er aus, hätten "einen Mythos geschaffen, dass Juden massakriert wurden, und diesen Mythos stellen sie über Gott, Religionen und Propheten." Wenn man in diesen Ländern Gott in Frage stelle, störe das niemand, wer aber den Mythos der Massaker leugne, verursache einen Aufschrei der Zionisten und der von ihnen abhängigen Regierungen.

Die Worte haben ihrerseits einen Aufschrei verursacht, zu Recht. Es ist widerwärtig, das historische Leid anderer zu leugnen, und empörend, wenn ein Politiker mit diesen Argumenten geradezu die Vernichtung eines anderen Staates rechtfertigt.

Es hat aber auch etwas Lächerliches. Der Politiker einer Diktatur fordert Meinungsfreiheit; und ihr Parlamentspräsident schlägt daraufhin, gewissermaßen als Angebot zur Güte, eine Untersuchungskommission zum Holocaust vor! Natürlich ist dies auch ein politisches Spiel; es ist nicht so, dass in Iran die Holocaust-Leugnung Pflicht wäre. Es ist einfach nur so, dass es zu diesem Thema keine festgezurrten Überzeugungen, keine Sprachregelung gibt - ganz anders als in der Frage, ob Gott ebenso real wirkt wie die Schwerkraft. Der Holocaust ist für viele von Ahmadinedschads Wählern sowenig selbstverständlich eine Wahrheit, wie Gottes Existenz selbstverständlich eine Wahrheit ist.

Das ist in Europa anders. Und zwar nicht nur deshalb, weil wir Gottes Existenz für unbeweisbar, den Judenmord hingegen für beweisbar halten. Sondern weil unsere Überzeugungen auch weitaus stärker sind, was den Holocaust betrifft, als was Jesu Wirken und Gottes Existenz angeht. In diesem Sinne hat die Vergangenheitspolitik tatsächlich Bedeutungen übernommen, die die Religion früher hatte. Das immerhin hat Ahmadinedschad richtig beobachtet, auch wenn er die Erklärung am falschen

Ort sucht, als Verschwörungstheoretiker natürlich bei zionistischen Geldern. Die Geschichtswissenschaft sieht sich in den freien Gesellschaften des Westens tatsächlich hohen Erwartungen ausgesetzt; dieser Druck kann so weit gehen, dass die Historiker aufschreien.

Das zeigt das Manifest von 19 renommierten französischen Historikern und Intellektuellen, das in derselben Woche, in der Ahmadinedschad den Holocaust leugnete, die Straffreiheit solchen Leugnens forderte. In Frankreich ist (wie in Deutschland) das Leugnen des Holocausts strafbar, darüber hinaus aber auch das des Genozids an den Armeniern. Weitere Gesetze schreiben die Anerkennung der Sklaverei als "Verbrechen gegen die Menschlichkeit" fest und regeln im Schulunterricht die Darstellung der Kolonialherrschaft; ihre "positiven Aspekte" müssen gewürdigt werden. Diese Gesetze sind entstanden als Zugeständnisse an einzelne Wählergruppen, das letzte etwa als Zugeständnis an die französischstämmigen Rückkehrer aus Nordafrika.

Gegen diese politischen Einschränkungen der historischen Arbeit wendet sich das Manifest: "Die Geschichte ist keine Religion. Der Historiker akzeptiert kein Dogma, respektiert kein Verbot, kennt keine Tabus. Er kann stören." Zweitens: "Die Geschichte ist nicht die Moral. Es ist nicht die Rolle des Historikers, zu preisen und zu verdammen; er erklärt." Drittens: "Die Geschichte ist nicht die Sklavin der Aktualität. Der Historiker drückt der Vergangenheit nicht die ideologischen Schemata der Gegenwart auf und bringt in die Ereignisse von einst nicht die Sensibilität von heute."

Viertens: Die Geschichte ist nicht mit Gedächtnis gleichzusetzen, fünftens: "Die Geschichte ist kein Rechtsgegenstand. In einem freien Staat ist es weder Sache des Parlaments noch der Justiz, geschichtliche Wahrheit zu definieren. Die Politik des Staates, auch wenn sie von besten Intentionen getragen ist, ist nicht Politik der Geschichte." Gezeichnet von, unter anderen: Elisabeth Badinter, Marc Ferro, Pierre Nora, Mona Ozouf, Paul Veyne.

Hehre Worte! Nach Jahrzehnten, in denen die Geschichtsschreibung sich ausgiebig selbst betrachtet und fleißig ihre "Diskurse" analysiert hat, klingt der Anspruch, Historiker kennten weder Dogmen noch Tabus, altertümlich selbstvergessen. Aber es ist eine Aufforderung, keine Beschreibung. Und es stimmt ja, dass jeder Historiker die Bereitschaft mitbringen muss, Revisionist zu sein. Wissenschaft kommt ohne Revision nicht aus; die Tatsache, dass die Zahl der Opfer in Auschwitz-Birkenau noch bis 1990 drei bis vier mal so hoch angegeben wurde wie heute, hat das Erschrecken über den Holocaust (und die geschätzte Gesamtzahl seiner Opfer) nicht gemindert. So wird historische Wahrheit ohnehin immer neu bestimmt; die Untersuchungskommission dagegen, die Irans Parlamentspräsident fordert, kann stattdessen seine nuklearen Einrichtungen besichtigen.

Berliner Zeitung, 16 Dez. 2005.

<http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/feuilleton/509542.html>

NEONAZIS EILEN TEHERAN ZU HILFE

Iran. Westliche Holocaust-Leugner stützen Präsident Ahmadinejads antijüdische Tiraden.

Teheran/Wien (red.). Iran bleibt stur auf Anti-Israel-Kurs: Die englischsprachige Zeitung "Tehran Times" hat in ihrer Internet-Ausgabe am Wochenende namhafte westliche Holocaust-Leugner und erklärte Neonazis als Zeugen für die These des iranischen Präsidenten Mahmud Ahmadinejad zitiert, wonach der Völkermord an den Juden im Zweiten Weltkrieg eine Erfindung bzw. ein Mythos sei.

Unter dem Titel "Historiker und Forscher unterstützen die Sichtweise des iranischen Präsidenten zum Holocaust" kamen unter anderen der deutsche Neonazi und einstige RAF-Terrorist Horst Mahler und der Franzose Robert Faurisson zu Wort. Die Betreffenden hatten E-Mails an die iranische Zeitung geschickt, die auf ihrer Homepage veröffentlicht wurden.

"Ahmadinejad hat uns sehr geholfen", schrieb etwa Mahler, "der Holocaust hat nie stattgefunden. Er ist die größte Lüge der Geschichte." Ähnlich die anderen "Experten": "Ich unterstütze völlig die Sichtweise von Herrn Ahmadinejad, wonach der angebliche Holocaust an den Juden eine Legende oder ein Mythos ist", so Faurisson, der in Frankreich wegen nationalsozialistischer Wiederbetätigung mehrfach verurteilt worden ist. Der kanadische Rechtsextremist Paul Fromm schrieb, der Holocaust sei mittlerweile eine "Religion" geworden, und wer ihn anzweifle, werde als Ketzer verfolgt.

Ahmadinejad hat seit seinem Amtsantritt im Sommer mehrfach antiisraelische und antijüdische Tiraden gehalten und diese in den vergangenen Wochen zugespitzt. Zudem forderte er, Israel nach Europa oder in die USA zu verlegen; dabei seien die arabischen Länder auch gerne behilflich.

Im Streit um das iranische Atomprogramm dreht sich die Diplomatie indes weiter im Kreis. Moskau hat am Wochenende Teheran angeblich das Angebot gemacht, in Russland ein gemeinsames Joint-Venture zur Anreicherung von Uran zu gründen. Das könnte dann in Irans AKW verbraucht und zur Entsorgung nach Russland geliefert werden.

Irans Außenamtssprecher Hamid Reza Asefi hingegen meinte, es sei kein Offert eingetroffen. Es sei aber klar, dass Iran jeden Vorschlag annehme, der das Recht der Islamischen Republik auf Urananreicherung auf ihrem Territorium anerkenne, so Asefi. Zudem habe sein Land schon wiederholt die Gründung eines internationalen Anreicherungs-Konsortiums in Iran vorgeschlagen.

Iran hatte seit dem Sturz des Schahs über Jahrzehnte ein geheimes Atomprogramm betrieben, das erst vor wenigen Jahren nach Informationen Oppositioneller aufflog. Teheran argumentiert, wegen des Embargos der USA habe man nie offen Zugang zu Kerntechnologie haben können und sei deshalb auf den Schwarzmarkt angewiesen gewesen. Die USA und die EU vermuten jedoch, dass Iran aus strategischen Gründen heimlich an Atomwaffen arbeitet.

Im Jänner sind deshalb neue Gespräche zwischen den EU-Mächten Deutschland, Großbritannien und Frankreich mit Iran angesetzt. Die drei wollen Iran davon abbringen, eine komplette nukleare Industrie zu errichten und Iran davon zu überzeugen, auf den heiklen Prozess der Uran-Anreicherung zu verzichten. In diesem können sowohl Brennstäbe für AKW wie Grundstoffe für Atomwaffen erzeugt werden.

Die Presse, 27. Dez. 2005

<http://www.diepresse.com/Artikel.aspx?channel=p&ressort=a&id=528491>

NICHTS DAMIT ZUTUN

Moslembroderschaft bezeichnet Holocaust als Mythos

Chef der nunmehr stärksten Oppositionsbewegung Akef: Westliche Demokratie habe "jeden angegriffen, der nicht die Darstellung der Söhne Zions teilt"

Kairo - Nach dem iranischen Präsidenten Mahmud Ahmadinejad hat am Donnerstag auch der Chef der ägyptischen Moslembroderschaft den Holocaust als Mythos bezeichnet. Mit der gleichen Formulierung hatte Ahmadinejad am 14. Dezember internationale Entrüstung hervorgerufen.

"Die westliche Demokratie hat - sofern der Mythos des Holocausts betroffen ist - jeden angegriffen, der nicht die Darstellung der Söhne Zions teilt", hieß es in einer Erklärung von Mohammed Mahdi Akef. Die von ihm geführte islamistische Moslembroderschaft ist seit kurzem die stärkste Oppositionsgruppierung im ägyptischen Parlament. Sie tritt auch in Jordanien, Syrien und der Türkei als organisierte Kraft auf. Zu ihren radikalen Ablegern gehört die palästinensische Hamas, die für eine Zerstörung Israels kämpft.

Als Beispiele für die Intoleranz des Westens in Bezug auf die Darstellung der Judenverfolgung nannte Akef den französischen Schriftsteller **Roger Garoudy** und den britischen Historiker **David Irving**. Garoudy war 1998 verurteilt worden, weil er den Holocaust in Frage gestellt hatte. Irving droht im kommenden Monat ein ähnliches Verfahren in Österreich. Den USA warf Akef vor, der Welt ihre Sicht der Dinge aufzuzwingen und von ihrem Ziehkind Israel fern halten zu wollen. Die US-Drohung, den Palästinenser-Behörden die finanzielle Unterstützung zu entziehen, sollte die Hamas an den im Januar anstehenden Wahlen teilnehmen, bezeichnete Akef als Heuchelei. In diesem Zusammenhang griff er auch die europäische Union und ihren Chef-Diplomaten Javier Solana an und warnte die Europäer vor übereilten Handlungen, sollte die Hamas ins Parlament gewählt werden.

Bereits in der vergangenen Woche hatte Akefs Stellvertreter sich in ähnlicher Weise über den Holocaust geäußert. Nach den Äußerungen des iranischen Präsidenten gefragt, hatte Mohammed Habib geantwortet: "Wir haben keine Beweise, die uns in die Lage

versetzen, dieses Problem zu bestätigen oder zurückzuweisen." Es habe ganz sicher Übergriffe auf die Juden gegeben, aber nicht notwendiger Weise mit Gaskammern und nicht in der Größenordnung. Die Nationalsozialisten und ihre Verbündeten ermordeten zwischen 1933 und 1945 mehr als sechs Millionen Juden.

Der Holocaust sei jedoch im Zusammenhang mit der Diskussion über die Palästinenser vollkommen irrelevant. "Was die Juden über den Holocaust propagieren, hat nichts damit zutun, wie sie die Palästinenser auf dem Gebiet Palästinas behandeln", sagte er in einem Interview der Nachrichtenagentur Reuters.

Der Standard.at 22. Dez. 2005

<http://derstandard.at/?url=/?id=2284446>

ARABISCH-ISLAMISTISCHE BÜNDNIS

Islamismus und Neonazismus

Neues von ganz rechts - Dezember 2005 Nachdem sich die Neonazis von Stoertebeker schon zuvor für die antisemitischen Ausfälle des iranischen Präsidenten Ahmadinejad begeistert hatten, veröffentlichten sie am 12. Dezember einen Brief, den Gerd Honsik an die iranische Botschaft in Deutschland gesandt hatte. Darin bittet er um Unterstützung für den gegenwärtig in Mannheim vor Gericht stehenden Holocaustleugner Ernst Zündel. Nicht nur die Einigkeit im Hass auf die Jüdinnen und Juden, auch die Tatsache, "dass die Kulturen unserer beiden Völker desselben indogermanischen Ursprungs sind", veranlasste den nach Spanien geflohenen Neonazi zu diesem Schritt. Honsik empört sich, dass Zündels Rechtsbeistände - darunter der österreichische Neonazi-Anwalt Herbert Schaller - vom Verfahren ausgeschlossen wurden, und bittet nun, dass der Iran einen geeigneten Ersatz zur Verfügung stellt. Dass sich Honsik an den Iran wendet, hat seinen Grund nicht nur in den jüngsten holocaustleugnenden Ausfällen und antisemitischen Vernichtungsdrohungen Ahmadinejads, sondern reiht sich ein in eine bis in die Zeiten nationalsozialistischer Herrschaft zurückreichende Allianz mit Islamisten/arabischen Nationalisten (siehe: Anton Maegerle/Heribert Schiedel, *Krude Allianz. Das arabisch-islamistische Bündnis mit deutschen und österreichischen Rechtsextremisten* »).

In den 1980er Jahren rückte man vor allem in Sachen "Revisionismus" eng zusammen. Honsik schrieb 1986 in seinem "Aufruf an die arabische Welt": *"Die Entlarvung der Judenvergasung als dem größten Propagandaschwindel der Weltgeschichte [...] wäre heute für zwei Nationen von ungeheurer Wichtigkeit! Für das deutsche Volk, um aus der Versklavung zu erwachen, und für die arabische Welt, um Israels Aggressionskraft dort zu erschüttern, wo diese Kraft tatsächlich entspringt. Nämlich in der Sympathie und dem Mitleid, die das verführte amerikanische Volk seinen zionistischen Beherrschern entgegenbringt."* Daher bat Honsik die "arabische Welt, uns mit Geld zu unterstützen, **damit wir der amerikanischen Propagandalüge von der 'Judenvergasung' ein Ende bereiten können**". Hier ist auch daran zu erinnern, dass der Holocaustleugner Wolfgang Fröhlich Anfang Mai 2000 in der iranischen Botschaft in Wien um politisches Asyl angesucht hat. Ein anderer "Revisionist", der Schweizer Jürgen Graf, fand auf seiner Flucht vor Strafverfolgung damals tatsächlich Unterschlupf im Iran. Und bei Radio Teheran genießen notorische Holocaustleugner den Ruf von "Wissenschaftlern". So wurden bisher u. a. Robert Faurisson, David Irving, Ernst Zündel, Fredrik Toben und eben auch Honsik interviewt. Dazu kommen zahlreiche Auftritte von Größen der internationalen Neonazi-Szene an der Universität Teheran.

"die jüdische" 22.12.2005

http://www.juedische.at/TCgi/v2/TCgi.cgi?target=home&Param_Kat=16&Param_RB=&Param_Red=4726

«HOLOCAUST IST EIN MYTHOS»

Irans Präsident schockiert die Welt erneut mit antisemitischen Äusserungen

Irans Präsident Mahmud Ahmadinejad hat gestern den Holocaust als Mythos bezeichnet und damit den Konfrontationskurs mit dem Westen weiter zugespitzt.

Michael Wrase/Limassol

Es war sicher kein Zufall, dass Mahmud Ahmadinejad die Stadt Zahedan wählte, um seine Visionen von Recht und Unrecht in den Palästinensergebieten erneut zu verteidigen. Beherrscht wird die bitterarme, unterentwickelte Region Sistan und Belutschistan von den Revolutionsgardisten, jener Truppe, die Ahmadinejad den Aufstieg zum Präsidenten ermöglichte. In einer Brandrede sagte der iranische Präsident gestern: «Die westlichen Staaten haben einen Mythos unter dem Namen des Holocaust geschaffen und schätzen diesen höher als Gott, die Religion und die Propheten. Gebt den Juden einen Teil eures Landes in Europa, den USA, Kanada oder Alaska, damit sie dort einen Staat errichten können. Es kann nicht sein, dass die Palästinenser den Preis für in Europa begangene Verbrechen gegen die Juden bezahlen», sagte er vor 15 000 begeisterten Zuhörern.

Seine Rede wurde live im iranischen Fernsehen übertragen. Ahmadinejads politische Gegner in Iran sollten sofort wissen, dass der Präsident nicht zum Einlenken oder zum Schweigen in der Palästinenserproblematik bereit sei, allerdings felsenfest zur Flucht nach vorne, sagen Beobachter. Für Iran bedeutet dies nichts Gutes.

Die Leugnung des Holocausts traf in Europa auf Empörung. EU-Kommissionspräsident Barroso sagte gestern, der Iran habe nicht den Präsidenten, den das Land verdiene. «Es ist schockierend, dass das Oberhaupt eines Staats, der einen Sitz bei der UNO hat, so etwas sagen kann. Ahmadinejads Worte lenken unsere Aufmerksamkeit darauf, wie gefährlich es wäre, wenn dieses Regime eine Atombombe hätte.»

«Inakzeptabel»

Der deutsche Aussenminister Steinmeier bezeichnete es gestern als «schockierend und inakzeptabel», dass Ahmadinejad nicht nur das Existenzrecht Israels, sondern nun auch noch den Holocaust geleugnet habe. Er bestellte den iranischen Geschäftsträger in Berlin ein. Israels Aussenamtssprecher sagte, Ahmadinejads wiederholte skandalöse Ausfälle enthüllten die «Denkweise der herrschenden Clique in Iran» und zeigten «eindeutig die extremistischen Ziele des Regimes».

«Wie der Zauberlehrling»

Kein iranischer Politiker oder Geistlicher lehnte sich bisher so weit aus dem Fenster wie Ahmadinejad. Nicht einmal der gegenüber Israel so unbarmherzige Ayatollah Chomeini, auf den sich Ahmadinejad so gern beruft, leugnete den Holocaust. Dennoch scheinen dem islamischen Establishment um Revolutionsführer Ali Chamenei im Moment die Hände gebunden. Chamenei habe Ahmadinejad vor seiner Wahl unterstützt, sagt Irankenner Gary Sick. Spräche er sich jetzt für seine Ablösung aus, hätte dies eine destabilisierende Wirkung für das gesamte System.

Ein europäischer Diplomat verglich Ahmadinejad mit Goethes «Zauberlehrling», der die Geister, die er rief, nicht mehr los wird. Im Unterschied zum Zauberlehrling bedauere Ahmadinejad dies aber nicht, sondern mache eifrig weiter. Ein Hexenmeister, der die bösen Geister verbannen könne, sei noch nicht in Sicht.

Ohnehin wird es in Iran wohl niemand wagen, den Präsidenten wegen seiner antisemitischen Hasstiraden zur Rechenschaft zu ziehen. Man wird seine Politik und die Auswirkungen gründlich bewerten und dann handeln, sagte ein iranischer Journalist. Trotzdem halten sich in Teheran auch Gerüchte über ein Amtsenthebungsverfahren gegen Präsident Ahmadinejad hartnäckig.

St. Galler Tagblatt 17. Dez. 2005.

http://www.tagblatt.ch/index.jsp?artikel_id=1126680&ressort=ausland

SCHÄRFERE REAKTION

Holocaust-Leugnung: Europa über Ahmadinejad empört

Strassburg/Wien/Paris. AP/baz. Die Leugnung des Holocausts durch den iranischen Präsidenten Mahmud Ahmadinejad ist in Europa auf Empörung gestossen. EU-Kommissionspräsident José

Manuel Barroso erklärte am Mittwoch, der Iran habe nicht den Präsidenten, den das Land verdiene. «Es ist wirklich schockierend, dass das Oberhaupt eines Staates, der einen Sitz bei den Vereinten Nationen hat, so etwas sagen kann», sagte Barroso am Rande einer Sitzung des EU-Parlaments. Grünen-Fraktionschef Daniel Cohn-Bendit schlug einen Ausschluss Irans von der Fussball-Weltmeisterschaft im kommenden Jahr vor.

Barroso brachte die jüngsten Äusserungen Ahmadinejads, der den Holocaust als Mythos bezeichnet und eine Verlegung Israels nach Europa, in die USA oder nach Kanada gefordert hatte, auch mit dem umstrittenen iranischen Atomprogramm in Verbindung. Ahmadinejads Worte «lenken unsere Aufmerksamkeit darauf, wie gefährlich es wäre, wenn dieses Regime eine Atombombe hätte», sagte der Kommissionspräsident.

«Mit aller Entschiedenheit»

Auch der österreichische Bundespräsident Heinz Fischer kritisierte Ahmadinejad. In einer Festansprache zum 50. Jahrestag der Aufnahme Österreichs in die UNO erklärte Fischer laut einem Bericht der Nachrichtenagentur APA, es sei «inakzeptabel, einem Mitgliedstaat der Vereinten Nationen - im konkreten Fall Israel - das Existenzrecht abzusprechen». Den Gedanken, ein Mitgliedsland der Vereinten Nationen auf das Territorium anderer Staaten zu transferieren, weise Österreich «mit aller Entschiedenheit» zurück. Bereits in der vergangenen Woche hatte Ahmadinejad gefordert, Deutschland oder Österreich sollten Israel Teile ihres Territoriums überlassen.

Die französische Regierung verurteilte Ahmadinejads Ansprache vor mehreren tausend Iranern ebenfalls als inakzeptabel. «Wir verurteilen diese neue Erklärung des iranischen Präsidenten mit grosser Entschiedenheit», sagte ein Sprecher des Aussenministeriums in Paris.

Der Direktor der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem forderte eine schärfere Reaktion der internationalen Politik. «Wir verurteilen diese Äusserungen nicht nur, wir glauben, dass die internationale Gemeinschaft und die Vereinten Nationen ernsthafter darauf eingehen müssen», erklärte Avner Shalev. «Jede Aussage zum Genozid muss ernst genommen werden, weil der Holocaust geschehen ist, und die Welt weiss es.»

Basler Zeitung, 14. Dez. 2005.

<http://www.baz.ch/news/index.cfm?ObjectID=29E2FCB9-60CF-2062-F468D0951ABD6987>

IN DIE PRESSE

Die Freunde des Präsidenten

Maxim Kammerer

In schweren Zeiten braucht man Verbündete. Die iranische Mehr News Agency hat deshalb »führende Historiker und Gelehrte aus verschiedenen Teilen der Welt kontaktiert«, um festzustellen, ob sie die Ansichten Präsident Mahmoud Ahmedinejads über Israel und die Juden teilen. Das Ergebnis veröffentlichte die Tageszeitung Tehran Times: »Historiker und Forscher unterstützen die Sichtweise des iranischen Präsidenten zum Holocaust.« Ahmedinejad hatte die Shoah als »Märchen« bezeichnet.

Die revisionistischen »Gelehrten« ließen sich nicht lange bitten. »Ich unterstütze vollständig die Ansicht Herrn Ahmedinejads, dass der angebliche »Holocaust« an den Juden eine Legende oder ein Mythos ist«, antwortete Robert Faurisson. Serge Thion versichert dem Präsidenten, dass »französische und internationale revisionistische Gelehrte« seine Reden »bemerkenenswert akkurat« und seine »Vorschläge (die israelischen Juden irgenwo anders hin zu transferieren) sehr vernünftig und gerecht« finden.

John Kaminski, ein Newcomer unter den antisemitischen Verschwörungstheoretikern, bedankt sich als »besorgter Amerikaner« und erklärt den Iran gemeinsam mit Venezuela zu »den letzten Bastionen authentischer Demokratie in der Welt«. Der kanadische Rechtsextremist Paul Fromm bezeichnet den Holocaust als »Religion«, und der saudische Politologe Abdullah Mohammad Sindi (»Der so genannte »Holocaust« ist nichts als jüdische/zionistische Propaganda«) möchte es gern genauer wissen: »Ja, ich will Präsident Ahmedinejad unterstützen. Aber Sie haben nicht angegeben, welche Art von Unterstützung Sie von mir ersuchen.«

Auch Horst Mahler ließ es sich nicht nehmen, den iranischen Präsidenten zu loben: »Herr Ahmedinejad hat uns sehr geholfen. Der »Holocaust« hat nie stattgefunden. Es ist die größte Lüge der

Geschichte.« Mahler hat sogar Neuigkeiten für Ahmedinejad. Die von ihm vorgeschlagene »Verlagerung des Staates Israel nach Deutschland ist im Geheimen längst im Gange«. Er bittet: »Bleiben Sie mit mir in Kontakt.« So wächst zusammen, was zusammengehört.

Jungle-world.com Die linke Wochenzeitung

Nummer 1 vom 04. Januar 2005

<http://www.jungle-world.com/seiten/2006/01/6906.php>

HOLOCAUST-KONFERENZ IN IRAN

"Ungezügelter Politik antisemitischer Verhetzung"

Der Plan der iranischen Regierung, eine Konferenz zum Holocaust abzuhalten, stößt bei deutschen Politikern auf Empörung. Jeder Versuch der Holocaust-Leugnung müsse scharf verurteilt werden, deutsche Gastredner müssten mit Konsequenzen rechnen.

Berlin - Die Teheraner Konferenzpläne wurden in Berlin einhellig verurteilt. "Offensichtlich treibt Präsident Ahmadinedschad sein Land in eine ungezügelter Politik der antisemitischen Verhetzung", sagte Grünen-Chef Reinhard Bütikofer SPIEGEL ONLINE.

"Da ist die Internationale des Antisemitismus am Werk", kommentierte der außenpolitische Sprecher der SPD, Gert Weisskirchen, gegenüber SPIEGEL ONLINE. Sein Kollege von der Linkspartei, Norman Paech, sagte, die Konferenz sei Teil der "Strategie der Provokation", die der Iran gegenüber dem Westen verfolge.

FDP-Mann Werner Hoyer nannte die geplante Konferenz "unhaltbar". "Versammlungen von Holocaust-Zweiflern sind zu jedem Zeitpunkt absolut daneben", sagte der Außen-Experte. Und vor dem Hintergrund des Atomstreits zwischen Iran und dem Westen sei "so etwas ein ganz gefährliches Zündeln am Pulverfass."

Irving und Mahler auf Teilnehmerliste

Das iranische Außenministerium hatte am Wochenende mitgeteilt, die Konferenz über den Holocaust abhalten zu wollen, "um dessen Ausmaß wissenschaftlich zu bewerten und über seine Konsequenzen zu diskutieren". Genauere Angaben zu Termin oder Programm wurden nicht gemacht.

In den vergangenen Wochen hatte der iranische Präsident Ahmadinedschad den Holocaust als "Mythos" bezeichnet und Israel sein Existenzrecht abgesprochen. Die geplante Konferenz wurde nun damit begründet, dass die Holocaust-Äußerungen im Westen teilweise auf ein positives Echo gestoßen seien. Laut "FAZ" stehen auf der Liste der möglichen Teilnehmer der deutsche Neonazi Horst Mahler, der zum Christentum konvertierte israelische Journalist Israel Shamir und der in österreichischer Untersuchungshaft sitzende Historiker und Ausschwitzleugner David Irving.

"Ahmadinedschad versucht offenbar, seinem rhetorischen Overkill nun einen quasi-wissenschaftlichen Anstrich zu geben", erklärte Weisskirchen. Der Westen müsse deutlich machen, dass der iranische Präsident verblendet und die genannten "Experten" allesamt nicht ernstzunehmen seien.

Grüne wollen Mahnwache

Bütikofer sagte, der iranische Präsident nutze die öffentliche Infragestellung des Holocausts dazu, die iranischen Fundamentalisten zu mobilisieren. Dieser Kurs werde "zwangsläufig zu einer internationalen Isolierung des iranischen Regimes führen", warnte der Grünen-Chef. Jeder, der sich auf Antisemitismus oder Rassismus einlasse, besudele damit die eigene Kultur und Nation. "Das gilt auch für den Iran."

Umso mehr komme es darauf an, dass die deutsche Zivilgesellschaft eine klare und deutlich vernehmliche Antwort gebe. Der Grünen-Vorsitzende erneuerte den Vorschlag seiner Partei, in Form einer Kundgebung oder Mahnwache ein überparteiliches Zeichen zu setzen. "Ich hoffe, dass das zeitnah passiert", sagte Bütikofer. Positive Rückmeldungen

gebe es bereits.

Omid Nouripour, Mitglied des Grünen-Vorstands und selbst im Iran aufgewachsen, hält das geplante Seminar für ein "Propagandawerk, das nicht ergebnisoffen ist". Damit solle von innenpolitischen Problemen abgelenkt werden. "Wenn der Iran tatsächlich den Anspruch hat, historische Debatten zu führen, wäre es an der höchsten Zeit, im Rahmen einer Wahrheitskommission über die Morde an Schriftstellern und Journalisten und Freidenkern im Iran zu sprachen", so Nouripour gegenüber SPIEGEL ONLINE.

Eventuelle deutsche Gastredner auf der Konferenz müssten mit strafrechtlichen Konsequenzen rechnen, wenn sie den Holocaust leugneten, sagten Nouripour und Weisskirchen.

Spiegel Online 17. Januar 2006

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,395706,00.html>

BRANDGEFÄHRLICH

"Iran erhebt Irrsinn zu Staatsprogramm"

Die geplante Holocaust-Konferenz im Iran ist nach Einschätzung des deutschen Historikers und Shoah-Experten **Götz Aly** (58) "brandgefährlich". Dort könnten sich unberechenbare "Spinner mit einer Staatsmacht verbinden", warnte Aly in einem Interview mit "Spiegel-Online". Der Iran habe offensichtlich den "Irrsinn zum Staatsprogramm" erhoben.

Die Konferenz soll den antijüdischen Polemiken von Irans Präsident Mahmoud Ahmadinejad vorgeblich "akademischen" Nachdruck zu verleihen. Dieser bezeichnete den Holocaust jüngst als "Mythos" und forderte die Vernichtung Israels.

Nach Medienberichten stehen auf der Liste der möglichen Teilnehmer unter anderen der derzeit in Österreich inhaftierte britische Holocaust-Leugner David Irving, der vom deutschen RAF-Terroristen zum Neonazi gewandelte Horst Mahler, der zum Christentum konvertierte israelische Journalist Israel Shamir, der amerikanische Revisionist Arthur Butz und sein französischer Kollege Robert Faurisson.

Die vom Iran geplante Konferenz erscheine ihm als Ausdruck "erheblicher politischer Verbohrtheit", betonte Aly. "Mit Geschichtswissenschaft hat das nichts zu tun." Ein Mann wie Mahler verstehe von der Sache nichts. Diese Konferenz werde gewiss keine neuen Erkenntnisse gewinnen. Er selbst werde daran nicht teilnehmen, "man müsste überlegen, ob man mit arabischen und israelischen Intellektuellen und Holocaust-Forschern aus der ganzen Welt eine Gegenkonferenz organisiert", sagte Aly.

Zugleich räumte der Holocaust-Forscher ein, dass die Zahl der in Auschwitz ermordeten Juden lange übertrieben worden sei. "Offiziell war in dem ehemaligen Lager auf einer Tafel noch 1989 zu lesen, es seien allein in Auschwitz vier Millionen Menschen umgebracht worden. Diese Zahl ist unter anderem durch mein Betreiben kurz nach der Wende revidiert worden. In Auschwitz wurden etwa eine Million Menschen ermordet." Diese Korrektur sei notwendig gewesen, ändere jedoch nichts am Charakter des Vernichtungslagers und am Mord an sechs Millionen europäischen Juden.

Die Presse, 20 Januar 2006.

<http://www.diepresse.com/Artikel.aspx?channel=p&ressort=a&id=533519>

3 – Palästina und Nahe Osten

NACH DER KOMPLETTEN ISOLATION

**Jabbar al Kubaysi freigelassen:
„Die USA warfen mir vor die Welt gegen sie zu mobilisieren“
Generalsekretär der Irakischen Patriotischen Allianz von US-Armee freigelassen**

Antiimperialistisches Lager

Abdeljabbar al Kubaysi, Generalsekretär der Irakischen Patriotischen Allianz, wurde zusammen mit weiteren hochrangigen politischen Gefangenen im Irak freigelassen. Er war am 3. September 2004 von US-Kräften in Bagdad entführt worden und in ein spezielles Gefängnis am Flughafen transferiert worden.

In seiner ersten Stellungnahme berichtete er heute von der unmenschlichen Behandlung durch die US-Armee. Die ersten zehn Tag war er in einer Box von weniger als 70 cm Größe gehalten worden, die Augen verbunden, Arme und Beine mit Handschellen gefesselt. Er wurde unablässig verhört und am Schlafen gehindert. Jegliche Bewegung hatte zur Folge, dass er sich selbst verletzte.

Für die folgenden fünf Monate wurde er weiterhin in einer kleinen Box in totaler Isolation gehalten. Aufgrund der unzureichenden Nahrungsversorgung verlor er mehr als 12kg.

Auf der langen Liste der Anschuldigungen, die sich alle um den Widerstand drehten, fand sich auch die Beschuldigung, er habe eine bedeutende Rolle darin gespielt, die weltweite öffentliche Meinung gegen die USA zu mobilisieren. Die US-Armee wollte ihn davon überzeugen, politisch zu kollaborieren, was er jedoch kategorisch ablehnte.

Gefragt nach seinem Kommentar zu den jüngsten von den USA veranstalteten Wahlen und den Gründen seiner Freilassung sagte Kubaysi: "Es ist offensichtlich, dass die USA realisiert haben, dass sie den Krieg gegen den Widerstand, der vom Volk unterstützt wird, nicht gewinnen können, also müssen sie politische Mittel einsetzen." Die Wahlen wurden benutzt um die konfessionellen Gemeinden gegeneinander auszuspielen.

Nach der kompletten Isolation von der Welt berichtete Kubaysi, nach zehn Tagen dutzender Treffen, er habe Menschen getroffen, die, nachdem sie wählen gegangen waren, nun verstünden, dass sie betrogen worden waren. „In ein paar Wochen nur werden wir einen Widerstand sehen, der gestärkt aus dem Ganzen hervorgehen wird.“

Das Antiimperialistische Lager gratuliert Kubaysi und der Irakischen Patriotischen Allianz zu seiner Freilassung. Sie ist das Ergebnis der Standhaftigkeit des Widerstands genauso wie der internationalen Bewegung für ein Ende der Besatzung in Unterstützung des Widerstands. Wir werden unseren Kampf weiterführen gemeinsam mit Kubaysi und der IPA auf der Seite des Widerstands und besonders für die Schaffung einer politischen Befreiungsfront mit den Endziel dem US-Imperium eine entscheidende Niederlage zuzufügen.

28. Dezember 2005

AUGÄPFEL AUS IHREN HÖHLEN TRETEN

Das Phantom von Abu Ghraib

Interview mit Haj Ali al-Qaisi

"Sie stellten mich auf eine Kiste, mit einem Umhang über den Kopf und den Armen seitlich ausgestreckt. Sie sagten, sie würden mir Stromschläge verpassen. Ich glaubte ihnen nicht. Dann nahmen sie zwei Drähte und stießen sie in meinen Körper. Ich dachte, meine

Augäpfel würden aus ihren Höhlen treten. Dann fiel ich zu Boden.“

Das ist die Geschichte von Haj Ali al-Qaisi, dessen Bild mit der Kapuze um die Welt ging, als die Fotos aus Abu Ghraib die Öffentlichkeit schockierten. Bevor er den Amerikanern in die Hände fiel, war Ali ein Muchtar, d.h. ein Dorfvorsteher, in seinem Dorf in der Gemeinde Abu Ghraib. Er unterrichtete in Moscheen, erntete Datteln und bewachte einen Parkplatz neben der Moschee des Dorfes. Heute ist Haj Ali keine furchterregende Gestalt. Ein herzlicher Mann, bei dem man sich kaum vorstellen kann, wie ihn das schreckliche Schicksal der Folter in Abu Ghraib ereilte.

"Meine Probleme mit den Amerikanern begannen, als ich ein Stück Land als Spielplatz für die Kinder herrichtete", erzählt Ali. Genau an diese Stelle brachten die Amerikaner Schutt vom Flughafen, und darunter fand man unter anderem Leichenteile und Pornohefte. Ein Arzt vor Ort stellte fest, dass viele arme Menschen im Ort sich verletzten, wenn sie den Müll nach Verwertbarem durchsuchten. "Früher dachte ich, dass die amerikanische Demokratie wie ein riesiger Spielplatz sein würde. Doch stattdessen bekamen wir eine Müllhalde mit Chemikalien, Leichenteilen und Pornos", sagt Ali und lacht.

Als Verantwortlicher im Dorf beschwerte er sich beim Gemeindeamt. "Das war der Anfang der Probleme." Am 30. Oktober um elf Uhr vormittags wurde er von Soldaten mit einem Jeep aus der Straße abgeholt. Sie brachten ihn nach Al-Amriya, einer früheren irakischen Militärbasis, auf der die Amerikaner ein Gefängnis eingerichtet hatten. Er wurde Captain Phillips vorgeführt, der sagte: "Ich weiß nicht, welcher Geheimdienst deine Verhaftung angeordnet hat, aber du wirst hier festgehalten." Viele Verwandte von Ali kamen, um seine Freilassung zu verlangen. Captain Phillips fragte Ali, ob die Leute draußen das Gefängnis angreifen würden. "Ich weiß es nicht", sagte Ali.

Er wurde hier zwei Tage gefangen gehalten. Am Morgen des dritten Tages wurde er mit einem Sack über den Kopf in das berüchtigte Gefängnis von Abu Ghraib verfrachtet. "Damals wusste ich natürlich nicht, wo ich war", sagt Ali. "Beim Eingang wurde ich auf erniedrigende Art und Weise untersucht." Die Untersuchung dauerte etwa eine oder eineinhalb Stunden. Die Amerikaner nahmen ihm Fingerabdrücke, einen Iris-Scan und Proben für eine DNA-Untersuchung ab. Danach wurde er in einen Verhörraum gebracht. "Eigentlich waren es Toiletten, in denen das Abwasser stand", sagt Ali. "Zwei Beamte und ein Dolmetscher saßen an einem Ende, weiter weg vom Abwasser. Ich musste am Boden sitzen." Die erste Frage lautete: "Bist du Sunnit oder Schiit?" Ali war überrascht: "Das war das erste Mal, dass ich diese Frage hörte. Früher war es sogar für das Personenstandsrecht gleichgültig, welcher religiösen Schule man angehörte."

Danach wurde ihm vorgeworfen, die Besatzungstruppen angegriffen zu haben. Ali zeigt auf seine Hand: Er hatte eine Operation gehabt und konnte deshalb keine Schusswaffe bedienen. "Ich sagte ihnen, sie sollten meinen Arzt anrufen, der die Operation durchgeführt hatte."

"Sie fragten auch, ob ich Osama Bin Laden kenne. Ich sagte, dass ich ihn aus dem Fernsehen kenne." Sie stellen viele solche Fragen, auch nach Saddam Hussein. "Ich hatte das Gefühl, sie suchten nach etwas, was sie mir anhängen könnten. Dann sagten sie, ich sei ein Antisemit, worauf ich ihnen erklärte, dass die Semiten zu den Vorvätern der ganzen Menschheit gehörten. 'Du weißt, was wir meinen', sagten sie."

Sie sagten, sie wüssten, dass er ein einflussreicher Mann war, dass er der Muchtar des Dorfes war. Sie sagten: "Warum arbeitest du nicht mit uns zusammen? Wir könnten dir auch helfen, vielleicht mit einer Operation für deine Hand." Sie waren arrogant: "Wir haben euer Land besetzt, ihr müsst euch unterwerfen und kooperieren."

Bald wurde klar, dass die Verhaftung von Haj Ali und vielen seiner Leidensgenossen nicht dazu diente, den Aufstand zu beenden, sondern um geheimdienstliche Informationen und Informanten unter wichtigen Persönlichkeiten in den Dörfern und Stämmen zusammenzustellen. Ali weigerte sich, er sagte: "Ihr sagt selbst, dass ihr unser Land besetzt habt, dann ist der Widerstand gegen die Besatzungstruppen ja vom islamischen Recht und vom internationalen Recht vorgesehen." Sie verlangten weiterhin, dass er mit ihnen zusammenarbeiten sollte, und schließlich drohten sie ihm, ihn an einen Ort zu bringen, "an dem nicht einmal Hunde leben, oder nach Guantánamo".

Nach diesem ersten Verhör wurde Haj Ali zusammen mit anderen Gefangenen auf einen Lastwagen verfrachtet. Alle bekamen Säcke über den Kopf gezogen, bis auf einen Blinden. Auch ihm wurde vorgeworfen, die Besatzungstruppen angegriffen zu haben. Man brachte sie an einen Ort im Lager, der "Fiji" genannt wurde. Es war ein Zeltlager. Fünf Zelte waren von Stacheldraht und von einer 15 Meter hohen Mauer umgeben. "Die Gefangenen hier wurden von den Amerikanern 'große Fische' genannt", sagt Ali, und beschreibt die Zustände im Lager: "In jedem Zelt waren vierzig Männer auf engstem Raum zusammengepfercht, so dass man nur auf der Seite liegend schlafen konnte. Insgesamt waren in den fünf Zelten etwa 300 Menschen." Es wurden Mobilklos aufgestellt, vor denen sie sich zwei bis drei Stunden anstellen mussten. Die Toiletten gingen bald über. Andere sanitäre Einrichtungen waren praktisch nicht vorhanden. Jedem Zelt wurden siebzig Liter Wasser pro Tag in

Kanistern zugeteilt. Um daraus Wasser zum Trinken zu schöpfen, mussten sie Plastikflaschen aus dem Müll holen. Auch das Essen war schlecht, es gab keine regelmäßigen Mahlzeiten und für individuelle Vergehen gab es Kollektivstrafen. Wenn beispielsweise jemand mit einem Gefangenen aus einer anderen Zone sprach, bekam seine ganze Lagerzone nichts zu essen oder alle mussten stundenlang in der Sonne stehen.

"Dann geschah etwas Eigenartiges. Bei uns war ein junger Anhänger von Muqtada al-Sadr, er hieß Scheich Jaber al-Qadi. Alle anderen in dieser Zone kamen aus sunnitischen Städten wie Falluja, Ramadi und Mosul, und er fühlte sich isoliert, also baten wir ihn, unser Vorbeter zu werden und zum Gebet zu rufen. Daraufhin schnappten ihn die Amerikaner und fragten: 'Warum betest du mit den Sunniten?', und verprügelten ihn." Im Lager traf Haj Ali Gefangene, die in verschiedenen Lagern gewesen waren, etwa in Mosul oder dem Gefängnis am Flughafen von Bagdad. Er hörte von der Folter und sah ihre Verletzungen; man erzählte auch, dass Gefangene unter Drogen gesetzt wurden. Ali kam auf den Gedanken, eine Vertretung der Gefangenen zu bilden.

Einige Zeit darauf wurde er wieder verhört und wieder drohte man ihm an, ihn nach Guantánamo oder an einen ähnlichen Ort zu schicken. Bei dem Verhör waren weibliche Soldaten dabei, die ihn erniedrigten.

Während des Ramadan wurden die Gefangenen auf eine neue Art und Weise gequält. Muslime dürfen während des Monats Ramadan von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang nichts essen. Nun wurde ihnen die zweite Mahlzeit des Tages schon nach dem Morgengebet gebracht, so dass die Gefangenen das Essen bis elf Uhr abends stehen lassen mussten. "Sie wollten unser Rückgrat brechen", ist Alis Erklärung für diese Maßnahme. Außerdem gab es sechs Generatoren, die Tag und Nacht laut ratterten. An jedem Generator hingen nur drei Lampen, das heißt wir hatten kaum Licht, nur Lärm, und in den Zelten gab es sowieso keinen Strom.

Eines Tages wurde seine Nummer, 11716, aufgerufen, er wurde an Händen und Füßen gefesselt und mit einem Sack über dem Kopf in einen Jeep gesteckt. "Als sie den Sack abnahmen, war ich in einem langen Gang, in dem man die Schreie von Gefolterten hörte. Sie befahlen mir, mich auszuziehen, meine Jallabiyya (muslimisches Obergewand), mein Unterhemd und schließlich meine Unterhose. Als ich mich weigerte, hielten sie mich zu fünf fest und zogen mich aus."

"Ich musste geradeaus gehen bis zu einer Stiege. Sie wollten, dass ich hinaufgehe, doch meine Beine gaben nach. Ich fiel hin und sie prügelten auf mich ein, bis ich die Stiegen hinaufkroch - es dauerte eine Stunde."

Danach wurde Haj Ali stehend an einer Wand festgebunden. "Sie schlugen mich natürlich wieder, übergossen mich mit Urin und Abwasser, schrieben mir etwas auf den Körper, richteten ihre Waffen auf mich, schrien mich mit einem Megaphon an und stanzten mir mit den Handschellen ein Loch ins Ohr. Das dauerte bis zum Ruf zum Morgengebet. Da kam jemand, nahm mir den Sack vom Kopf und fragte mich auf Arabisch mit libanesischem Akzent: 'Kennst du mich? Man kennt mich überall, ich verhöre Leute in Gaza, im Westjordanland und im Südlibanon. Ich habe einen guten Ruf: Ich bekomme, was ich will, oder ich bringe dich um.'"

Er fesselte Ali in der Stellung eines Gekreuzigten an das Zellengitter. Das Verhör ging weiter, man schlug ihn, übergoss ihn mit schmutzigem Wasser und erniedrigte ihn sexuell. Da kam noch jemand, und der Sack wurde wieder von seinem Gesicht entfernt. "Er sprach Arabisch mit dem Akzent eines Juden aus dem Magreb, das heißt es stimmt schon, wenn wir sagen, dass wir das Opfer einer amerikanisch-zionistischen Besatzung sind."

So ging es drei Tage lang. Er wurde in verschiedenen Positionen gefesselt und gezwungen, auf den Zehen zu stehen. "Später hörte ich, dass alles Teil einer Operation mit dem Namen 'Eisernes Pferd' war, in der einflussreiche Leute verhaftet wurden, und gezwungen werden sollten, für die Besatzer zu arbeiten."

Nach drei Tagen wurde ich einem Ausländer vorgeführt. Er bot Ali an, ihn freizulassen, wenn er für die Besatzer arbeiten würde. "Ich sagte, ich hätte nichts dazu zu sagen. Die ganze Zeit hörte ich Schreie, von Männern, Frauen und Kindern. Jeder Soldat, der an mir vorbei kam, schlug mich ins Gesicht."

Nach dem Mittagsgebet wurden Haj Ali die Handgelenke mit Plastikstreifen zusammengebunden und man brachte ihn in eine Zelle, in der er auf dem Rücken liegend an einen Pfosten gefesselt wurde. Sie brachten einen Lautsprecher und spielten "By the Rivers of Babylon", immer wieder, auf höchster Lautstärke. "In dem Moment wünschte ich mir, dass sie mir wieder den Sack über den Kopf stülpen würden", sagt Ali. Nach einiger Zeit kam jemand und entfernte den Lautsprecher, doch Haj Ali konnte nichts hören. "Ich hörte noch immer das Lied, obwohl sie den Lärm abgedreht hatten." Sie ließen ihn aufstehen und fesselten ihn mit den Händen an das Zellengitter. "Das war der fünfte Tag ohne Essen", sagt Ali. Später kam der Verhörbeamte und sagte, das sei das "Empfangskomitee" gewesen. "Später hörte ich, dass sie das mit allen so machten.", sagt Ali.

Er wurde in Zelle 49 gesteckt. "Sie machten ein Foto von mir, bevor sie den Sack abnahmen,

und dann noch eines. In einer der Zellen gegenüber saß ein Imam, den ich kannte. Alle waren nackt.“

„Reg’ dich nicht auf“, sagten sie, „Wir sind schon seit Monaten nackt.“ Haj Ali versuchte, sich mit Müll zu bedecken, doch die Amerikaner ließen das nicht zu. „Die Amerikaner gaben jedem von uns einen Spitznamen“, sagt Haj Ali. „Einen nannten sie ‘Big Chicken’, einen anderen ‘Dracula’, andere ‘Wolf Man’, ‘Joker’, ‘Gilligan’; mich nannten sie ‘Colin Powell’.“ Tags darauf kam Charles Graner, der Folterbeamte, der nach Auffliegen des Skandals von Abu Ghraib verurteilt werden sollte. Haj Ali hatte einen Verband an der Hand. Graner riss ihn herunter, so dass die Wunde wieder aufriss, und Haj Ali wurde bewusstlos. „Am nächsten Tag“, erinnert sich Ali, „bat ich eine Soldatin um ein Schmerzmittel. Sie sagte, ich sollte meine Hand unter dem Gitter durchschieben. Ich dachte, sie wollte sich meine Hand ansehen, doch sie trat mir auf die Hand und sagte: ‘Das ist ein amerikanisches Schmerzmittel.’“

Nach 15 Tagen bekam Haj Ali eine Decke. „Ich musste nun nicht mehr nackt sein, und meine Freunde gratulierten mir.“ Dieser Teil des Gefängnisses wurde „Der Steinbruch“ genannt, und Haj Ali erzählt, dass sie nackte Männer das Essen für die weiblichen Gefangenen ausgeben ließen. Die gefangenen Frauen wurden als Geiseln für ihre Brüder, Väter oder Söhne festgehalten. „Wir hörten ihre Schreie, sie riefen ‘Allahu akbar’, ‘Gott ist groß’.“

Nach 15 Tagen wurden die Verhöre intensiviert, die Amerikaner wollten sie loswerden um Platz für neue Leute zu machen, die zwischen dem „Steinbruch“ und den Zelten im Freien hin und her geschafft wurden. Einer der Gefangenen fragte eine Soldatin: „Warum erniedrigt ihr uns so?“ Sie antwortete: „Das sind unsere Befehle.“

Sie brachten ihn wieder zum Verhör. Zehn Personen waren in dem Verhörraum, einige in Zivil und einige in Uniform. Sie hatten Handys mit Kameras. „Damals glaubte ich nicht, dass es so etwas gäbe, ich dachte, die Telefone nähmen nur Ton auf.“ In diesem Raum ereignete sich die Szene, die später auf der ganzen Welt als Beispiel für Misshandlung und Folter durch das amerikanische Regime bekannt wurde. „Sie stellten mich auf eine Kiste, mit einem Umhang über den Kopf und den Armen seitlich ausgestreckt. Sie sagten, sie würden mir Stromschläge verpassen. Ich glaubte ihnen nicht. Dann nahmen sie zwei Drähte und stießen sie in meinen Körper. Ich dachte, meine Augäpfel würden aus ihren Höhlen treten. Dann fiel ich zu Boden.“ Haj Ali biss sich dabei in die Zunge. Ein Arzt kam und schob die Kapuze mit seinem Schuh beiseite. „Er sah keine Verletzung an meiner Zunge, also sagte er, sie könnten weiter machen.“ Sie brachten Haj Ali dreimal in diesen Raum und er bekam fünfmal Elektroschocks.

Sie fesselten ihn mit den Händen an ein Rohr an der Decke, stopften ihm etwas trockenes Brot in den Mund und fotografierten ihn; auch während der Verhöre machten sie Fotos. „Möchtest du noch etwas mehr gefoltert werden?“ fragten sie ihn. Haj Ali antwortete: „Je mehr ihr uns foltert, desto größer wird Gottes Belohnung für uns sein.“

Haj Ali war nicht der einzige, der so misshandelt wurde. „Der Imam der größten Moschee von Falluja war 75 Jahre alt“, sagt Haj Ali. „Nicht nur, dass sie ihn nackt auszogen und herumschleiften, sie zogen ihm auch noch Frauenunterwäsche an. Einen anderen Gefangenen zwangen sie, auf Fotos von seinem eigenen Vater zu urinieren. Einen anderen Imam vergewaltigten sie.“

„In Wirklichkeit sind diese Gefängnisse Trainingslager für den Widerstand“, sagt Haj Ali, „denn 90% der Gefangenen sind unschuldig; doch nach diesen Erfahrungen sind sie entschlossen, den bewaffneten Widerstand gegen die Besatzer aufzunehmen. Jeder, der so behandelt wird oder sieht, wie der eigene Bruder oder die eigene Schwester so behandelt wird, wäre bereit dazu.“

Nach 49 Tagen im „Steinbruch“ hörte er von seinen Peinigern, dass er irrtümlich verhaftet worden war und zurück ins Zelt gebracht würde, und so geschah es tags darauf. „Das ist deine Wiedergeburt“, sagten sie. Haj Ali erzählt: „Im Zeltlager sah ich zwei Tage lang in den Himmel und freute mich über das Licht nach der Zeit in den dunklen Zellen. In der Zelle hatte ich 38 Kilo abgenommen. Ich kann das so genau sagen, weil sie als ich eingeliefert wurde, mein Gewicht auf ein Plastikarmband schrieben.“ Sie gaben ihm seine Habseligkeiten zurück, zogen ihm einen Sack über den Kopf und brachten ihn mit einem Lastwagen weg – diesmal ohne Handschellen. Nach einiger Zeit wurde er vom Lastwagen gestoßen. „Als ich mir den Sack wieder abnahmen, war ich auf der Autobahn, und so wusste ich, dass ich freigelassen wurde.“

So endet Haj Alis Geschichte von Abu Ghraib. Nach seiner Freilassung und nachdem der Skandal von Abu Ghraib an die Öffentlichkeit drang, wurde er von der UNO in Sachen Menschenrechte ausgebildet. Er wollte seine Erfahrung weitergeben, einen Verein gründen, und wandte sich an die irakische Regierung. Man sagte ihm: „Es gibt keine Misshandlungen in den Gefängnissen.“ Zusammen mit anderen organisierte er eine Konferenz mit prominenter Beteiligung und gründete die „Vereinigung der Opfer der Gefängnisse der amerikanischen Besatzungstruppen“, um Information über die Folter und die Gefängnisse zu verbreiten, freigelassenen Gefangenen und den Familienangehörigen von Gefangenen zu helfen. Der Vereinigung geht es nicht nur um die amerikanischen Gefängnisse. „Viele Gefängnisse werden privat geführt, von Söldnern aus der ganzen Welt. Nicht nur die Amerikaner sind schuldig“, sagt Haj Ali.

"Was im Irak vor sich geht, ist eine ganz normale Reaktion auf all diese Vorgänge. Unter Saddam Hussein gab es 13 Gefängnisse; heute gibt es 36 staatliche Gefängnisse und 200 Gefängnisse, die von den staatlichen Paramilitärs geführt werden. Die irakischen Gefängnisse sind die schlimmsten, dort werden den Gefangenen am schlimmsten gefoltert, und alles mit Zustimmung der US-Regierung. Was im Irak geschieht, ist auch ein Verbrechen gegen das amerikanische Volk und gegen die europäischen Völker, die mit dieser Schande leben müssen. Die Folterer kommen aus vielen Ländern. Ich kann niemanden verurteilen, der irgendeinen Ausländer im Irak entführt. Das ist eine Reaktion auf die Besatzung und die Folter", sagt Haj Ali. Seine Vereinigung arbeitet im Bereich physischer und psychologischer Rehabilitation ehemaliger Gefangener.

Das ist nicht das Ende der Geschichte von Haj Ali.

Das Interview führte **Lars Akerhaug**. Unser Dank gilt auch Dr. **Hisham Bustani**, der dieses Interview ermöglichte.

Bruchlinien, Zeitschrift für eine neue revolutionäre Orientierung, Nr 16, November 2005

http://www.bruchlinien.at/index.php?subaction=showfull&id=1131298584&archive=&start_from=&ucat=27&category=27

HAFTSTRAFE UND GELDSTRAFE

Welke Blumen aus Galiläa

Karl Pfeifer

Reaktion auf ein antisemitisches Buch in Österreich und in Frankreich

Seit dem Frühjahr 2005 ist es in Wien bekannt, dass Fritz Edlinger, ehemaliger Vertreter der SPÖ beim Nahostkomitee der Sozialistischen Internationale, im von Hannes Hofbauer geleiteten linken Wiener Promedia-Verlag Israel Shamirs Buch *Die Blumen aus Galiläa* herausgegeben hat. Obwohl das Buch eindeutig antisemitisch ist, hat dies - mit der rühmlichen Ausnahme von „News“ - bei den österreichischen mainstream Medien keinerlei Reaktion ausgelöst. Im September 2005 konnte Israel Shamir sogar in „Kulturzeit“ des Fernsehsenders 3sat auftreten. Österreichische Politiker behaupten immer wieder, dass die österreichischen Gesetze antisemitische Hetze unter strenger Strafe stellen, doch bislang ist nicht bekannt, dass die österreichische Justiz dieses Buch überprüft hätte.

Ganz anders reagierte die französische Justiz auf die französische Ausgabe dieses Buches. Das „14e chambre du Tribunal de grande instance“ in Nanterre bei Paris hat am 2. November 2005 den Direktor des Al Qalam Verlags zu einer dreimonatigen bedingten Haftstrafe und einer Geldstrafe von 10.000 Euro verurteilt, weil er das antisemitische Buch *Das andere Gesicht Israels* von Israel Shamir herausgegeben hat, dessen Verkauf gleichfalls vom Gericht verboten wurde. Das Gericht hat Abdelila Cherifi Alaoui, den Direktor des Al Qalam Verlags „wegen Aufwiegelung zur Diskriminierung und Aufruf zum Hass und zur Gewalt“ wegen der Zugehörigkeit zu einer Religion verurteilt. Außer der bedingten dreimonatigen Haftstrafe und einer Geldstrafe von 10.000 Euro muss Al Qalam 12.000 Euro Entschädigung und 1.500 Euro Gerichtskosten an den Privatkläger, Internationale Liga gegen Rassismus und Antisemitismus (LICRA) bezahlen. Dem Verleger wurde auferlegt binnen 30 Tagen das Buch aus dem Verkauf zu ziehen, mit der Drohung für jedes Exemplar, dass nach Ablauf dieser Frist gefunden wird, 100 Euro zu bezahlen.

Das Gericht hat sein Urteil damit begründet, dass der Ausdruck „Juden“ im Buch immer im Plural konjugiert wird, und so „die Juden“ als „Beherrscher der Welt“ gezeigt werden, all dies im Rahmen eines „Dritten Weltkriegs“, der laut dem Verfasser im Gang ist. „Der Autor ist mit dem ältesten antisemitischen Werk“ verbunden, in dem er in seinem Buch aus den *Protokollen der Weisen Zions* zitiert, meinte das Gericht. Die Protokolle wurden am Beginn des 20. Jahrhunderts in Russland in Millionen Exemplaren

verbreitet, und zwar wurde im Dienste der zaristischen Reaktion eine zionistische Verschwörung behauptet, dass Juden um ihren Hass zu befriedigen, die christliche Zivilisation vernichten wollen, um die Welt zu beherrschen. Bereits 1921 wurden die Protokolle als Fälschung des zaristischen Geheimdienstes entlarvt.

Die Nazis haben dieses Buch ebenfalls in Millionen Exemplaren verbreitet. In seinem Buch *Das andere Gesicht Israels* schrieb Israel Shamir auf Seite 282: „Man muss die *Protokolle* als ein politisches Pamphlet beachten.“ In der Pariser Zeitschrift *L'Arche* (10/05) beschreibt Michel Derczansky den Verlauf der Gerichtssitzung am 6. September. LICRA wurde von Marc Lévy vertreten und Al Qalam, der Verlag, der Israels Shamirs Buch herausgab, von Éric Delcroix, ehemaliger Abgeordneter der rechtsextremistischen Front national und Verteidiger von Holocaustleugnern, deren Ansichten er teilt.

Im Gerichtssaal sitzen militante Rechtsextremisten neben militanten Linksradikalen. Dort werden einige arge Zitate vorgelesen, die auch im deutschsprachigen Buch *Blumen aus Galiläa* enthalten sind. So schreibt Schamir [1]: „Scheinbar sind „die Juden“ (im Gegensatz zu „Juden“) in einem gemeinsamen Willen, einem einzigen Zweck und einem Machtgefühl vereint. Der Rausch von Macht und Einigkeit hat diese vorsichtigen Menschen dazu verleitet, ihre Masken fallen zu lassen und aufzuhören, anderen etwas vorzumachen. Diese neue Offenheit gewährt uns eine nie da gewesene Einsicht in die Seele der Juden und die ihrer mammonitischen Unterstützer.“ (*Blumen aus Galiläa*, Seite 151) Der Senatspräsident fragt Abdelila Cherifi Alaoui, ob denn das von ihm publizierte Buch nicht Leser zu Aktionen führen könnte, um diese angebliche jüdische Herrschaft abzuschütteln. Seine Antwort ist kurz und eindeutig: „Wenn ich auch nicht alles teile, was der Autor denkt, glaube ich, befinden wir uns in einem freien Land in dem alle Ideen ausgedrückt werden dürfen. Die Behauptungen im Buch greifen nicht die Juden an, nur diejenigen welche die Welt beherrschen wollen.“ Eric Delcroix nimmt Zuflucht zu einer Strategie, die üblich ist bei Verleumdungsverfahren, er behauptet, dass die Behauptungen Shamirs wahr seien, d.h. im Fall einer Beschuldigung Aufruf zum Rassenhass, dass Rassismus gerechtfertigt sei. Doch Delcroix begnügt sich nicht damit, er ruft sozusagen Karl Marx und den jüdischen Schriftsteller Édouard Valdman in den Zeugenstand, um zu beweisen, dass „die Jagd nach Geld“ ein vom Judentum eingeführtes „Paradigma“ sei. Die Zitate von Édouard Valdman sind von Anwalt Delcroix aus dem Kontext gehoben und sinnwidrig.

Doch sein Zitat von Karl Marx ist echt: „Welches war an und sich die Grundlage der jüdischen Religion? Das praktische Bedürfnis, der Egoismus... Das Geld ist der eifrige Gott Israels, vor welchem kein anderer Gott bestehen darf.“ (*MEGA*, Dietz Verlag, Berlin 1978, *Zur Judenfrage*, Seite 374) Der Antisemitismus von Marx wird also von einem notorisch rechtsextremistischen Rechtsanwalt benützt, um einen antisemitischen Diskurs im 21. Jahrhundert zu rechtfertigen. Delcroix unterstreicht, dass „Israel Shamir den Sinn, den Wert und die Wirkung der berühmten Protokolle der Weisen Zions untersucht, in denen er wie Solschenizyn einen prophetischen Roman sieht, der schildert was aus dem Westen in einem späteren Jahrzehnt wird, in der Manier des berühmten 1984 von George Orwell.“ Und Delcroix setzt fort: „Die Behauptungen des Herrn Shamir beschuldigen die Juden nicht wegen ihrer Religion, sondern wegen dem Fakt, dass sie sehr oft, unter ihrer individuellen Verantwortung an abscheulichen „Ideen“ festhalten und diese verbreiten.

Erstaunlich war es, im Internet zu lesen, wie der „Antizionismus“ der Rechtsextremisten und der Linksradikalen übereinstimmen, man konnte gleichzeitig die selben Unterstützungserklärungen auf den Homepage der „altermondialisten“ (*Bellaciao*, *Altermonde*, *Oulala...*), der islamistischen oder arabisch nationalistischen (*Arabesques*, *Nawaat*, *Quibla...*) und auf den rechtsextremistischen Homepages (*Géostrategie*, *Voxnr*, *Altermedia...*) sowie auf der Homepage von Dieudonné (*LesOgres*) lesen. Einer der eifrigsten Anhänger von Israel Shamir ist Christian Bouchet, Betreiber der „nationalistisch-revolutionären“ Homepage *Voxnr*.

Am 3. September 2005 hat er in einem Leitartikel ein begeistertes Lob dem Buch von Israel Shamir gespendet: „Ich schlage meinen Pariser Lesern vor, ihre Sympathie und ihre Unterstützung für den Verlag Al Qalam (la Librairie du Monde Arabe, 220 rue Saint Jacques, Paris) durch einen Besuch und einen kleinen Einkauf zu demonstrieren.“ Auf der Homepage von Israel Shamir berichtet **Maria Possier**,

Aktivistin einer „rot-braunen“ Gruppe, und Weggenossin von Holocaustleugnern über den Prozess. Und man kann auch seine Unterstützungserklärung beim tunesischen Oppositionellen **Mondher Sfar**, Veteran des Antisemitismus, der bereits während der 90er Jahre Artikel gegen „den Zionismus“ in holocaustleugnenden Medien publizierte, deponieren. Es lohnt sich auch mit Israel Shamir, dem angeblichen „Freund der Palästinenser“ und echten Antisemiten auseinander zusetzen, der anlässlich der Teilnahme von Le Pen beim zweiten Wahlgang zum Präsidenten der Französischen Republik jubelte, dies „bedeutet, das Anfang vom Ende des jüdischen Aufstiegs nach dem Krieg“.

Dieser Mensch existiert tatsächlich, er behauptet ein israelischer Journalist russischer Abstammung zu sein und nennt sich Israel Adam Shamir. Er hat am 29. Oktober, ein paar Tage bevor sein Herausgeber wegen Aufruf zum Rassenhass verurteilt wurde, in Paris einen Vortrag gehalten. Veranstalter war der holocaustleugnende Mondher Sfar und die islamistische www.quibla.net, die eine Rubrik unter dem Titel „Die Protokolle der Verrückten Zions“ führt. In Frankreich, aber auch in Österreich haben sich Antizionisten kritisch mit den antisemitischen Umtrieben von Israel Shamir auseinandergesetzt. Tatsächlich muss man fragen, wieso die palästinensische Politikerin Hanan Ashrawi mit dem „Juden“ Israel Shamir im Vorstand von Deir Yassin remembered sitzt, der sein Buch in einem Verlag drucken lässt, dessen Anwalt Eric Delcroix ehemaliger Abgeordneter der Front National ist, der wegen Holocaustleugnung verurteilt wurde.

Als Shamir in Frankreich 2003 sein *L'autre visage d'Israel* publizierte, brach - im Gegenteil zu Österreich wo Antisemitismus und sei es in krudester Form toleriert wird - sofort ein Sturm der Entrüstung aus, der niemand überraschte, denn das Buch ist derartig voll von antisemitischen Ausdrücken, die von einem Propagandisten der jüdischen Weltverschwörung kommen und auch alte christliche Stereotypen wie Gottesmord und Ritualmord beinhalten. Das Buch wurde von édition Balland zurückgezogen. Doch der Autor verteidigt sich mit einem Lebenslauf, der unangreifbar scheint: geboren 1950 erklärt Shamir 1969 in Israel angekommen zu sein, dass er während des Jom Kippur Krieges Fallschirmjäger war, dann Journalist bei den bedeutenden linken israelischen Tageszeitungen, dass er in Jaffa lebt. Doch 2004 entlarven die antifaschistischen Zeitschriften *Searchlight* in London, *Expo* in Schweden und *Monitor* in Norwegen, dass es sich um einen Russen handelt, der in Novosibirsk geboren wurde und **dessen jüdische Abstammung nicht sicher sei** und dass er selbst erklärt zur russisch-orthodoxen Religion konvertiert zu sein. Er ist ein Mann, der sich hinter mehreren Identitäten und mehreren Wohnorten versteckt. Shamir hat tatsächlich Russland 1969 in Richtung Israel verlassen. Einiges spricht dafür, dass er ein sowjetischer Agent war, dessen Aufgabe es war die russisch-jüdischen Kreise im jüdischen Staat zu infiltrieren. Diejenigen, die ihn damals kannten bestätigen, dass er bereits bei seiner Ankunft Hebräisch, wie jemand sprach, der dies an einer Universität erlernt hat. Etwas was kein Refusnik (Juden, denen die Ausreise zeitweilig aus der UdSSR nicht gestattet wurde K.P.) von denen keiner sich an ihn erinnert, die Möglichkeit hatte zu tun. 1988 fuhr Shamir aus Israel nach Russland zurück.

Nach seiner Version um besser über den Verlauf der ersten Intifada zu berichten, aber vielleicht auch weil die Perestroika seine Mission überflüssig machte und er bevorzugte „in die Heimat zurückzukehren“. Diese Annahme wird dadurch gestützt, dass er in der *Prawda* und vor allem in der Wochenzeitung *Zavtra* publiziert, dem rot-braunen Organ, dass auch die Werbung des neonazistischen Holocaustleugnern Ernst Zündel bringt. 1993 behauptet Shamir Russland wieder in Richtung Israel verlassen zu haben.

Dieses Datum ist gleich mit dem verhinderten Putsch gegen Boris Jeltsin, der ein neues Fiasko seiner ideologischen Freunde markiert. Doch und das ist das unglaubliche hatte Shamir bereits vorher eine andere Adresse: in Schweden. Denn wie *Expo* und *Monitor* gezeigt haben, scheint Shamir bereits seit 1984 in den schwedischen Meldedateien mit einer Adresse in Stockholm auf, wo seine erste Frau und seine Kinder bis heute leben. 2001 änderte er seinen Namen in Jöran Jermas und erwarb die schwedische Staatsbürgerschaft. Übrigens hat im April 2005 der propalästinensische britische

Aktivist Manfred Ropschitz auf *indymedia.uk* die Kopie des schwedischen Passports von Jermas-Shamir veröffentlicht.

Jerma-Shamir besuchte im Juni 2005 in Kiew eine Konferenz von „L'Académie interrégionale de management du personnel (MAUP), einer Privatuniversität, die ein Zentrum der antisemitischen Agitation in der Ukraine ist. Thema der Konferenz war „Der Zionismus, die wichtigste Bedrohung der modernen Zivilisation“. Shamir sprach dort neben **Serge Thion**, der wegen Holocaustleugnung aus dem CNRS, der französischen Akademie der Wissenschaften ausgeschlossen wurde, und neben **David Duke**, weißer Rassist aus den USA, ehemaliger Ku Klux Klan Leiter. Jerma-Shamir bezieht sich mehrmals auf seiner Homepage positiv auf den verstorbenen Anführer der „National Alliance“, William Pierce. Dessen Kameraden würden in ihrem gewalttätigen Rassismus zwar offen übers Ziel schießen, aber sie seien „zur richtigen Schlussfolgerung gekommen: Amerika sollte nicht den Willen der Zionisten erfüllen und für sie im Dritten Weltkrieg kämpfen.“ Die Frage ob Verleger und Herausgeber in Österreich wussten, was sie taten, beantwortete letzterer im Interview mit dem deutschen Internetportal Muslim-Markt: Fritz Edlinger bestätigte dort Mitte September, dass er Jerma „seit langem aus seinen Schriften und Veröffentlichungen“ kenne. Vorn daher kann ihm auch Jerma's programmatischer Text *Pardes. Eine Studie der Kabbala* wohl nicht entgangen sein. Dort nennt der von Edlinger so geschätzte Hetzer Jerma-Shamir Otto Weininger und den NS-Vordenker Dietrich Eckart als Vorbilder. Kritisch äußert sich Jerma über Hitler, weil es dieser trotz „seiner Bewunderung für Weininger und seiner Liebe zu Eckart“ vorgezogen habe, „anstatt gegen die jüdische Haltung zu kämpfen, dieselbe zu imitieren und ‚sein eigenes Volk‘, die ‚Deutschen‘ zum auserwählten Volk zu erklären.“ Und derjenige, der solches von sich gibt, wird von Edlinger als „Linke[r] und radikale[r] Demokrat hofiert und als Opfer einer „hysterische(n) Kampagne“ in Schutz genommen.

1 «Maintenant il semble que les Juifs (en tant que groupe distinct des non-Juifs) soient unis par une volonté commune, un objectif unique et un sentiment de puissance. L'intoxication par le pouvoir et l'unité a amené ces gens cauteleux à laisser tomber le masque, à renoncer aux faux-semblants. La nouvelle ouverture nous fournit un aperçu sans précédent de l'âme des Juifs et de leurs supporters mammonites.» Am 10. November hätte eine Veranstaltung in der Grazer Uni mit Fritz Edlinger und Ludwig Watzal stattfinden sollen. Der Rektor hat die Beiden ausgeladen und sich auf die Herausgabe von *Blumen aus Galiläa* berufen. Die Wiener Tageszeitung *Der Standard* berichtete über die Ausladung.

"die jüdische" 17.11.2005 16:35

http://www.juedische.at/TCgi/_v2/TCgi.cgi?target=home&Param_Kat=33&Param_RB=45&Param_Red=4488

PHANTASIEGEBILDE

Neues von ganz rechts - November 2005

Romig lobt Jerma

Wie nicht anders zu erwarten, traf das im Wiener *Promedia Verlag* erschienene antisemitische Machwerk "Blumen aus Galiläa" von Israel Shamir alias Jöran Jerma (siehe: Karl Pfeifer, [Brückenschlag in Wien](#) ») voll und ganz den Geschmack von Friedrich Romig. In der aktuellen Ausgabe von *Zur Zeit* (45/2005, S. 21) schreibt er vom Eindruck, den dieses Buch bei ihm und allen anderen, "deren Blick und Urteilsvermögen durch die Medienabteilung der Holocaust-Industrie noch nicht ganz getrübt ist", hinterlassen hat. Das gilt insbesondere für Jerma's Phantasiegebilde von der jüdischen Weltherrschaft, dem ja auch Romig anhängt: "Für ihn [Jerma] gehört jetzt sogar Washington, ähnlich wie das Westjordanland, der Irak oder Afghanistan, zu einem von israelisch-zionistischen Terroristen besetzten Territorium."

Eine Veranstaltung mit dem Herausgeber der "Blumen aus Galiläa" Fritz Edlinger an der Universität Graz wurde am 10. November vom Rektorat untersagt, nachdem die antisemitischen Ausfälle Jerma's publik gemacht worden waren.

<http://www.doew.at/>

NOCH EINMAL DIE VERLEUMDUNGEN

Shamir-Jermas-Ermash:

Namenswechsel eines schwedisch-russischen Antisemiten

Von Karl Pfeifer

Fritz Edlinger, Herausgeber eines antisemitischen Buches ortet, nachdem er damit konfrontiert wurde, eine "Antisemitismuskeule" und beklagt, dass man doch in Österreich Israel nicht kritisieren könne, ohne in den Geruch des Antisemitismus zu kommen. Das weist auf seinen Realitätsverlust hin.

Natürlich kann die Politik eines jeden Staates – so auch die von Israel – sachlich kritisiert werden. Doch die "Kritik" der unter dem Namen Israel Shamir schreibenden Person in dem von Fritz Edlinger herausgegebenen und vom Wiener Promedia Verlag publizierten Buch "Blumen aus Galiläa" ist ein Beispiel für eine auf langen Strecken ungezügelter antisemitischer Hetze. Dies wurde u.a. auch von mir in einigen Beiträgen seit Mai 2005 sachlich dokumentiert.

Fritz Edlinger, Generalsekretär der Gesellschaft für Österreichisch-Arabische Beziehungen und ehemaliger Vertreter der SPÖ im Nahostkomitee der SPÖ reagierte auf diese Kritik nicht, gab aber der Internetzeitung *Muslim Markt* am 18.9.2005 ein Interview, in dem er das Buch Shamirs in den Himmel lobte und die Frage ob er Israel Shamir persönlich kenne, so beantwortete: *"Nein. Ich kenne ihn nur seit langem aus seinen Schriften und Veröffentlichungen"* [1]

Fritz Edlinger, der in diesem Interview auch behauptete einen Sinn für Selbstkritik zu haben, ging auf die Kritik an dem von ihm herausgegebenen Buch lange nicht ein, zumal dieses in den main stream Medien nicht rezensiert wurde und auch sonst keinen öffentlichen Protest auslöste.

Erst nachdem die Grazer Gruppe Mayday im November 2005 erfolgreich auf den antisemitischen Inhalt von "Blumen aus Galiläa" aufmerksam machte und eine Veranstaltung mit Fritz Edlinger an der Universität Graz abgesagt werden musste, versuchte Fritz Edlinger in einem am 20.12.05 veröffentlichten Brief [2], das Buch Shamirs als zulässige Kritik am Staat Israel hinstellen und den Antisemitismus herunterzuspielen: *"Aus dem Zusammenhang gerissene Zitate wurden publiziert..."*

Er mußte aber unter dem Druck der Öffentlichkeit auch feststellen, er *"habe wörtlich die Herausgabe des Buches als persönlichen Fehler"* bezeichnet und verurteile *"die eine oder andere Passage"*.

Edlinger erklärte, dass er *"persönlich Antisemitismus ablehne"*.

Es wäre interessant zu erfahren, wie er Antisemitismus definiert, ob er so wie einige diesen auf den Vernichtungsantisemitismus der Nationalsozialisten beschränkt oder auch bereits jeden Versuch Juden zu diskriminieren dazu zählt. Wenn das der Fall ist – dann ist es nicht erklärlich – wie er die langen antisemitischen Passagen in dem von ihm herausgegebenen Buch "übersehen" konnte.

Tatsache ist, dass dieser von Fritz Edlinger als *"Linke[r] und radikale[r] Demokrat"* hofierte Israel Shamir, der bereits 2001 seinen Namen auf Jöran Jermas und 2005 auf Adam Ermash geändert hat, nicht nur von Holocaustleugnern und Rechtsextremisten gelobt wird, sondern auch aktiv für diese Partei ergreift.

Im Dezember 2005 sandte die iranische Nachrichtenagentur MNA einen Fragebogen zur Unterstützung des iranischen Präsidenten an Holocaustleugner und andere Personen aus deren Dunstkreis. Unter den Befragten befindet sich *Shamir*, der vorgibt in *Jaffa* zu wohnen in der Gesellschaft der notorischen Holocaustleugner bzw. deren Apologeten wie Arthur R. Butz, Serge Thion, Horst Mahler, Paul Fromm, John Kaminski, Sindi, Faurisson und Dana I. Alvi..

Israel Shamir-Jöran Jermas-Adam Ermash antwortete:

"Ich hege viel Respekt für den Iran, für sein Volk und seine Führer. Ich war im Iran 1973 oder 1974 in den Tagen des Schahs und war entzückt von der Schönheit des Landes und den noblen Charakter des Volkes. Was Ihre Fragen betrifft, habe ich den Artikel Vampire Killers geschrieben. Dort werden sie eine ausführliche Antwort auf Ihre Fragen finden.

Meine Grüße an Sie und an den Iran.

Shamir

Jaffa." [3]

Hier einige Kostproben aus dem von Shamir-Jermas-Ermash erwähnten Text, den ich von seiner homepage übernommen habe:

"Die revisionistischen Historiker (von ihren Gegnern "Holocaust Verleugner" genannt) wollten sich in Beirut treffen um ihre Studien über den Nazi Genozid miteinander zu vergleichen. Das amerikanisch-jüdische Establishment, eingenommen die zionistische Organisation Amerikas (Zionist Organization of America) und die Anti-Diffamierungsliga (Anti-Defamation League), verlangten ein Verbot der Konferenz und die libanesishe Regierung gab dem Verlangen nach."

Shamir sieht nichts besonderes in der geplanten Vernichtung eines ganzen Volkes, die zum Teil mit industriellen Methoden durchgeführt wurde . Den Holocaust relativiert er mit unzulässigen Vergleichen und behauptet:

"Es ist das Konzept der Exklusivität und es sollte daher zurückgewiesen werden. Es sollte zurückgewiesen werden, da es die Seele der Juden vergiftet und ihnen Hass auf Nichtjuden injiziert und sie mit dem Gefühl der Exklusivität täuscht. Doch die Revisionisten gehen einen anderen Weg: sie riskieren ihre Karriere und ihr Vermögen um das, was sie "den Mythos Holocaust" nennen, zu unterminieren. Man kann diese in Frage Stellung verstehen."

Shamir-Jermas-Ermash begeistert sich für "Die Holocaust-Industrie" von Norman Finkelstein:

"Die Schäßigkeit des Holocaustkults und die Leichtigkeit, mit der er es schafft, Milliarden anzuziehen, ist ein schlagender Beweis für die wahre Macht, die hinter dieser Industrie steht. Diese Macht ist obskur, versteckt, unbeschreiblich und doch wahrhaft reell. Es ist keine vom Holocaust abgeleitete Macht, sondern der Holocaustkult ist eher wie das Muskelspiel derer, die an den wahren Hebeln der Macht sitzen. In der neuen Religiosität der USA, manchmal auch "Judeochristianismus" genannt, hat der Holocaust die Passion Christi abgelöst, und die Schaffung des Staates Israel die Wiederauferstehung. Dies bestätigt die zentrale Stellung der Juden in der amerikanischen öffentlichen Meinungsbildung." [4]

Laut einer Meldung der schwedischen antifaschistischen Zeitschrift Monitor [5] hat der schwedisch-russische Antisemit Jöran Jermas, der unter dem Namen Israel Shamir publiziert, seinen Namen wieder einmal geändert. Seit dem 28. Mai 2005 heißt er laut Stockholmer Einwohnerkontrolle

Adam E R M A S H

Wie immer er sich nennt, Shamir-Jermas-Ermash ist einer der produktivsten Antisemiten, seine Äußerungen richten sich entweder gegen einzelne Juden oder gegen eine von ihm herbeiphantasierte jüdische Weltverschwörung. Seine Polemik ist gekennzeichnet von Feindseligkeit, Beleidigungen und Hohn und er versucht vorurteilsbeladene Diffamierung als Kritik an Israel und Juden zu tarnen. Wie er ja auch durch Namenswechsel etwas zu verbergen sucht.

Offensichtlich ist, dass er von Rechtsextremisten, Holocaustleugnern, Islamisten sowie von gewissen Linksradikalen und Palästinensern unterstützt wird.

Anmerkungen:

(1) http://www.saar.at/muslimmarkt_interviewt.htm

(2) <http://www.saar.at/pdf/Brief201205.pdf>

(3) "I have a lot of respect for Iran, its people and its leaders. I have been in Iran in 1973 or 1974, in the shah's days, and was enchanted by the beauty of the land and noble character of the people. As for your questions, I wrote a piece about it called Vampire Killers. There you will find a full answer to your questions. My regards to you and to Iran! Shamir Jaffa"

<http://www.mehrnews.com/en/NewsDetail.aspx?NewsID=269703>

(4) <http://www.israelshamir.net/german/German17.htm>

(5) Tor Bach, Monitor, .2006-01-06,

<http://www.magasinet-monitor.net/artikler/shamir040106.htm>

haGalil onLine 10-01-2006

<http://www.hagalil.com/archiv/2006/01/shamir.htm>

Auszug von Zitaten aus: „Blumen aus Galiläa“ von Israel Shamir

„'Rachsüchtig' ist in jeder christlichen oder moslemischen Kultur ein negatives Wort. Die jüdische Kultur ist im Gegenzug vom Rachege Gedanken getränkt, den sie direkt aus dem Alten Testament schöpft, ohne den erlösenden Filter des Neuen Testaments oder des Koran.“ S 142-143

„Die Ablehnung von Rache ist der Grundgedanke des Evangeliums. Das war der große Unterschied zwischen der Kirche und der Synagoge, den zwei Schwestern, die vor 2.000 Jahren geboren wurden. Dieser grundlegende Unterschied ist charakteristisch für die Spaltung der zwei Glaubensrichtungen: Während Christen dazu aufgerufen sind, für ihre Feinde zu beten, sind Juden dazu aufgefordert, von Rache zu träumen.“ S. 139

„Der jüdisch-amerikanische Diskurs erbt das Vorgehen der Dämonisierung von seinem jüdischen Vorgänger. Die Einführung von Wut, Hass und Rachege Gedanken in eine Diskussion über den Gegner ist eine mächtige traditionelle jüdische ideologische Waffe.“ S.165

„Diese jüdische Vernarrtheit in den Rachege Gedanken überlebte die gefährliche Überquerung des Atlantiks. Die amerikanischen Juden schufen Hollywood und Hollywood machte die Rache zu seinem Hauptthema. [...] Auf eine gewisse Art ist das US-Kino eine Ausdrucksform des jüdischen kollektiven Unterbewusstseins und spielte eine Rolle bei der Schaffung der amerikanischen Psyche. Aus Hollywood strömten die Rachegefühle über den gesamten Planeten und halfen sicherlich bei der Entstehung der Welt mit, in der wir heute leben.“ S.143

„Die Bindung an einen speziellen Ort auf Erden ist für Juden ein fremder und eigenartiger Gedanke. [...] Die grausamen Neokonservativen, die heutzutage die Außenpolitik der USA bestimmen, sind hauptsächlich Juden [...] In einer jüdischen Volkssage erweckt ein Zauberlehrling den Golem, einen geistlosen Roboter, zum Leben und befiehlt diesem, ihm Wasser zu bringen. Doch der Zauberlehrling kennt das Zauberwort nicht, das den Golem aufhalten kann, und so bringt die Kreatur so lange Wasser, bis das Haus überschwemmt ist. In einer gewissen Art sind die Juden wie ein entkommener Golem, der unsere Welt überschwemmt. [...] Daher kann der gegenwärtige Aufstieg der Juden als Besorgnis erregendes Symptom für die Menschheit gesehen werden“ S. 208-10

„Juden sind nicht blutrünstiger als der Rest der Menschheit. Doch die verrückte Idee, auserwählt zu sein, die Idee der Überlegenheit, ob nun aus rassischen oder religiösen Gründen, ist die Antriebskraft, die hinter Genoziden steckt. Wenn man glaubt, sein Volk sei von Gott dazu auserwählt, die Welt zu beherrschen, wenn man von anderen denkt, sie seien Untermenschen, wird man von ebendem Gott bestraft, in dessen Namen man zu handeln vorgibt. Anstatt sich in einen netten Frosch zu verwandeln, wird man zum mörderischen Verrückten. [...] Das Gefühl der Selbstgerechtigkeit und der ewigen Opferrolle, verstärkt durch eine tendenziöse, verzerrte historische Berichterstattung, ist die Quelle einer Geisteskrankheit, einer Besessenheit, die man bei vielen modernen Juden feststellen kann. Diese Besessenheit vergiftet die Juden und gibt ihnen die unglaubliche Kraft, ihren eigenen verdrehten Diskurs zu verbreiten. [...] Da die Juden in der modernen Welt so vorherrschend sind, muss der einseitige jüdische Diskurs entmachtet und die Märtyrerkrone sorgfältig entfernt werden.“ S.114-118.

„Die Konzentration jeglicher Minderheit - ob Koreaner oder Mormonen, Armenier oder Griechen - in den Medien wäre gefährlich. Dennoch hat die Konzentration von Juden ihre Besonderheiten, denn Juden bekennen sich zu einem anderen, nicht-christlichen oder sogar antichristlichen Glauben. Der durchschnittliche jüdische Herausgeber oder Medienbaron ist jedes Mal ziemlich unzufrieden, wenn er auf eine Bezugnahme zu Christus oder der Heiligen Jungfrau stößt, denn selbst ihre Namen sind in seiner Kultur einem starken, expliziten Tabu unterworfen.“ S. 194

„Das jüdische Konzept der Beziehung von Mensch zu Gott unterscheidet sich metaphysisch von dem -

sagen wir einmal - katholischen Konzept, und zwar so sehr, wie sich Diesel von Benzin unterscheidet. Die vorherrschende Stellung der Juden im westlichen Diskurs verursacht dieselben Probleme, die man bekäme, würde man den Tank eines mit Diesel betriebenen Autos mit Benzin füllen.“ S. 195

„...weil nicht allzu viele Menschen verstehen, dass die Juden weder ein Volk noch eine Religion noch eine Rasse sind. Sie sind eine quasi-religiöse Organisation; die katholische Kirche verbunden mit dem Internationalen Währungsfonds. Man kann vielen Arten von Katholiken begegnen, doch die Entscheidungen werden in Rom gefällt. Man kann allen Arten von Juden begegnen, doch die Entscheidungen werden an der Wall Street getroffen. Im Kampf gegen das Herzstück muss man die marginalisierten Juden unterstützen. Das war auch der traditionelle Ansatz der christlichen Kirche: das Judentum zu bekämpfen, um die Seelen der Juden zu retten.“ S. 158

„Jeder für sich genommen sind wir nett und zum Liebhaben. Zumindest so nett wie alle anderen auch. Doch alle zusammen bilden wir eine gewaltige und abstoßende Gesellschaftsmaschine, versessen auf Machtzuwachs und voll Habgier. Ich mag ‚die Juden‘ so, wie der große Amerikaner Henry David Thoreau das amerikanische Imperium mochte, wie Voltaire seine katholische Kirche mochte und wie George Orwell Stalins Partei mochte.“ S.160

„Sharons Mauer, dieses totale Desaster, gibt uns die seltene Gelegenheit, die wahre Natur des jüdischen Staates zu betrachten und einen Abbau zu fordern. Nicht den der Mauer, du Dummkopf! Den des jüdischen Staates.“ S.10

„Palästinenser stehen vor einem Holocaust, jüdische Soldaten drucken ihnen Nummern auf Stirn und Unterarme, trennen Frauen von ihren Männern und schicken sie in Konzentrationslager, doch jüdische Holocaust-Gedenkstätten sprießen wie Pilze aus dem Boden.“ S. 59

„Dies macht Sinn, da die Palästinenser die wahren Nachkommen des biblischen Israel sind, der einheimischen Bevölkerung, die Christus annahm und für immer im Heiligen Land blieb, während diejenigen, die Christus zurückwiesen, dazu verdammt wurden, auf ewig umherzuwandern, bis sie ihren Fehler einsähen.“ S. 55

„In den jüdischen Sprachen existieren Dutzende von Bezeichnungen für ‚Mauer‘, wahrscheinlich genauso viele, wie die Eskimos für Schnee verwenden. Das heilige Symbol der Juden ist die Klagemauer, ihre Lieblingsstraße ist die ‚Wall‘ Street. Die Ägypter, Babylonier, Christen und Moslems bauten vertikale Pyramiden, Türme und Kathedralen, um Himmel und Erde miteinander zu verbinden, doch die selbstgerechten Juden brauchen weder Himmel noch Erde und das Erste, was sie bauten, war eine eruv, eine symbolische Mauer von London nach Minnesota, um sie von den Nichtjuden zu trennen.“ S. 103

„Wir Juden haben es bis jetzt nicht geschafft, die hochmütige Haltung des Auserwähltentums zu exorzieren, und befinden uns in einer düsteren Lage. Darum werden wir noch immer von der Idee der Überlegenheit beherrscht und es verlangt uns immer noch nach Genozid.“ S. 121

„Der Rausch von Macht und Einigkeit hat diese vorsichtigen Menschen [„die Juden“] dazu verleitet, ihre Masken fallen zu lassen und aufzuhören, anderen etwas vorzumachen. Diese neue Offenheit gewährt uns eine nie da gewesene Einsicht in die Seele der Juden und die ihrer mammonitischen Unterstützer.“ S.151

„Karl Marx, ein Enkel des Rabbi von Trier, der in der Kirche groß wurde, bemerkte bereits 1840, dass Amerika [...] ein Staat mit einer ‚jüdischen‘ Einstellung geworden war und die ‚jüdische‘ Ideologie der Habgier und Entfremdung übernommen hatte. Ein Schüler von Marx, Werner Sombart, kam betreffend Amerikas jüdische Einstellung zu einem ähnlichen Schluss, obwohl Amerika seiner Meinung nach von Anfang an von Juden geformt und durch sie gewachsen war. Das noch unreife Amerika konnte der Wirkung der jüdischen Mentalität nicht widerstehen und wurde so ein jüdischer Staat, die große Schwester Israels.“ S. 143

„Die amerikanischen Amtspersonen müssen dem Fingerzeig folgen. Die amerikanischen Nichtjuden haben schon vor langer Zeit verstanden: Wenn man in der Politik oder in den Medien Karriere machen will, muss man die Juden von ganzem Herzen unterstützen. Anderenfalls wird man den Krokodilen zum Fraß vorgeworfen. Wenn ein Mann die höheren Ränge der amerikanischen Macht erreicht hat, dann hat er sich gut eingearbeitet und kennt die Grenzen seiner Macht.“ S. 153-154

„Jesus spart, doch Moses investiert. Jüdischer Einfluss endet nicht dort, wo letztlich die Verantwortung liegt. Die Vorbilder der Amerikaner werden von Hollywood mit seiner Verehrung der Habgier und des Erfolges geformt. Ihre Gedanken werden von den jüdischen Experten in den Universitäten und den Medien geliefert. Aus Bequemlichkeit löffeln sie die New York Times-Hühnersuppe aus. Ihre Geschichte beschränkt sich nur noch auf Holocaust-Studien. Ihre Bücher werden von Saul Bellow und Bernard Malamud geschrieben. Amerikanern macht es nichts aus, dass sich ihre Politik in den Händen von Personen befindet, die einzig und allein der jüdischen Sache ergeben sind.“ S. 160

„Die jüdisch-mammonitische Übernahme hat die Lebenskräfte Amerikas eliminiert und sie auf Konsum umgestellt.“ S. 162

„Die Zunahme jüdischen Einflusses ging mit Divergenz einher: Die Reichen wurden noch reicher, die Armen wurden noch ärmer und die Mittelklasse ging dabei verloren. Dies war zu erwarten, da traditionell der Wohlstand der jüdischen Gemeinde gegen die Interessen der Normalbevölkerung arbeitet. [...] Nicht umsonst befanden sich die jüdischen Viertel überall in Europa immer in der Nähe der Königspaläste.“ S. 163

„Unter jüdischer Vormacht wurde das amerikanische Kino in Hollywood noch gewalttätiger, moralisierender, abstoßender und kulturloser.[...] Im Bereich der Gesetzgebung machte die Ankunft der Juden Amerika nicht zu einer gerechteren, sondern zu einer prozesssüchtigeren Gesellschaft.“ S. 163

„Das Problem ist, dass das amerikanische Volk keinen Ausweg aus der zionistischen Übernahme hat.“ S. 191

„Das Besatzerregime im Irak wurde von der US-Armee eingesetzt, im Interesse der Zionisten, und man kann es zu Recht ZOG, Zionist Occupation Government (zionistische Besatzerregierung), nennen. Dennoch ist dieses ZOG auch ein Zog, ein Diener der Finsternis und der Verwüstung, denn sein erster Schritt war die Zerstörung der Büchereien und Museen von Bagdad.“ S.190

„Wann auch immer ein Amerikaner ‚Antisemit‘ genannt wird, erwartet man von ihm, dass er sich zu Boden wirft und dem jüdischen Volk ewige Liebe und Gehorsam schwört. Ich weiß das, denn ich erhalte täglich Briefe von Menschen, die man wegen ihrer Unterstützung Palästinas als ‚Antisemiten‘ bezeichnet hat und die damit nicht fertig werden. Ich leiste ihnen psychologische Erste Hilfe. Nachdem man mich bereits für meine antisowjetische Haltung bestraft hat und mich für meine antiamerikanische Meinung verdammt, gehe ich als antigesetzlicher Liebhaber der Anti-ke recht locker damit um, als Anti-semit abgestempelt zu werden. Heutzutage bedeutet eher die Tatsache, nicht als Antisemit bezeichnet zu werden, dass man falsch liegt, von Sharon und Soros in den Schwitzkasten genommen.“ S. 41f

„Die Deutschen haben die wichtigste Lektion des Weltkrieges nicht verinnerlicht: Juden und Nichtjuden - seien es nun Deutsche, Polen oder Palästinenser - sollten alle gleich behandelt werden. Es besteht kein Grund, weiterhin für beschlagnahmten jüdischen Besitz zig Milliarden Dollar an Israel zu zahlen, während Israel für beschlagnahmten Besitz von Deutschen oder Palästinensern keinen Cent bezahlt hat.

Es gab keinen Grund, testamentarisch nicht geregelte Besitztümer, die deutschen Staatsbürgern jüdischen Ursprungs gehörten, auf ausländische jüdische Organisationen zu übertragen. Ich bin besonders besorgt über die Anti-Antisemitismus-Propaganda, die den erhöhten Stellenwert der Juden in den Köpfen noch verstärkt, als ob der Hass auf einen Türken oder einen Deutschen besser wäre als der auf einen Juden.

Der unaufhörliche ‚Kampf gegen den Antisemitismus‘ ist in der Tat nicht die Verteidigung einer kleinen, verfolgten Nation. [...] Es ist kein Kampf gegen antijüdische Diskriminierung, denn diese gibt es nicht; denn von Moskau über Paris bis New York sitzen auch Menschen jüdischen Glaubens an den Schalthebeln der Macht. [...] Der Kampf vergiftet die Köpfe der jüdischen Nachkommen. Sie gewöhnen sich an die bevorzugte Behandlung; sie beziehen sich oft auf die ‚sechs Millionen‘, um ihr Fehlverhalten oder ihre Gesetzesverstöße zu rechtfertigen; sie fühlen sich als die Erben des großen Vermögens deutscher Schuld. Ein solches unverdientes Gefühl der ererbten Opferrolle führt ihre Seelen ins Verderben. Der Kampf vergiftet die Köpfe der Deutschen, denn er ruft bei ihnen völlig unverdiente Schuldgefühle hervor ...“
S.13/14

„In ganz unerwarteter Weise könnten die bössartigen antichristlichen Träume der Zionisten, dass Juden Christus in den Ruinen Palästinas finden, wahr werden - nämlich dass sich immer mehr Juden, die in der Hölle von Hebron mit dem wahren siegreichen Judentum konfrontiert werden, angewidert von den Zionisten abwenden. Die ‚Jünger‘ des Antichristus-Kults hatten Recht, doch aus dem falschen Grund: Die Zusammenkunft der Juden im Heiligen Land wird die guten Elemente ans Licht bringen, denn sie werden die unverstellte völlige Dunkelheit erkennen und zurückweisen. Darum ist die Intifada so wichtig - sie könnte den Anfang einer universellen, weltweiten Intifada darstellen. Sie sollte nicht an den Grenzen des Heiligen Landes aufhören. [...] Hoffnung in Halil ist nur eine Schwester der Befreiung des Diskurses und der Welt-Intifada.“ S.84

„Israel/Palästina ist das Weltmodell, das die USA anstreben. Die Bauern und ihre Herden sterben vor Durst und oben auf den Hügeln stehen Villen mit Swimmingpools für die Auserwählten. Israel hat eine große Armee und viele Arbeiter ohne jegliche Rechte. Und um die ganze Welt so zu gestalten wie Palästina, hat es nun gegen die Dritte Welt den Dritten Weltkrieg begonnen. [...] Reiche Leute werden in ihren kleinen Siedlungen mit einer bewaffneten Sicherheitsumzäunung leben, während die Armee die Brunnen sprengt. Wahrscheinlich ist das eines der Ziele der neuen amerikanischen Weltordnung, die so sehr dem alten Rachegeanken ähnelt.“ S. 97

„Moderne Christen werden nach wie vor vom Christuskomplex geplagt. [...] dieses spezielle Gefühl (man kann es unbewusste Feindlichkeit gegenüber Christus nennen) herrscht immer noch unter den Juden, sogar unter den liberalsten. [...] Die Mehrheit der christlichen Zionisten sind einfache, fehlgeleitete Seelen, Menschen mit einer guten Absicht, doch mit wenig Wissen. Sie denken, dass sie ‚die Juden unterstützen‘, doch sie fördern in Wahrheit den Hass gegenüber Christus unter den Juden. [...] Nicht umsonst wurde das Evangelium in Israel verbrannt; nicht umsonst ist Literatur, die sich gegen das Christentum richtet, weit verbreitet [...] Zu den Anführern der christlichen Zionisten, die diese Tatsachen sicher kennen und ihre unschuldige Herde dennoch auf den Pfad des Antichristen führen, sage ich: „Wer aber einem von diesen Kleinen, die an mich glauben, Ärgernis gibt, für den wäre es besser, dass ein Mühlstein um seinen Hals gehängt und er ersäuft im Meer, wo es am tiefsten ist“ (Matthäus 18: 6).“ S. 112

G24 (Graz) g24.at arbeitet im umfeld graz/steiermark und richtet sich an kulturinteressierte personen
<http://g24.at/index.php?name=PNphpBB2&file=viewtopic&t=1256>

HISTORISCH FALSCH ?

Die Krokodilstränen der "politisch korrekten" Elite

Erklärung zu den Aussagen des iranischen Präsidenten Ahmadinejad und den westlichen Reaktionen darauf

Der iranische Präsident Ahmadinejad hat mit seinen jüngsten Aussagen zum Holocaust und seiner Forderung nach einem jüdischen Staat auf deutschem und österreichischem Gebiet wieder einmal in der gesamten westlichen Welt für Aufregung gesorgt. Interessanterweise schien dabei die

Idee einer "Verlegung" Israels nach Europa die Gemüter stärker zu erhitzen als die Holocaustleugnung.

So sehr die Versuche, die Judenvernichtung in der Nazizeit in Abrede zu stellen, abzulehnen sind, so sehr ist die Forderung verständlich, dass doch eigentlich diejenigen Staaten, die den Holocaust zu verantworten haben, für einen jüdischen Staat auf ihrem eigenen Gebiet sorgen sollten, anstatt den israelischen Landraub am palästinensischen Volk zu unterstützen.

Die Idee ist nicht neu und kommt ursprünglich aus der Linken: Im Jahr 1970 hatte der marxistische Berliner Philosoph Wolfgang Harich den Vorschlag gemacht, im deutsch-deutschen Grenzgebiet Land für einen jüdischen Staat zu zur Verfügung zu stellen, was aber weder in der DDR noch in der BRD Anklang fand.

Im Presse-Archiv unter <http://www.diepresse.at/Artikel.aspx?channel=sp&ressort=S100&id=300399&archiv=false> findet sich auch ein Artikel der Wiener Universitätsprofessorin Andrea Komlosy aus dem Jahr 2002, der in die gleiche Richtung geht.

Ahmadinejads Leugnung des Holocaust ist nicht nur historisch falsch, sie nimmt auch seiner Forderung jegliche Schlagkraft, denn wer einen Judenstaat auf dem Gebiet des ehemaligen "Dritten Reiches" fordert, der zerschlägt sich selbst das beste Argument dafür, wenn er im gleichen Atemzug den Holocaust leugnet. Darüber hinaus ist die Forderung deshalb nicht zu unterstützen, weil sie eine vererbte deutsche und österreichische Kollektivschuld impliziert. Damit wird die kapitalistische Elite, die den Faschismus an die Macht hievte, entlastet, während der kommunistische Widerstand unter den Tisch fällt.

Dennoch wäre ein Judenstaat auf deutschem und/oder österreichischem Boden nach 1945 wesentlich legitimer gewesen als die Errichtung des zionistischen Apartheidstaates auf palästinensischem Gebiet und die Vertreibung hunderttausender Palästinenser aus ihrem Land, die mit der kollektiven westlichen Entrüstung über Ahmadinejads Idee wieder einmal nachträglich gerechtfertigt wurde. Die einseitige Empörung über den iranischen Präsidenten ohne ein Wort der Kritik an Israels Politik, die die Ursache für derartige Aussagen ist, zeigt eine weiteres Mal, dass alle westlichen Beteuerungen, für Frieden und gerechte Lösungen im Nahostkonflikt einzutreten, nichts als Luftblasen sind und dass Israel fixer Bestandteil des westlichen Imperialismus ist.

Antiimperialistische Koordination, Wien, Österreich
aik@antiimperialista.org
<http://www.antiimperialista.org/de>

VERSCHÄRFUNG DES ANTISEMITISMUS ?

Zur Geschichte des Zionismus:

Von Anfang an reaktionär

Von **Michael Pröbsting**

In den letzten ein, zwei Jahren ist es sowohl in Österreich als auch weltweit zu heftigen Diskussionen über Zionismus und Antizionismus gekommen. Von bürgerlicher und oft auch linker Seite wird der Zionismus in seinen Grundsätzen nicht in Frage gestellt. Vielmehr werden sogar jene, die den palästinensischen Befreiungskampf unterstützen als "antisemitisch" bezeichnet. Umso wichtiger ist es, die Geschichte des Zionismus zu beleuchten.

Der Zionismus entstand im späten 19. Jahrhundert und wurde von Theodor Herzl begründet. In seinen Schriften entwickelte Herzl die These, dass die sogenannte "jüdische Frage" – also die Diskriminierung und Verfolgung der Juden in Europa – nur gelöst werden könne durch die organisierte Auswanderung von Europa nach Palästina, die Vertreibung der einheimischen arabischen Bevölkerung und der Gründung eines jüdischen Staates. Kurz, der Kern des Zionismus war die Idee, dass die Diskriminierung der Juden und Jüdinnen nicht durch die Bekämpfung seiner Ursachen in den jeweiligen Ländern beseitigt werden solle, sondern durch die Auswanderung und Kolonialisierung Palästinas – einem Gebiet, in dem zu diesem Zeitpunkt nur ein paar zehntausend Juden und Jüdinnen lebten.

Verschärfung des Antisemitismus im 19. Jahrhundert

Der historische Hintergrund dieser Ideologie war die Verschärfung des Antisemitismus im krisengeschüttelten zaristischen Russland im 19. Jahrhundert. Die dortigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umbrüche – der Feudalismus wurde durch den aufkommenden Kapitalismus abgelöst – führten zu Verarmung und Entwurzelung vieler Bauern und Bäuerinnen. Die herrschende Klasse – allen voran der orthodoxe Klerus und der Geheimdienst – peitschte den Antisemitismus hoch und organisierte Judenpogrome, um den Hass und die Verzweiflung unter den Volksmassen auf für sie ungefährliche Ziele umzulenken. Die Folge war eine Auswanderungswelle von ca. 2.5 Millionen russischer Juden alleine zwischen 1884 und 1913.

Der Einfluss des Zionismus blieb jedoch vor 1933 auf eine kleine Minderheit des jüdischen Kleinbürgertums beschränkt. Die große Mehrheit der Juden und Jüdinnen lehnte den Zionismus ab. Die jüdische Bourgeoisie (1) in Westeuropa war integriert und sah keinen Grund, ihre privilegierte Stellung aufzugeben. Die jüdische ArbeiterInnenklasse war zumeist in die jeweilige nationale ArbeiterInnenbewegung integriert und ein Großteil des jüdischen Kleinbürgertums verwarf den Zionismus aus religiösen oder sozialen Gründen. Es verwundert daher kaum, dass von den erwähnten 2.5 Millionen russischen Juden und Jüdinnen nur ca. 60-70.000 nach Palästina auswanderten.

Zionismus und Imperialismus

Der Zionismus verblieb also lange Zeit das Projekt einiger obskurer PropagandistInnen. Herzl bemühte sich jahrelang, durch Bittgesuche und Appelle an die herrschende Klasse Europas deren Unterstützung für das zionistische Kolonisationsprojekt in Palästina zu gewinnen. Sein Kalkül war, dass er für die Verwirklichung seines Projekts erstens die politische und finanzielle Unterstützung der imperialistischen Mächte bräuchte und zweitens die Juden und Jüdinnen dazu bringen müsste, von Europa nach Palästina auszuwandern. Dabei setzte er auf die Politik der AntisemitInnen, die ja auch die Juden aus Europa vertreiben wollten ebenso wie auf die Furcht der Herrschenden vor dem wachsenden Einfluss revolutionärer Ideen unter den jüdischen ArbeiterInnen und Intellektuellen.

So hielt Herzl in seinem Tagebuch fest: "Die Antisemiten waren unsere getreuesten Freunde, die antisemitischen Staaten werden es verstehen, unsere Verbündete zu sein." In der Tat ist für den Zionismus der Antisemitismus notwendiger Helfershelfer, würden doch ohne dessen Aufpeitschen die Juden und Jüdinnen sich in den jeweiligen Ländern assimilieren statt nach Palästina auszuwandern. Nahum Goldmann, der ehemalige Präsident des Jüdischen Weltkongresses und des Zionistischen Weltverbandes, merkte einmal an: "Die Gefahr der Assimilation der jüdischen Gemeinschaften unter den Völkern, in deren Mitte sie leben, ist sehr viel ernster als die äußere Bedrohung durch den Antisemitismus."

Nach einem antisemitischen Pogrom in Kischinew (Russland) im Jahre 1905 – kurz nach Beginn der ersten Revolution – schrieb er an den Organisator des Pogroms, dem russischen Minister Plehve und vergewisserte ihn: "Ich habe aus sicherer Quelle erfahren, dass Verzweiflung die Juden Russlands zu ergreifen beginnt... Jugendliche im Alter von 15 und 16 Jahren, die nichts von den revolutionären Tollheiten begreifen, begeistern sich für Gewalt. Im Laufe der vergangenen Jahre war der Zionismus stolz darauf, all diesen Unglücklichen ein erhabenes Ideal vorzuschlagen, das der Seele Trost und Frieden gibt. Ihre Exzellenz weiß das gewiss." Die israelischen Marxisten Jakob Taut und Michael Warschawsky kommentierten diesen Brief zurecht: "Es geht hier also um eine Einheitsfront zwischen der schwärzesten Reaktion und dem Zionismus gegen die sozialistischen Ideen, die einen immer stärkeren Einfluss auf die jüdische Jugend im Zarenreich ausübte."

Derselbe Gedanke zeichnet auch einen weiteren Brief Herzls an den Großherzog von Baden vom 10. 7. 1898 aus: "Es gibt gar keinen Zweifel, dass die beschleunigte Kolonisation eines neutralen Volkes im Orient von kapitaler Bedeutung für die Politik Deutschlands in der Levante sein kann; und um welches Volk geht es hier? Um ein Volk, das unter dem Druck der Wirklichkeit gezwungen ist, sich den Reihen der revolutionären Parteien anzuschließen." (2)

Und in seinem 1896 veröffentlichten Buch "Der Judenstaat" hält Herzl einen zentralen Gedanken fest, der durchaus prophetisch die Funktion des Staates Israel für den Imperialismus beschreibt: "Für Europa würden wir dort ein Stück des Schutzwalles gegen Asien bilden, wir werden der Vorposten der Zivilisation gegen die Barbarei."

Wir sehen also: der Zionismus war von Anfang an ein Projekt, dass statt auf die Bekämpfung des Antisemitismus und seiner Ursachen – der kapitalistischen Gesellschaftsordnung – auf die Flucht vor diesem setzte. Um den erstrebten "Judenstaat" zu gründen, setzte der Zionismus auf die aktive Unterstützung der imperialistischen Großmächte und biederte sich diesen als ihre Vorposten unter den "barbarischen Völkern" an.

Die Balfour-Erklärung 1917

Aber erst mit dem offenen Ausbruch der inner-imperialistischen Rivalitäten im I. Weltkrieg und dem Zerfall des Osmanischen Reiches nahmen die Großmächte den Zionismus ernst. Der britische und französische Imperialismus setzten alles daran, um die Kontrolle über den Nahen Osten zu erlangen (siehe das Sykes-Picot-Abkommen aus dem Jahr 1916 - einer geheimen Vereinbarung zwischen den beiden Mächten über die Aufteilung des Nahen Ostens). Teil dieses Projekts war die aktive Förderung der jüdischen Einwanderung in Palästina, um so ein Gegengewicht zur anti-kolonialistischen arabischen Bevölkerung zu erhalten. In der sogenannten Balfour-Erklärung vom 2. November 1917 bekundete Großbritannien seine Unterstützung für das zionistische Projekt in Palästina.

Vor diesem Hintergrund erfuhr die jüdische Einwanderung nach Palästina offizielle Förderung durch die Kolonialmächte. In immer stärkeren Ausmaß organisierten die ZionistInnen die Einwanderung nach Palästina, deren Folge die Vertreibung der arabischen Bevölkerung von ihrem Land war. Bis 1933 wanderten ca. 130.000 Juden und Jüdinnen nach Palästina aus.

Zionismus und die Nazis

Den tatsächlichen Wendepunkt stellte die Machtergreifung der Nazis in Deutschland dar. Die systematische Verfolgung und schließlich Vernichtung von Millionen Juden und Jüdinnen durch den Faschismus führte zu einer massiven Auswanderung nach Palästina. Dazu trug auch die reaktionäre Immigrationspolitik der imperialistischen Staaten bei, die den jüdischen Flüchtlingen oft die Einreise untersagten und sie dadurch zwangen, nach Palästina zu gehen.

Das Holocaust – die systematische Auslöschung von zumindest 6 Millionen Juden sowie weiteren 4 Millionen Roma, "slawischer Untermenschen", Minderheiten und AktivistInnen der ArbeiterInnenbewegung in den Konzentrationslagern - verkörpert die dem Imperialismus innewohnende Tendenz zur Massenvernichtung. In der imperialistische Epoche perfektioniert sich die Kombination von höchst rationaler Technik mit der Irrationalität des kapitalistischen Systems in einem noch nie da gewesenen Ausmaß. Es sind nicht sogenannte rückständige Völker sind, die das wirklich Barbarische repräsentieren, sondern die modernsten, mit den neuesten Mitteln der Technologie und Waffentechnik ausgerüsteten Staaten. Vergessen wir nicht, dass es Staaten wie Russland sind, die das tschetschenische Volk systematisch dezimieren oder die USA, die Atombomben abwerfen sowie ganze Länder aushungern und mit uranversetzter Munition verseuchen.

Die zionistischen Organisationen spielten eine klägliche Rolle im Kampf gegen den faschistischen Antisemitismus. Während die ArbeiterInnenparteien und die nicht-zionistischen jüdischen Organisationen eine zentrale Rolle im Kampf gegen die Nazi-Diktatur spielten, sahen die ZionistInnen die Nazis als Helfershelfer ihres Projektes, die Juden und Jüdinnen aus Europa raus- und nach Palästina zu bringen. So schrieb der Deutsche Zionistische Bund am 21. 6. 1933 in einem geheimen Memorandum an die Nazis:

“Es ist unsere Meinung, dass eine für das Deutsche Reich befriedigende Lösung der jüdischen Frage nur durch die Zusammenarbeit mit der jüdischen Bewegung, die sich für die soziale, kulturelle und moralische Erneuerung des Judentums einsetzt, erreicht werden kann...”

In Ungarn arbeiteten der berühmte Nazi-Mörder Adolf Eichmann mit dem zionistischen Funktionär Dr. Rudolf Kastner zusammen. Im Austausch für die Dienste der Organisation von Kastner bei der Verwaltung und Befriedung der Konzentrationslager, ließ er die Auswanderung eine begrenzten Anzahl von Juden und Jüdinnen nach Palästina zu. (3)

Mit anderen Worten: der Zionismus benützte die Verbrechen des Nazi-Regimes zur Vorantreibung ihres Projektes der Kolonialisierung Palästinas.

Versagen des Reformismus

So wie die reformistische ArbeiterInnenbewegung darin scheiterte, den Faschismus von der Macht fernzuhalten, so versagte sie nach 1945 darin, den Juden und Jüdinnen die Integration in Nordamerika oder Europa zu ermöglichen. Kein Wunder, arbeitete der Reformismus doch Hand in Hand mit den herrschenden Klassen in Europa und der Imperialismus besaß ein eminentes Interesse daran, einen jüdischen Staat im instabilen und anti-kolonialistisch eingestellten arabischen Raum zu schaffen.

In der UNO setzten die imperialistischen Großmächte 1947/48 - mit Hilfe des Stalin-Regimes - die Zustimmung für die Schaffung des Staates Israels durch. Viele Staaten – v.a. aus der sogenannten Dritten Welt lehnten dies ab. Doch so wie auch heute setzten die Großmächte massive politische und finanzielle Druckmittel ein, um die Zustimmung armer Länder zu erzwingen. Selbst innerhalb der UNO musste eingestanden werden, dass die auf dem Landraub beruhende Gründung des Staates Israel der eigenen Charta widerspricht. Die Studie einer Unterkommission der UNO - das "Subcommittee 2 of the UN Special Committee on Palestine" – vom 11. November 1947 stellte fest, dass

die Mehrheitsentscheidung der UNO, Palästina zu teilen und den Staat Israel zu schaffen, im Widerspruch zur UN-Charta steht. Artikel 1 der Charta geht davon aus, dass das "Prinzip gleicher Rechte und das Selbstbestimmungsrecht der Völker" respektiert werden müsse. Der gleiche Paragraph verlangt, dass "Rücksicht auf die politischen Aspirationen der Völker zu nehmen" sei. Die Studie kommt zur Schlussfolgerung, dass eine Teilung Palästinas – noch dazu, wo eine (jüdische) Minderheit die Mehrheit des Landes zugesprochen bekommt – dieser Charta widerspreche und völkerrechtswidrig sei. (4)

Das Resultat der imperialistischen Unterstützung Israels war die Vertreibung des palästinensischen Volkes und die Schaffung einer der am längsten andauernden Flüchtlingskatastrophen. Die PalästinenserInnen sind ein Volk, von denen heute die Mehrheit Flüchtlinge sind.

Es darf an dieser Stelle nicht verschwiegen werden, dass die stalinistische Sowjetunion aus bornierten außenpolitischen Interessen die Grundprinzipien des Internationalismus und des nationalen Selbstbestimmungsrechtes verriet und als erstes den Staat Israel anerkannte und ihm zu dieser Zeit sogar auch noch Waffen lieferte. Waffen, die während des Krieges 1948 gegen das palästinensische Volk eingesetzt wurden!

Zionismus, Antisemitismus und Antizionismus

Der Zionismus ist also ein historisches Projekt der kolonialistischen Unterwerfung Palästinas durch die – vom Imperialismus geförderte – Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung und die Schaffung eines jüdischen Staates. Der Zionismus war nicht die Ideologie des jüdischen Widerstandes gegen den Antisemitismus, sondern jene Kraft innerhalb des Judentums, die die Unterdrückung und Verfolgung der Juden nicht entschlossen bekämpfte. Im Gegenteil: der Zionismus erhoffte sich, mit Hilfe des Antisemitismus die Juden und Jüdinnen zur Einwanderung nach Palästina bewegen zu können. Aus all diesen Gründen verwundert es kaum, dass der Zionismus bis 1945 nur eine kleine Minderheit innerhalb der jüdischen Gemeinschaften darstellte.

Es steht außer Zweifel, dass Sozialdemokratie und Stalinismus die politische Hauptverantwortung für das Versagen des Widerstandes gegen den Faschismus trifft. Auch unterließen sie es, nach dem Weltkrieg ernsthaft für eine Wiedergutmachung und Integration der Juden und Jüdinnen zu kämpfen. Beide Parteien wollten in Deutschland und Österreich ehemalige Nazi-UnterstützerInnen gewinnen und auch nicht die imperialistischen Pläne bzgl. der Schaffung eines Staates Israel gefährden. Darüberhinaus betrieb die stalinistische Bürokratie in Osteuropa selber eine nur oberflächlich kaschierte antisemitische Kampagne, um von den explosiven politischen Spannungen im Inneren abzulenken. (5)

Aber auch der Zionismus war eine reaktionäre Antwort auf den Holocaust. Denn durch die Vertreibung der arabischen Bevölkerung wurde nur ein neues Unrecht geschaffen. In Wirklichkeit wurde 1948 ein rassistischer Apartheidstaat geschaffen und damit garantiert, dass Israel seit seiner Gründung von der gesamten Bevölkerung der Region gehasst wird.

Der Antisemitismus ist auch heute noch in Europa virulent – siehe z.B. die Waldheimaffäre in den 1980er Jahren. Der Kampf gegen dieses reaktionäre Gift ist eine vorrangige Aufgabe marxistischer RevolutionärInnen. Insgesamt jedoch spielen heute andere Formen des Chauvinismus wie der Rassismus gegenüber Moslems und anderen ImmigrantInnen eine weitaus größere und gefährlichere Rolle als der Antisemitismus. (6)

Ein revolutionärer Internationalismus beinhaltet daher sowohl den Kampf gegen den Antisemitismus als auch den Kampf gegen den zionistischen Staat Israel. Jedes Unrecht muss bekämpft werden!

Deswegen unterstützen wir vom ArbeiterInnenstandpunkt und der Liga für die 5. Internationale den nationalen Befreiungskampf des palästinensischen Volkes. Unsere Alternative ist weder die Festigung der Vertreibung durch die Schaffung eines kleinen, wirtschaftlich abhängigen Staates Palästina neben dem Staat Israel. Noch kann die Lösung in der reaktionären Parole der Vertreibung der Juden ins Meer liegen. Vielmehr kann dieser jahrzehntelange Konflikt nur durch die Zerschlagung des Staates Israel überwunden werden. Denn solange Israel, das von seiner Verfassung her ein rein jüdischer Staat ist, existiert, so lange bleibt den PalästinenserInnen das Rückkehrrecht und die Rückgabe ihres gestohlenen Landes verwehrt. Deswegen treten wir für einen weltlichen, arabisch-jüdischen ArbeiterInnenstaat ein.

Solange Linke den Staat Israel – also einen rein jüdischen Staat auf palästinensischem Boden - anerkennen, solange akzeptieren sie auch das historische Verbrechen am palästinensischen Volk, nämlich seine Vertreibung seit 1948/49. Wie gesagt, die Alternative ist nicht die Vertreibung der JüdInnen, wie es uns diverse pro-zionistische 'Linke' immer wieder unterstellen. Die Region ist reich genug, um allen Völkern Wohlstand zu ermöglichen. Doch nur das uneingeschränkte Rückkehrrecht aller PalästinenserInnen, die Rückgängigmachung des Landraubes usw. gestattet eine gerechte Lösung

der Palästina-Frage. Eine solche Lösung wiederum ist ohne die Beseitigung des Kapitalismus illusorisch. Daher verbinden wir MarxistInnen den Kampf für die nationale Befreiung der PalästinenserInnen mit der Perspektive der sozialen Revolution im Nahen Osten.

Natürlich wird ein solcher ArbeiterInnenstaat - der die einzige Möglichkeit für ein friedliches Zusammenleben von PalästinenserInnen und JüdInnen darstellt – nicht "automatisch" entstehen. Er kann nur das Ergebnis eines bewussten Kampfes sein. Ein solches internationalistisches, sozialistisches Klassenbewusstsein bei den arabischen und jüdischen ArbeiterInnen herzustellen, ist daher die vorrangigste Aufgabe marxistischer RevolutionärInnen im Nahen Osten.

Fußnoten:

(1) Unter dem Begriff "Bourgeoisie" verstehen MarxistInnen die Klasse der ProduktionsmittelbesitzerInnen – also der EigentümerInnen der Unternehmen – und deren politische ExekutorInnen an der Spitze des bürgerlichen Staates.

(2) Alle Zitate stammen aus: Jakob Taut/Michael Warschawsky: "Aufstieg und Niedergang des Zionismus", Verlag: internationale sozialistische publikationen, 1982, S. 16 bzw. 18

(3) Siehe – auch für das angeführte Zitat des "Deutschen Zionistischen Bundes" – William Hughes's Besprechung von Lenni Brenner's Buch "51 Documents: Zionist Collaboration with the Nazis" (<http://baltimore.indymedia.org/newswire/display/5200/index.php>). In diesem Buch werden auch Dokumente angeführt, die die Unterstützung zionistischer Organisationen für faschistische Diktaturen in Italien und Japan nachweisen. Für einen umfassenden Überblick zur reaktionären Rolle des Zionismus siehe u.a. das Buch des jüdischen Marxisten Lenni Brenner: Zionism in the Age of the Dictators. A Reappraisal (1983); <http://www.marxists.de/middleeast/brenner/>

(4) siehe Walter Hollstein: Kein Frieden um Israel, Frankfurt a. M., 1972, S. 155ff.

(5) In der Sowjetunion inszenierte die Stalin-Bürokratie 1948 eine staatliche "Kampagne gegen die Kosmopoliten", also die Juden, und beschuldigte eine Reihe jüdischer MedizinerInnen, die Parteiführung vergiften zu wollen. Im November 1952 wurden in der Tschechoslowakei Rudolf Slansky und zwölf weitere Angeklagte, von denen nur zwei keine Juden waren, in einem Schauprozess "als zionistische Agenten im Dienste des amerikanischen Imperialismus" angeklagt.

(6) Siehe dazu u.a. den hervorragenden Text von Noam Chomsky: "Anti-Semitism, Zionism, and the Palestinians" (September 2003); <http://www.variant.randomstate.org/16texts/Chomsky.html>

<http://arbeiterinnenstandpunkt.net/rn108zionismus.html>

TRAUM UND RÜCKKEHR

Wer ist Abbas wirklich?

von Bruno Schirra

In seiner Doktorarbeit relativierte er Hitlers Holocaust, als Schatzmeister der Fatah-Bewegung soll er Mitwisser des Anschlags von München 1972 gewesen sein: Jassir Arafats Nachfolger ist kein unbeschriebenes Blatt.

Das Bild des gemäßigten, des moderaten Palästinenserführers wird grau. Es bekommt Risse – betrachtet man die Zeugnisse von Freunden und Gegnern über Mahmud Abbas und dessen Selbstzeugnisse.

Genau daran erinnert Zakariya Zubeidi, wenn er Mahmud Abbas an dessen "stolze Haltung" von Camp David erinnert. Sogar Jossi Beilin, Linksaußen der israelischen Politik und einer der wenigen Israelis, die ihr Vertrauen an die Palästinenser als Partner im Friedensprozess nicht ganz verloren haben, bezeichnet dessen Position in Camp David im Sommer 2000 als "noch extremer als die von Arafat. Abbas gehörte zu Arafats Bremsern während des Camp David-Gipfels". Woraus der kein Hehl macht. "Jassir Arafat war in Camp David viel nachgiebiger als ich. Ich fühle keinerlei Bedauern. Was wir taten, war richtig", kommentierte er die Ablehnung von Baraks umfassendem Angebot für einen palästinensischen Staat im Sommer 2000.

Für Mahmud Abbas ist das Rückkehrrecht der palästinensischen Flüchtlinge nicht verhandelbar. "Die palästinensischen Flüchtlinge haben das Recht behalten, in ihr Heimatland an jeden Ort zurückzukehren, den sie verlassen haben. Das ist nicht auf Land beschränkt, das unter der Souveränität der Palästinensischen Autonomiebehörde steht. Wir verlangen ihre Rückkehr nach Jaffa, nach Haifa und in die anderen Gegenden, aus denen sie kamen." Darauf beharrt Mahmud Abbas, und

er weiß natürlich, dass das am Selbstverständnis Israels als jüdischem Staat rüttelt.

Der Mann, der in Safed in Galiläa 1938 geboren wurde und 1948 nach dem Unabhängigkeitskrieg mit seiner Familie vor der israelischen Armee floh, träumt noch heute den alten palästinensischen Traum von einer Rückkehr. Glaubt man Jassir Arafat, war "Abu Mazen Teil des Plans, Israel schrittweise zu erobern. Eine formelle PLO-Resolution, die diese Strategie beschrieb, 'Stufenplan' genannt, wurde 1974 verabschiedet", beschrieb Arafat die Position von Mahmud Abbas nach der Unterzeichnung der Oslo-Verträge.

Der steht dazu. Auch wenn er die Existenz Israels anerkennt, kann er das Rückkehrrecht der geflohenen sowie der 1948 von Israel vertriebenen Palästinenser nicht aufgeben. "Wir sagen dir, Palästina, dass wir zu dir zurückkehren werden, durch Allahs Willen; wir werden in jedes Dorf, jede Stadt und jedes Körnchen Erde zurückkehren, das durch das Blut unserer Großeltern getränkt wurde, aber das heißt nicht, dass wir Jerusalem und Haifa aufgegeben haben, Jaffa, Lod, Ramle, Netanya und Tel Aviv. Niemals. Wir werden, durch Allahs Willen, in jedes Dorf zurückkehren, aus dem wir vertrieben worden sind." Da klingt die Stimme des Rais. Des Alten.

Als er 2003 vor dem Gipfeltreffen in Aqaba von den USA gedrängt wird, die Existenz Israels nicht nur anzuerkennen, sondern auch ausdrücklich dessen Legitimität als jüdischen Staat, kann Mahmud nicht anders: Er weigert sich. "Bevor ich zum Gipfel von Aqaba reiste, war die Road Map ausgearbeitet. Ich stimmte den uns auferlegten Verpflichtungen zu, und dann forderten die Amerikaner von mir, dass ich in meiner Rede nicht ‚vergessen‘ sollte zu erwähnen, dass ‚Israel ein jüdischer Staat‘ sei. Ich lehnte dies ab, weil ich dies zu sagen nicht als meine Angelegenheit betrachtete und teilte ihnen das auch mit", erklärt er später.

Kann er es nicht, weil er weiß, dass ihn dies in den Augen vieler Palästinenser als "Verräter" brandmarkt? Jüdisch zu sein ist im palästinensischen Bewusstsein nicht Kennzeichen eines Volkes, gar einer Nation, sondern nur Merkmal eines Glaubens. Oder will Mahmud Abbas ganz einfach nicht? Israels Legitimität als jüdischem Staat anzuerkennen, ist ihm jedenfalls unmöglich. Das will nicht so recht passen zu dem Bild des intellektuellen Grandseigneurs, als der er in westlichen Medien gefeiert wird. "Mahmud Abbas ist ein hochintellektueller Mann, der in Ägypten Jura studierte, bevor er in Moskau seinen Doktor machte." So beschreibt ihn die BBC. Die New York Times charakterisierte den Autor mehrerer Bücher als "einen Juristen und Historiker. Er hat einen Doktor der Geschichte des Moskauer Orient-Kollegs; das Thema seiner Doktorarbeit war der Zionismus." Was BBC und New York Times nicht erwähnen, ist der Titel der Dissertation: "Die andere Seite: Die geheimen Beziehungen zwischen dem Nazismus und der Führung der zionistischen Bewegung".

Die Doktorarbeit von 1982 hat es in sich. Für ihren Inhalt würde ein deutscher Verfasser wegen der Leugnung des Holocaust verurteilt. In seiner 1983 ins Arabische übersetzten Doktorarbeit streitet Mahmud Abbas ab, "dass ein Vernichtungskrieg besonders auf die Juden zielte". Folgt man dem "Historiker" Mahmud Abbas, hat Hitlers Massenvernichtung von sechs Millionen Juden nicht stattgefunden. "Die Wahrheit ist, dass niemand diese Zahl bestätigen oder widerlegen kann. Mit anderen Worten: Es ist möglich, dass die Zahl jüdischer Opfer sechs Millionen erreichte, aber gleichzeitig ist es möglich, dass die Zahl viel geringer ist – weniger als eine Million. Es scheint, dass es das Interesse der zionistischen Bewegung ist, diese Zahl aufzublähen, damit ihre Gewinne größer sein werden", schreibt er.

Als Historiker beschreibt Abbas getreulich die Verfolgung von Juden durch die Nazis – und liefert den Grund gleich mit, benennt gar Komplizen. "Die zionistische Bewegung gab jedem Rassisten der Welt, angeführt von Hitler und den Nazis, die Erlaubnis, die Juden nach Gutdünken zu behandeln, solange die Einwanderung nach Palästina gewährleistet wurde... Zusätzlich zur Ermutigung der Verfolgung der Juden, damit diese ins Heilige Land emigrierten, wollten die Zionistenführer auch, dass Juden ermordet würden, weil mehr Opfer zu haben bedeutete, größere Rechte und stärkere Privilegien am Verhandlungstisch zu bekommen. Die Zionisten mussten die Zahl der Opfer erhöhen; mit diesen konnten sie dann bei der Abrechnung prahlen." Gaskammern finden in der Dissertation von Mahmud Abbas keine wahrhaft wissenschaftliche Würdigung. Es habe sie nicht gegeben. Abbas zitiert eine "wissenschaftliche Studie" hierzu, die der französische Holocaust-Leugner Robert Faurisson erstellte.

Als Auszüge seiner Dissertation, ins Englische übersetzt, bekannt werden, beeilt sich Mahmud Abbas den Schaden zu begrenzen. "Der Holocaust war ein schreckliches, nicht zu vergebendes

Verbrechen gegen die Jüdische Nation, ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit, das von keinem Menschen akzeptiert werden kann“, korrigiert er sich. Heute, so sagt er, würde er das so nicht mehr schreiben. Ist das Einsicht in Jugendsünden?

Cicero, Magazin für politische Kultur, Juni 2005
http://www.cicero.de/97.php?ress_id=1&item=635

MEINUNGSFREIHEIT ?

Die Freiheit, die sie meinen (Teil II)

von Christian Ortner

Alfred Nolls Plädoyer für die Beschränkung der Meinungsfreiheit in Österreich freut jene in der Türkei, die dort Dichter einsperren wollen.

Nachdem an dieser Stelle in der vergangen Woche aus Anlass des Prozesses gegen den Dichter Orhan Pamuk (Stichwort: Türkischer Genozid an den Armeniern) argumentiert worden ist, warum die Türkei nicht in die EU gehört, solange dort das öffentliche Vertreten eines bestimmten Geschichtsbildes mit Gefängnis bestraft wird, nannte ein türkischer Leser dies "scheinheilig". Denn, so sein Einwand, auch in Frankreich oder der Schweiz gebe es Gesetze, die das Vertreten eines bestimmten Geschichtsbildes - nämlich das Leugnen eines Genozides - mit Strafe bedrohe. Von Österreich, wo bald Strafverfahren gegen Leute wie Gudenus oder Irving beginnen, ganz zu schweigen.

Es ist dies ein gewichtiger Einwand: Zwar wird man in der Türkei für das öffentliche Vertreten eines historisch objektiv richtigen Geschichtsbildes (wie der Behauptung des Massenmordes an den Armeniern) bestraft, in Österreich oder Frankreich hingegen für das öffentliche Vertreten eines objektiv falschen Geschichtsbildes (dem Leugnen des Genozides an den Juden) - doch unter dem Gesichtspunkt der Meinungsfreiheit, der ja an dieser Stelle gegen die Türkei ins Treffen geführt wurde, ist unerheblich, wie falsch eine Meinung ist.

Was zählt, ist der Umstand, dass die Meinungsfreiheit in Österreich oder Deutschland, aber auch der Schweiz und Frankreich auf eine der Türkei zumindest im Kern vergleichbare Art und Weise eingeschränkt ist, indem eben das Vertreten bestimmter Meinungen verboten wird. Eine Meinungsfreiheit aber, die nur jenes Geschichtsbild verteidigt, das einem selber passt, ist gar keine Meinungsfreiheit.

Deshalb besorgt der Wiener Rechtsanwalt Alfred Noll, der in dieser Zeitung (am 17.12.) argumentiert, warum ein objektiv falsches, ja ekeleregendes Geschichtsbild wie jenes von Irving oder Gudenus mit Gefängnis bestraft werden soll, letztlich die Geschäfte der Meinungsbeschneider in Ankara oder sonst wo: So lange diese zutreffenderweise argumentieren können, auch in europäischen Ländern wie Österreich werde ja die Meinungsfreiheit eingeschränkt, so lange wird der vermeintliche moralische "High Ground" der Europäer zu einem eher morastigen Ort.

Dass der große europäische Liberale Lord Dahrendorf erst unlängst darauf hingewiesen hat, Leute wie David Irving sollte man "mit Argumenten entgegentreten und nicht mit Polizei und Gefängnis", wird Herrn Noll vermutlich kaum hindern, sich weiter als Agent der Meinungsbeschneider in Ankara oder sonst wo zu betätigen.

Aber vielleicht liest er einmal nach, mit welchen Worten 1979 der ihm politisch vermutlich näher stehende Sozialist Naom Chomsky die Meinungsfreiheit des **Robert Faurisson**, eines Widerbetätigers und Holocaustleugners der übleren Sorte, in einem offenen Brief verteidigt hat: "Ich bin diametral anderer Meinung als Faurisson. Aber es ist von elementarer Bedeutung, dass die Meinungsfreiheit nicht auf Meinungen beschränkt sein darf, die man für zulässig hält. Gerade das Recht, Meinungen zu vertreten, die allgemein verachtet und verurteilt werden, muss besonders geschützt werden."

Die Presse, 16.12.2005
<http://www.diepresse.com/Artikel.aspx?channel=m&ressort=q&id=528027>

OPFER ?

Der Israeli Gilad Atzmon bleibt in der BRD unbehellig obwohl er öffentlich behauptete:

"Der Holocaust ist eine komplette, von Amerikanern und Zionisten initiierte Fälschung"

Abend voller Dissonanzen

Langendreer - **"Wenn wir nicht mutig genug sind, uns der Vergangenheit wie erwachsene Menschen zu stellen, dann sind wir auch nicht reif genug, uns dem zu stellen, was ich als das wahre Böse unserer Zeit betrachte."**

Eigentlich war es als Lesung mit anschließendem Konzert geplant, doch der Auftritt des **israelischen** Schriftstellers und Musikers Gilad **Atzmon** am Sonntag im Bahnhof Langendreer entwickelte sich anders als erwartet.

Statt aus seinem neuen Roman zu "My one and only Love" (Meine eine und einzige Liebe) zu lesen, wollte **Atzmon** lieber über das Buch und dessen Entstehungshintergründe erzählen. **"In Israel"**, so der seit 1994 im Londoner Exil lebende **Atzmon**, **"wird man eingesperrt, wenn man nicht mit der offiziellen Meinung übereinstimmt"**. Dies gelte insbesondere im Hinblick auf die Vergangenheit. In seinen Büchern versuche er, diese Vergangenheit neu zu arrangieren.

Hitzige Debatte

Was folgte, war eine hitzige Debatte zwischen dem Literaten und dem Publikum, in deren Verlauf mehrere Zuschauer unter Protest den Saal verließen. **Atzmon bezeichnete die uns bekannte Geschichtsschreibung über den Zweiten Weltkrieg und den Holocaust als eine komplette, von Amerikanern und Zionisten initiierte Fälschung.** Der wahre Feind sei nicht Hitler, sondern Stalin gewesen. **Die Deutschen sollten dies endlich erkennen und sich nicht länger schuldig und auch nicht verantwortlich fühlen. "Ihr seid die Opfer"**, meinte **Atzmon**.

Massive Kritik

Die Bombenangriffe auf deutsche Städte hätten stattgefunden, weil die Amerikaner diese Bomben besaßen und einsetzen wollten. Und genauso sei es auch in Vietnam und heute in Afghanistan und im Irak gewesen.

Das wahre Böse unserer Zeit seien George W. Bush, Tony Blair und Ariel Sharon.

Besonders heftig entbrannte die Diskussion, als **Atzmon** die Zahl der während des Holocausts umgekommenen Juden in Frage stellte und argumentierte, **es gäbe "keinerlei forensischen Beweis" dafür, dass diese wirklich 6000000 betragen habe.** Eine These, die ihm massive Kritik seitens des Publikums einbrachte.

Schließlich unterbrach Frank Schorneck, Veranstalter des Festivals, das Streitgespräch, um den musikalischen Teil des Abends einzuleiten. Doch den im Saal verbliebenen Zuhörern war die Lust auf die durchaus beeindruckenden Jazz-Improvisationen von **Atzmon** und "The Orient House Ensemble" sichtlich abhanden gekommen.

Quelle: *Ruhr Nachrichten* (Bochum), Dienstag, 29. November 2005

NICHT HINTER DIE REVISIONISTISCHEN THESEN

Die Politisierung des Genozids Arabische Perspektiven auf den Holocaust

Fakhri Saleh

In jüngster Zeit hat der iranische Präsident mehrfach öffentlich Zweifel am Ausmass des Holocaust geäußert, die teilweise auch in der arabischen Welt

Echo fanden. Seriöse arabische Intellektuelle distanzieren sich allerdings von den revisionistischen Thesen.

Die Äusserungen, mit denen Mahmud Ahmadinejad den Holocaust in Zweifel zog, stiessen in der arabischen Welt zunächst auf irritierenden Widerhall. Nachdem der iranische Präsident die Judenvernichtung als «Mythos» bezeichnet hatte, schloss sich Mahdi Akif, der Führer der ägyptischen Muslimbrüder, dieser Ansicht an und bekundete Zweifel, dass sechs Millionen Juden dem Naziregime zum Opfer gefallen seien. Khalid Mashal, ein führendes Mitglied der palästinensischen Hamas, erklärte unlängst bei einem Besuch in Teheran, dass er die Ansichten des iranischen Präsidenten teile. Mahdi Akif wie auch Mashal distanzieren sich jedoch in der Folge von ihren Äusserungen und konstatierten, der Holocaust sei «ein historisches Phänomen, das noch weiterhin gründlich erforscht werden muss».

Die Schwierigkeiten der arabischen Welt im Umgang mit dem Holocaust gehen auf die arabische Niederlage im Jahr 1948 und die Gründung des Staates Israel zurück. Eine komplexe Gemengelage also, in der sich Politik und Geschichte, Selbstbetrug und die Weigerung, das von anderen erlittene Unrecht wahrzunehmen, vermischen. Die Leugnung des Holocaust wirft letztlich ein schlechtes Licht auf Araber und Palästinenser: So schrieb der Politikwissenschaftler und vormalige kuwaitische Erziehungsminister Ahmad ar-Rabaa'i in der renommierten saudischen Zeitung *Ash-Sharq al-Awsat*, dass die Leugnung eines derartigen Menschheitsverbrechens auf den Verlust ethischer und menschlicher Wertmassstäbe hindeute. Wenn man das Leiden der Juden im Dritten Reich in Frage stelle, dann diene das lediglich der Stimmungsmache gegen Israel und der Hoffnung, sich die Sympathie der ungebildeten Schichten in den arabischen Ländern zu sichern. Anerkannte arabische Historiker stellen sich denn auch in der Regel nicht hinter die revisionistischen Thesen.

Übernommene Ideen

Die extremste, ja fanatischste Stimme unter den arabischen Holocaust-Leugnern ist **Ibrahim Alloush**, ein gebürtiger Palästinenser, der an einer jordanischen Universität politische Wissenschaften lehrt. Ohne sich um eigene Recherchen zu bemühen, zelebriert er die Lehren revisionistischer Historiker aus Europa und Amerika und bezeichnet den Holocaust als die «imaginäre Vernichtung von sechs Millionen Juden». In einer arabischsprachigen Publikation, die auch im Internet zu finden ist, vertritt er die These, dass unter den 45 Millionen Toten, die der Zweite Weltkrieg forderte, nur ein paar hunderttausend Juden waren. Im Gleichen attackiert er die Gruppe namhafter arabischer Intellektueller, die im März 2001 ein Manifest gegen die Durchführung einer Konferenz revisionistischer Historiker in Beirut unterzeichneten. Hochkarätige Denker und Literaturschaffende wie die Literaturwissenschaftler Edward Said und Mohammed Barada, die Lyriker Mahmud Darwish und Adonis, der Romancier Elias Khoury und der Historiker Elias Sanbar forderten den damaligen libanesischen Ministerpräsidenten Rafik Hariri auf, dem unwürdigen Anlass augenblicklich einen Riegel zu schieben; **die Konferenz fand nicht statt.**

Wie Ibrahim Alloush übernehmen die meisten arabischen Historiker, Kommentatoren, Journalisten und Politiker, die revisionistische Thesen vertreten, diese von westlichen Autoren wie **Roger Garaudy, David Irving und Robert Faurisson**; allerdings gibt es auch arabische Historiker, die sich selbst mit der westlichen Holocaust-Forschung auseinandersetzen. Der bekannteste unter ihnen ist der ägyptische Literaturwissenschaftler und Historiker **Abdel Wahab al-Missiri**, der jahrelang im Dienste der Uno tätig war.

Al-Missiri publizierte mehrere Bücher zum Thema und eine mehrbändige *Enzyklopädie über Juden, Judentum und Zionismus*. Seine Bücher wirken in der Regel sorgfältig recherchiert und dokumentiert, sind aber deutlich geprägt von der vorgefassten Idee einer jüdischen Weltverschwörung. In *As-Suhuniya, an-Naziya wa Nihayat at-Tarich* («Zionismus, Nazitum und das Ende der Geschichte») klagte er 1997 die Zionisten an, die Opferrolle zu monopolisieren. Den Holocaust sieht al-Missiri als Produkt einer generell zerstörerischen Mentalität, die sich im Lauf der Aufklärung und der Moderne

herausgebildet habe und im Europa des 20. Jahrhunderts zum Ausbruch gekommen sei. Al-Missiri stellt den Holocaust zwar nicht in Frage; er bezeichnet ihn aber als ein Phänomen, das im europäischen Kontext behandelt werden müsse und nicht auf die Geschichte des Nahen Ostens in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts projiziert werden dürfe.

Ein Produkt der westlichen Zivilisation?

Auf diese Thesen, die er auf ein breites historisches Fundament abstützt, kommt al-Missiri in der zuvor erwähnten Enzyklopädie über das Judentum zurück. Er versucht darin, die moderne jüdische Geschichte als integralen Teil der westlichen Historie darzustellen. Das Potenzial zur gezielten, massenweisen Auslöschung und Vernichtung von Menschen sieht er als Spezifikum der westlichen Zivilisation. Aufgrund dieser fragwürdigen Idee mit ihrer Spenglerschen Aura vom «Untergang des Abendlandes» zieht er es vor, von der «Vernichtung der europäischen Juden durch die Nationalsozialisten» zu sprechen; den Ausdrücken «Shoah» oder «Holocaust» schreibt er eine jüdisch-religiöse Prägung zu, die das Ereignis aus seinem spezifischen historischen und zivilisatorischen Kontext löse. Der Begriff «Vernichtung» impliziert für al-Missiri auch Strategien wie Vertreibung und Deportation, denen unter der Naziherrschaft nicht nur die Juden, sondern auch die Roma und andere «nichtarische» Gruppen ausgesetzt waren.

In die Debatte über die Zahl der jüdischen Opfer des Holocaust hat sich al-Missiri nicht eingemischt; allerdings setzt er die heute als verbindlich geltende Zahl von rund sechs Millionen lediglich als Maximalwert in einer zwischen vier und sechs Millionen schwankenden Schätzung. Zwar bestreitet al-Missiri nicht, dass eine adäquate Einschätzung des Nahostkonflikts ohne Einbezug des Massenmords an den Juden nicht möglich sei; doch übt er im Gleichen heftige und aus westlicher Sicht auch tendenziöse Kritik an der «Instrumentalisierung» des Holocaust für eine israelische Interessenpolitik zugunsten der Palästinenser.

Freilich wird auch ein objektiver Betrachter die Zusammenhänge zwischen dem Leiden der Palästinenser und der in der arabischen Welt weit verbreiteten, sozusagen reflexartigen Verneinung des Holocaust nicht von der Hand weisen können. Die Araber, und mit ihnen die Palästinenser, dürfen die Augen nicht vor der Judenvernichtung verschliessen. Und es wäre durchaus denkbar, dass eine dauerhafte Friedenslösung, die Räumung der besetzten Gebiete in Cisjordanien und das Entstehen eines lebensfähigen Palästinenserstaats die Sicht von arabischen Politikern, Intellektuellen und Medienschaffenden auf den Holocaust deutlich verändern würden.

Fakhri Saleh ist Literaturkritiker und regelmässiger Mitarbeiter von *Al-Hayat* und anderen arabischen Tageszeitungen. - Aus dem Englischen von AS.

Neue Zürcher Zeitung, 19. Januar 2006

<http://www.nzz.ch/2006/01/19/fe/articleDHU0U.html>

Wie sagt man "Sklave" in arabisch ?

4 – Revisionismus in deutsche Sprache

Kommuniqué Professor Robert Faurissons zu einem Aufruf von neunzehn Historikern (Dienstag, den 13. Dezember 2005)

[Neunzehn französische Historiker haben soeben einen Aufruf zur Abschaffung mehrerer Gesetze verabschiedet, angefangen beim antirevisionistischen Gesetz vom 13. Juli 1990, dessen Wortlaut am 14. Juli 1990 unter der Signatur François Mitterrands, Michel Rocard's sowie einiger

anderer sozialistischer Minister im Journal officiel de la République française veröffentlicht worden war. Dieses Gesetz, bei dem es sich lediglich um den Abklatsch eines israelischen Gesetzes aus dem Jahre 1986 handelt, war bereits im Mai 1986 von einer gewissen Anzahl französischer Persönlichkeiten jüdischer Abstammung verlangt worden, die sich um den Grossrabbiner René-Samuel Sirat, Pierre Vidal-Naquet sowie den mittlerweile verstorbenen Georges Wellers scharten. Der Historiker Jean-Pierre Azéma hatte sich diesen Persönlichkeiten beigesellt. Auf politischer und parlamentarischer Ebene war der wirkliche Einpeitscher des Gesetzes Laurent Fabius. Aufgrund der politischen Machtverhältnisse innerhalb der sozialistisch-kommunistischen Mehrheit überliessen L. Fabius und die Sozialisten dem Kommunisten Jean-Claude Gayssot das Vorrecht, dem Parlament seinen Gesetzentwurf gegen Rassismus, Antisemitismus und Fremdenhass einzureichen, doch unter der Bedingung, dass er eine antirevisionistische Klausel hinzufügte, die von Laurent Fabius und seinen Freunden entworfen worden war. Dieses Gesetz ist heute unter der Bezeichnung «Gayssot-Gesetz» oder «Fabius-Gayssot-Gesetz» oder «Rocard-Gayssot-Gesetz» bekannt.]

Die Revisionisten stehen keinesfalls im Dienste einer Ideologie, sondern bemühen sich lediglich um methodische Genauigkeit bei der Erforschung historischer Fragen. Sie müssen also zwangsläufig Befriedigung darüber empfinden, dass neunzehn französische Historiker, die in ihrer grossen Mehrheit links stehen und in einigen Fällen jüdischer Herkunft sind, sich endlich genötigt sehen, die Abschaffung des «abscheulichen» Fabius-Gayssot-Gesetzes (Yves Baudelot, Anwalt von *Le Monde*) zu fordern.

Das Fabius-Gayssot-Gesetz vom 13. Juli 1990 ist im Verlauf der letzten fünfzehn Jahre gegen eine gewisse Anzahl von Revisionisten zur Anwendung gelangt, insbesondere – um nur einige davon zu nennen – gegen Pierre Guillaume, Robert Faurisson, Eric Delcroix, Alain Guionnet, Roger Garaudy, Jean-Louis Berger und Jean Plantin, aber auch gegen eine gewisse Anzahl von Publikationen, von denen einige durch hohen Bussen oder juristischen Verfolgungen in den Ruin getrieben wurden und ihr Erscheinen einstellen mussten. Gegen Vincent Reynouard, Georges Theil, Robert Faurisson und Bruno Gollnisch wurden in jüngster Zeit Prozesse geführt, die mit harten Urteilen endeten, oder aber es laufen Strafverfahren gegen sie. All dies wird von den Medien entweder gebilligt oder totgeschwiegen.

Mit Ausnahme eines einzigen unter ihnen, der stets Mut bewiesen hat, haben die Historiker, welche sich endlich entschlossen haben, die Abschaffung gewisser Gesetze, angefangen beim Fabius-Gayssot-Gesetz, zu fordern, eine schwere Verantwortung auf sich geladen, indem sie dieses Gesetz einst befürworteten oder hartnäckig schwiegen, als sich die Verurteilungen von Revisionisten massiv mehrten. Sie haben sich gegenüber unseren Appellen um Hilfe taub gestellt und unsere Warnungen in den Wind geschlagen, dass sich dieses Gesetz eines Tages gegen sie wenden werde. Ihre heutige Kehrtwendung hängt mit Opportunitätsgründen zusammen, die ich demnächst darlegen werde und die ihnen leider nicht zur Ehre gereichen.

Bezüglich der französischen Justiz und der Rolle, die sie bei der Unterdrückung des historischen Revisionismus gespielt hat, so hat sie sich alles in allem des Rechtsbruchs schuldig gemacht. Persönlich werde ich, falls sich mir eines Tages Gelegenheit dazu bietet, Wiedergutmachung verlangen, so wie es die Opfer eines unlängst geschehenen Justizskandals in ihrem eigenen Fall getan haben, bei dem man ein weiteres Mal feststellen konnte, in welche Abgründe uns unser Rechtssystem stossen kann, wenn es auf Unschuldige eindrischt, nur weil es von den Medien gegen diese aufgehetzt wird.

13. Dez. 2005

OFFENKUNDIGKEIT ?

Dramatische Revision der Opferzahl von Majdanek

Jürgen Graf

In der polnischen Tageszeitung *Gazeta Wyborcza* vom 23. Dezember 2005 wird auf einen Artikel in der letzten Nummer der Zeitschrift *Zeszyty Majdanka* [Hefte von Majdanek], der offiziellen Publikation des Staatlichen Majdanek-Museums, hingewiesen, in dem Tomasz Kranz, Leiter der Wissenschaftlichen Abteilung des Museums, die Opferzahl des Lagers einer dramatischen Revision unterzieht. In Majdanek, schreibt er, seien **ca. 78.000 Menschen** umgekommen, davon **59.000**

Juden und **19.000** Angehörige anderer Nationalitäten, vor allem Polen und Weissrussen. Diese Schätzung liege um das Mehrfache unter der bisher gültigen, hob Gazeta Wyborcza hervor.

Den Hinweis auf diesen Beitrag verdanke ich dem französischen Revisionisten Serge Thion. Ich werde mir die betreffende Nummer der Zeitschrift besorgen, den Artikel (zumindest auszugsweise) übersetzen, kommentieren und Interessenten auf Wunsch zustellen. Mein Beitrag wird vermutlich auch in den Vierteljahresheften für freie Geschichtsforschung erscheinen, sofern diese weitergeführt werden können.

Für **Majdanek** waren bisher u.a. folgende Opferzahlen genannt worden:

- **1,7 Millionen** (Nürnberger Dokument USSR-93; vgl. IMT, Band VII, S. 214);
- **360.000** (Zdzislaw Lukaskiewicz, "Oboz koncentracyjny i zaglady Majdanek" [Das Konzentrations- und Vernichtungslager Majdanek], in: *Biuletyn Główny Komisji Badania Zbrodni Niemieckich w Polsce* [Bulletin der Hauptkommission zur Untersuchung der deutschen Verbrechen in Polen], Nr. 4, 1948);
- **235.000** (Czeslaw Rajca, "Problem liczby ofiar w obozie na Majdanku" [Das Problem der Anzahl der Opfer im Lager Majdanek], in: *Zeszyty Majdanka*, XIV, 1992).

In dem gemeinsam mit mir verfassten Buch **KL Majdanek. Eine historische und technische Studie** (Castle Hill Publishers, Hastings 1998; englische Ausgabe: **Concentration Camp Majdanek. A Historical and Technical Study**, Theses & Dissertation Press, Chicago 2003) errechnete Carlo Mattogno anhand der bestehenden Dokumentation eine ungefähre Opferzahl von **42.300**. Die neuste offizielle Ziffer des Majdanek-Museums liegt somit weit näher bei der revisionistischen als bei der bisher in Polen offiziell geltenden!

Wie kann man angesichts dieser neuen, drastischen Revision seitens der offiziellen Holocaust-Historiker noch von der "Offenkundigkeit" des Holocaust sprechen?

1. Januar 2006.

STICHWORT

Einschneidende offizielle Revision der Opferzahl von Majdanek

Robert Faurisson

« Sechs Millionen Tote oder eine Million Tote, was macht das für einen Unterschied ? » Meine Antwort auf diese Frage lautet : « Fünf Millionen Menschen, für welche das den grösstmöglichen aller Unterschiede bedeutet, denjenigen zwischen Leben und Tod. » Durch Gleichgültigkeit gegenüber Tatsachen und Zahlen wird das Fundament für historische Lügen gebaut.

Beim Nürnberger Prozess von 1945-46 wurde in dem Dokument URSS-8 (das laut Artikel 21 des Statuts des Gerichts „von Amts wegen zur Kenntnis zu nehmen war; diesem Artikel nach war der Gerichtshof nicht gehalten, „Beweise für allgemein bekannte Tatsachen“ zu fordern), behauptet, in **Auschwitz** seien « **über vier Millionen Menschen** » umgekommen. In dem 1955 gedrehten Dokumentarstreifen *Nuit et brouillard* [Nacht und Nebel] (Historische Berater : Henri Michel und Olga Wormser-Migot), einem ausserordentlich verlogenen Film, der heute noch in allen französischen Schulen gezeigt wird, wurde diese Ziffer später auf **neun Millionen** erhöht. Im Laufe der Jahre wurde diese Zahl dann unter dem Druck der revisionistischen Entdeckungen stufenweise auf **510.000** verringert (Fritjof Meyer, « Die Zahl der Opfer von Auschwitz . Neue Erkenntnisse durch neue Archivreise », *Osteuropa*, Mai 2002, S. 631-641). Dies ändert aber nichts daran, dass man heute die Touristen weiterhin mit der Zahl von **anderthalb Millionen** Toten irreführt, die auf rund zwanzig Gedenktafeln in ebensoviele Sprachen wiederholt wird (bis 1990 war auf den damals neunzehn Gedenktafeln von **vier Millionen** die Rede gewesen).

Dementsprechend wurde in dem beim Nürnberger Prozess vorgelegten Dokument URSS-29, das ebenfalls „von Amts wegen zur Kenntnis zu nehmen“ war, behauptet, im Lager Majdanek (Lublin) hätten « **fast anderthalb Millionen Menschen** », darunter « **eine ungeheure Zahl von Juden** », den Tod gefunden (Constantin Simonov, *Majdanek, un camp d'extermination*, Paris, Editions sociales, 1945, S. 36, 39). Noch im Jahre 2003 hatte die *Columbia Electronic Encyclopedia*

diese Ziffer im Artikel zum Stichwort « Majdanek » genannt. Dabei waren die Schätzungen im Verlauf der Zeit immer mehr gesunken. Anno 2005 gelangte Tomasz Kranz, Leiter der Forschungsabteilung des Staatlichen Majdanek-Museums, auf **78.000 Tote**.

Dies teilen uns die Verantwortlichen des Auschwitz-Birkenau-Museums in einem etwas verlegenen und von Auslassungen strotzenden Kommuniqué mit, in dem sie auf einen am 23. Dezember 2005 in der polnischen Zeitung *Gazeta Wyborcza* erschienenen Artikel Bezug nehmen (<http://www.auschwitz-muzeum.oswiecim.pl/html/eng/aktualnosci/news.php?rok=2005>). Diese Verlegenheit wird künftig noch zunehmen, wenn man weitere erhebliche Verringerungen der Zahl der Opfer sowohl von Auschwitz (510.000) als auch von Majdanek (78.000) vornehmen müssen wird.

Das Jahr 2005 hat ganz entschieden anders geendet, als es begonnen hatte. Im Januar/Februar hatten die Shoa-Tsunami wild gewütet. Ab dem 10. November (Datum des von Ahmed Rami beim schwedischen Parlament errungenen Siegs) ist der historische Revisionismus sowohl in Frankreich als auch im Ausland (Schweden, Iran, Venezuela, Vereinigte Staaten, Australien) wieder im Kommen. Dies erklärt die allgemein immer härtere Repression gegen revisionistische Verfasser.

11. Januar 2006.

GESCHAH DER HOLOCAUST ?

Eine revisionistische Herausforderung an das US Holocaust Memorial Museum

Bradley Smith

Bradley Smith hat diese Anzeige in Englisch in Duzenden von Zeitungen verbreitet, einschließlich in vielen Jugend- und Studentenzeitungen.

Diese Anzeige behauptet nicht, daß "der Holocaust nicht geschehen ist." Diejenigen, die das sagen, wollen nur die Angelegenheit durcheinanderbringen. Mit dieser Anzeige behaupten wir aber folgendes: Das Holocaust-Museum in Washington hat in seiner Ausstellung nichts, aber auch gar nichts, welches als Beweis für Gaskammern gelten kann, die zur Vernichtung von Menschenleben gebraucht wurden, und es bringt keinen Nachweis dafür, daß auch nur ein einziges Menschenleben in einem auf Genozid ausgerichteten Programm mittels Gas vernichtet wurde.

Deshalb ist die Frage nicht, "Geschah der Holocaust?", sondern, falls es keine Gaskammern gab: Was verstehen wir unter dem Wort "Holocaust"?

Das Holocaust-Museum verbreitet die Behauptung, daß die Deutschen die Juden Europas in Gaskammern umgebracht hätten. Deshalb unterliegt das Museum der moralischen Verpflichtung, den Beweis zu erbringen, daß die Behauptung wahr ist. Diejenigen, die meinen, daß es wichtiger sei, gegenüber Opfern empfindlich zu sein, als die Wahrheit zu erforschen, ob es Gaskammern gab oder nicht, betrügen die amerikanischen Ideale der freien Forschung und offener Debatten, und sie betrügen das Ideal der Universität an sich. Wem nützt so etwas?

Was sind die Tatsachen?

Der Beweis des Museums für eine Gaskammertür in Birkenau ist die Wiedergabe aus Plastik einer solchen Tür, wie sie sich ein polnischer Künstler vorgestellt hat. Eine Kopie aus Plastik ist der angebliche Beweis der Tür einer Gaskammer aus Maidenek. Und so unglaublich es klingt, bei Auschwitz hat das Museum einfach die Tür der angeblichen Gaskammer, die jährlich von Hunderttausenden besucht wird, weggelassen.

Von Gaskammern in Buchenwald oder Dachau, wo nach dem Zweiten Weltkrieg amerikanischen Soldaten und deutschen Zivilisten klargemacht wurde, daß 200.000 Menschen "vergast und verbrannt wurden", ist auch nicht mehr die Rede.

Die Vorgabe, daß die Augenzeugenberichte der ehemaligen Insassen grundsätzlich wahr sind, wurde von dem israelischen Obersten Gerichtshof zunichte gemacht, als er John Demjanjuk freisprach, daß er "Ivan der Schreckliche" gewesen sei. Dieses israelische Gericht fand, daß den Augenzeugen, die gegen Demjanjuk ausgesagt hatten, kein Glauben geschenkt werden konnte.

Deborah Lipstadt meint in ihrem vielgepriesenen Buch *Denying the Holocaust*, daß man mit Revisionisten (die sie "Leugner" nennt) nicht argumentieren soll, da es einfach keine andere Seite zur

Gaskammerngeschichte gäbe. Aber genau da zeigt der Revisionismus seine Stärke. Revisionistische Theorie, die immer auf allgemein bekannte Tatsachen aufgebaut ist, kann wohl mit Gegenbeweisen ungünstig erklärt werden; die Theorien der Exterminationisten hingegen müssen, wie bei einer religiösen Sekte, jedoch immer geglaubt werden.

Der Grund, warum ich mit Frl. Lipstadt und ihrer Clique nicht übereinstimme, hat nichts damit zu tun, ob sie Juden oder Zionisten sind. Ich stimme nicht mit ihnen überein, weil sie sich gegen die Grundprinzipien unserer freien Gesellschaft stellen, in der alle Probleme zur offenen Debatte bereitstehen müssen.

Das Museum fühlt sich so sicher, von niemanden ernstlich in die Zange genommen zu werden, daß es sogar behauptet, eine neue "Todeslager-Gaskammer" entdeckt zu haben. Beweis: Die unbewiesenen Fantasien eines Mannes, der unter dem "Holocaust-Überlebenden-Syndrom" leidet. Selbst der Museumsdirektor kann nicht genau sagen, wo diese angebliche Gaskammer gewesen war. Er "meint" in der Nähe von Giessen. Aber für so eine Meinung sollte man keine 200 Millionen Dollar ausgeben.

Wenn ich derartige Gaskammernmärchen angreife, dann weiß ich von vornherein, daß ich von den Gläubigen der Holocaust-Lobby als ein Antisemit beschimpft werde. Diese pseudo-religiösen Fanatiker geben vor, daß wegen der Reinheit ihrer eigenen Gefühle bezüglich der jüdischen Erfahrungen im Zweiten Weltkrieg meine Gefühle schmutzig sein müssen, wenn ich ihre "Wahrheit" bezweifle. Aber es gibt keinen Zweifel darüber, daß weder Winston Churchill noch Dwight D. Eisenhower in ihren Memoiren irgendwelche "Gaskammern" erwähnten. Wie erklärt die Holocaust-Lobby und das Holocaust-Museum dies?

Intellektuelle, die nicht glauben, daß die Verteidigung der Meinungsfreiheit in dieser Sache notwendig ist, sollten sich fragen, ob freie Geschichtsforschung nicht in jedem Fall gefördert und verteidigt werden soll. Dann sollten sie uns ihre Antwort zu diesem Punkt mitteilen.

Die Leitung und Arbeitsweise des Holocaust-Museums

Die Arbeitsweise und Ausstellungsart des Museums ist eine Mischung von böartiger Suggestion und gefährlichen Unterlassungen. Beispiel: Im ersten Ausstellungsraum sieht man die mehrere Meter hohe Aufnahme von amerikanischen

Soldaten, die auf einen Scheiterhaufen schauen, auf dem menschliche Leichen verbrannt werden. Natürlich meint man sofort, daß es sich dabei um ermordete Juden handelt. Die Frage müßte aber doch gestellt werden, ob es sich um Menschen handelt, die durch Typhus oder irgendetwas anderes umgekommen sind. Jedenfalls entdeckten die Alliierten bisher keinen einzigen Leichnam, bei dem eine Obduktion den Gas-Tod beweisen konnte. So etwas sollte aber bei der Ausstellung gesagt werden. Man erkennt noch nicht einmal, ob es sich bei den Toten wirklich um Juden handelt.

Da viele Menschen nicht in der Lage sind, die richtigen Fragen zu stellen oder überhaupt die Wichtigkeit der Aufnahme zu erkennen (und auch nicht annehmen, daß das Museum eine absichtliche Lüge darstellt) gehen die meisten Leute in dem Glauben weiter, einen Beweis für den Genozid an europäischen Juden gesehen zu haben. Und so geht es dauernd...

Rufen Sie das Museum an; finden Sie selbst die Wahrheit heraus

Ich habe nichts dagegen, durch andere von der Unrichtigkeit meiner Meinung überzeugt zu werden. Ich behaupte, daß das Museum dies bisher noch nicht getan hat. Rufen Sie dort selbst an und fragen Sie diese Leute. Ihre Nummer ist (202) 488-0400.

Fragen Sie die Direktion, welchen ausdrücklichen Beweis sie für Gaskammern besitzt. Wir oder diese Zeitung werden gerne das Resultat Ihrer Anfrage veröffentlichen.

Manche Leute glauben, daß eine genaue Untersuchung der Gaskammer-Behauptung ein Ergebnis hervorbrächte, welches den Juden allgemein schadet. Ich bezweifle diese gemeine Annahme. Eine freie, ehrliche Debatte wird den Juden genau so helfen, wie sie uns allen helfen wird.

SOWJETUNION ?

Freiheit für die Geschichte

Straßen, Häfen, Schulen und Krankenhäuser gebaut: Historikerstreit in Frankreich über die gesetzlich verordnete positive Darstellung des Landes als Kolonialmacht

Dorothea Hahn

"Wir sind nicht die Sowjetunion", schreibt das Pariser Magazin *Marianne* diese Woche. Eine Gruppe von prominenten HistorikerInnen wettet: "In einem freien Staat sind weder das Parlament

noch die Justiz dafür zuständig, die historische Wahrheit zu schreiben." Auf der französischen Antilleninsel Martinique weigert sich der 92-jährige Dichter Aimé Césaire einen Minister aus Paris zu empfangen: "Weil ich meinen antikolonialen Überzeugungen treu geblieben bin." Und Staatspräsident Jacques Chirac beauftragt eine Kommission, die das Verhältnis zwischen Parlament und Geschichte ergründen soll.

Anlass für den HistorikerInnen-Streit, der die intellektuelle und politische Elite in Frankreich beschäftigt, ist ein Halbsatz in einem Gesetz. "Die positive Rolle der französischen Präsenz in Übersee soll im Unterricht gewürdigt werden", steht in Artikel 4 in Gesetz Nummer 158. Mehr als 40 Jahre nach dem Zusammenbruch des französischen Weltreichs soll die koloniale Ausplünderung in eine Wohltat verwandelt werden.

Die Umschreibung der Geschichte liegt im Zeitgeist. Die Sammlungsbewegung UMP hofiert so ultrarechte WählerInnen. Parteichef Nicolas Sarkozy, in Personalunion Innenminister, vertritt offensiv die neue Geschichtsvision. Sarkozys Begründung: "Wir können nicht ewig Reue zeigen." Seine Parteifreunde erklären allen Ernstes, dass Frankreich den Kolonien "Straßen, Häfen, Schulen und Krankenhäuser" gebaut habe. Und schimpfen über GeschichtslehrerInnen, die "alles nur negativ darstellen". Als zwei Pariser Regierungsmitglieder mit dunkler Hautfarbe Artikel 4 kritisieren, werden sie von einem Parteifreund aus der UMP in ihre (ethnischen) Grenzen gewiesen. "Ohne den französischen Kolonialismus wären Azouz Begag (der nordafrikanische Vorfahren hat, d. Red.) und Léon Bertrand (aus dem in Südamerika gelegenen Département Guyana, d. Red.) gar nicht erst Minister geworden", erklärt der Abgeordnete Lionel Luca.

Diese Gesinnung zeigt sich auch an Orten in Frankreich, wo viele einstige KolonialsiedlerInnen und ihre Nachfahren leben. Dort wird nicht nur der Kolonialismus insgesamt positiv gewendet, sondern werden auch bislang verpönte Kampftruppen rehabilitiert. Unter anderem gibt es neuerdings in Toulouse, in Nizza und in Perpignan Denkmäler für die OAS - die französische Geheimarmee, die im Algerienkrieg zahlreiche Attentate auf die Zivilbevölkerung verübt hat.

Das Gesetz mit dem umstrittenen Artikel 4 hat im ersten Anlauf im Februar problemlos das französische Parlament passiert. Damals stimmten nur die kommunistischen Abgeordneten gegen die "Geschichtsrevision". Erst ein halbes Jahr später, nachdem die Proteste der GeschichtslehrerInnen immer lauter wurden und das Gesetz auch für Wut in Algier gesorgt hatte, erkannte die sozialistische PS das Potenzial des Halbsatzes. Ende November setzte sie eine neuerliche parlamentarische Debatte und Abstimmung durch, um den Artikel 4 zu streichen. Zwar verteidigten die UMP-Abgeordneten erneut ihr Gesetz und konnten sich dank einer absoluten Mehrheit problemlos durchsetzen. Doch stimmten beim zweiten Anlauf fast alle linken Abgeordneten dagegen. Dennoch bleibt die Kolonialfrage auch in der PS umstritten. PS-Führungsmitglied und Regionalratspräsident im Languedoc-Roussillon, Georges Frêches, beispielsweise befürwortet die Rehabilitierung des Kolonialismus. Bei einer Sitzung des Regionalrates schmetterte er kürzlich lauthals den "Chant des Africains", das Hohelied auf die Kolonialsoldaten. Demnächst will er ein Kolonialmuseum in seiner Region eröffnen.

In der aufgeregten politischen Stimmung können sich HistorikerInnen nur schwer Gehör verschaffen. Neunzehn von ihnen versuchen es trotzdem. Pierre Nora, Mona Ozouf, Pierre Vidal-Naquet und andere verlangen in einer vergangene Woche lancierten Petition "Freiheit für die Geschichte". Sie wollen die Gelegenheit nutzen, um alle Vereinnahmungen der Geschichte durch die Politik zu kippen. Von der per Gesetz empfohlenen Beschönigung des Kolonialismus bis hin zum Gayssot-Gesetz von 1990, das jede Form von Rassismus und Antisemitismus sowie das Leugnen und Verherrlichen von Verbrechen gegen die Menschlichkeit unter Strafe stellt. Die UnterzeichnerInnen der Petition halten solche Dogmen für "einer Demokratie unwürdig".

taz Nr. 7851 vom 21.12.2005

Die tageszeitung

<http://www.taz.de/pt/2005/12/21/a0170.nf/text.ges.1>

POSITIVE ROLLE ?

Altlasten des Kolonialismus

Marc Zitzmann

In Frankreich wird über Geschichtspolitik und Gesetzgebung diskutiert.

In Frankreich regt sich Protest gegen ein Gesetz, das im Schulunterricht eine Anerkennung der «positiven Rolle der französischen Präsenz in Übersee» fordert. Der

Text stösst auch deswegen auf grosses Echo, weil die harzige Aufarbeitung des Kolonialismus mit der fortwirkenden Diskriminierung von Farbigen zusammentrifft.

Im April 2007 soll in Paris die Cité nationale de l'histoire de l'immigration eröffnet werden. Das staatliche Museum wird verschiedene Aspekte des Themas «Immigration» beleuchten: den persönlichen Werdegang von Immigranten, ihren Platz im Staat, die Art und Weise, wie die französische Gesellschaft durch die Präsenz von Einwanderern geprägt wird. Für Diskussionsstoff sorgt die Einrichtung der Cité im Palais de la Porte Dorée, der für die Kolonialausstellung von 1931 erbaut worden war. Freilich: Man kann in der neuen Bestimmung des ansprechenden Art- déco-Gebäudes, in dem ursprünglich das Musée des Colonies untergebracht war, auch ein schönes Symbol der Veränderung sehen.

Wenn der Staat Geschichte schreibt

Problematisch ist vielmehr etwas anderes. Die Immigranten und ihre Kindeskiner haben Wurzeln in den verschiedensten Ländern: Italien, Belgien und Spanien, Russland und Polen, Vietnam und Laos . . . Doch in erster Linie stellt die Schaffung der Cité de l'immigration ein Signal dar an die beiden zahlenstärksten Gruppen: die Maghrebener und die Schwarzafrikaner. Die Republik, so die (implizite) Botschaft, ist willens, auch dunkle Kapitel ihrer Geschichte zu beleuchten - namentlich den Sklavenhandel und den Kolonialismus mitsamt ihren Nachwirkungen bis heute. Das so gesetzte Zeichen verträgt sich nun aber schlecht mit einem im Februar verabschiedeten Gesetz. Dessen vierter Artikel enthält den Satz: «Die Schulprogramme anerkennen insbesondere die positive Rolle der französischen Präsenz in Übersee, namentlich in Nordafrika.»

Das ist zum mindesten ungeschickt formuliert. Mitglieder des Regierungslagers mögen beteuern, es gehe lediglich darum, dass im Schulunterricht die positiven Aspekte der französischen Präsenz in Übersee (sprich: in den Kolonien) nicht ausgeblendet werden - der Satz tönt jedoch ganz anders. Ohne jeden Verweis auf die Schattenseiten des französischen Kolonialismus erscheint dessen vermeintlich «positive Rolle» seltsam absolut gesetzt. Es wäre ein Leichtes gewesen, den Satz so zu formulieren, wie er angeblich gemeint sein soll: «Die Schulprogramme behandeln auch die positiven Aspekte der französischen Präsenz in Übersee.» Dass das nicht geschah, ist symptomatisch. Wörter haben eine Bedeutung - und diese Wörter richten eine klientelistisch getönte Botschaft an ein Segment der (rechten) Wählerschaft: an die *pieds-noirs* und die *harkis*, die Kolonisten und ihre einheimischen Hilfssoldaten, welche nach der Unabhängigkeit Algeriens 1962 nach Frankreich geflohen waren.

Das anlässlich eines Änderungsantrags jüngst von der Nationalversammlung bestätigte Gesetz hat auf zwei Ebenen eine Diskussion hervorgerufen. Seit dem Frühjahr sind Petitionen von Historikern im Umlauf, die die Aufhebung des Textes fordern. Dieser versuche, ein offizielles Geschichtsbild durchzusetzen, das der «schulischen Neutralität und der dem Laizismus zugrunde liegenden Achtung der Denkfreiheit» zuwiderlaufe. Die konkreten Auswirkungen des Gesetzes werden freilich als gering eingeschätzt. In Frankreich entscheidet jeder Lehrer selbst, welche Bücher er im Unterricht verwendet. Es ist nicht anzunehmen, dass sämtliche Pädagogen des Landes wie ein Mann auf die durch das Gesetz vorgegebene Linie einschwenken werden. Oder dass die einander konkurrenzierenden Schulbuchverlage plötzlich allesamt nur noch ein durchweg positives Bild vom französischen Kolonialismus zeichnen.

Von den Wissenschaftlern ganz zu schweigen. Sie sind grundsätzlich gegen Eingriffe der Politik in historische Belange. Er wäre auch wütend gewesen, so der Historiker Gilbert Meynier, wenn das Gesetz verlangt hätte, den Kolonialismus als abscheulich darzustellen. So mag verständlich werden, dass am vergangenen Dienstag neunzehn renommierte Historiker, unter ihnen Jean-Pierre Azéma, Marc Ferro, Pierre Nora, René Rémond, Jean-Pierre Vernant, Pierre Vidal-Naquet und Michel Winock, in einem Appell neben der Aufhebung des umstrittenen Textes diejenige von drei weiteren Gesetzen gefordert haben. Jedes von ihnen hat den Umgang mit einem historischen Ereignis zum Inhalt: **die strafrechtliche Verfolgung der Leugnung der Shoah** (13. 7. 90), die Anerkennung der Tatsache des Völkermords an den Armeniern (29. 1. 01), die Qualifizierung der Sklaverei und des Sklavenhandels als Verbrechen gegen die Menschlichkeit (21. 5. 01). Geschichte sei weder eine Religion mit unumstösslichen Dogmen, heisst es in dem Appell, noch eine Moral, die auszeichne oder verdamme, noch auch ein juristisches Objekt: «In einem freien Staat ist es weder Sache des Parlaments noch der Justiz, die historische Wahrheit zu definieren. Die Politik des Staats ist, selbst wenn sie vom besten Willen beseelt ist, nicht die Politik der Geschichte.»

Gegenwehr

Von viel unmittelbarer gesellschaftlicher Brisanz ist die zweite Ebene, auf der die Diskussion geführt wird. Die schweren Banlieue-Unruhen haben jüngst wieder eklatant vor Augen geführt, dass sich viele Menschen in Frankreich ausgegrenzt fühlen. Dies in besonderem Mass, wenn sie Angehörige

einer «minorité visible» sind, sprich: Farbige. In der Familiengeschichte von vielen von ihnen spielen Kolonialismus und Sklavenhandel eine mehr oder minder diffuse Rolle. Diffus auch, weil die entsprechenden Geschichtskapitel bis jüngst von offizieller Seite totgeschwiegen wurden und in der Forschung auf wenig Interesse stiessen. So wurde der Algerienkrieg bis 1996, als Jacques Chirac als erster Staatspräsident das Wort «guerre» verwendete, unter der Bezeichnung «les événements d'Algérie» («die Ereignisse») verharmlost. Und in der Universität findet sich bis heute kein Lehrstuhl für Kolonialgeschichte - laut dem Historiker Pap Ndiaye sind die Afroamerikaner als Forschungsthema beliebter als die einheimischen Schwarzen.

Symptomatisch waren Anfang des Jahres zwei Ereignisse. Im Februar äusserte der Komiker Dieudonné die abstruse These, das historische Leid der Schwarzen werde von der «zionistischen Lobby» konfisziert. Diese kultiviere die «Einmaligkeit des Leidens». Kurz zuvor war im Internet ein Appell veröffentlicht worden, der unter dem Titel «Wir sind die Eingeborenen der Republik!» den vermeintlichen Neokolonialismus in den Banlieues anprangerte. Der von einer unausgegorenen linksprogressiven Rhetorik geprägte Text warf Kraut und Rüben, Sklaverei, Kolonialismus, Rassendiskriminierung und Globalisierung durcheinander. Trotzdem stiess der Appell, wie Dieudonnés Äusserungen, auf grosses Echo.

Frankreichs Schwarze verbindet untereinander oft nur wenig - ausser der Erfahrung der Diskriminierung und dem Gefühl, ihre Geschichte werde negiert. Am 26. November haben sich nun rund sechzig Vereinigungen zu einem Verband zusammengeschlossen, der bezeichnenderweise «Conseil représentatif des associations noires» (Cran) heisst. Das auf die Hautfarbe verweisende Adjektiv im Verbandsnamen stellt in seiner Unverblümtheit eine Absage an bisherige republikanische Gepflogenheiten dar. Das universalistische Credo der «République une et indivisible» postuliert, dass das Volk in seiner Gesamtheit durch jeden einzelnen seiner gewählten Vertreter repräsentiert werde, ohne Intermediäre. Gruppenbildungen zwecks Verteidigung von Partikularinteressen sind ebenso verpönt wie statistische Erhebungen nach ethnischen Kriterien oder die «positive Diskriminierung» sozial benachteiligter Bevölkerungsgruppen.

Das mag sich ändern. Der «Conseil» versteht sich als eine Art Lobby, die Parteien für «schwarze Interessen» zu sensibilisieren sucht. Für den Verband gilt es, zwei Klippen zu umschiffen: einerseits die, das historische Leid der Schwarzen gegen dasjenige anderer Opfergruppen aufzurechnen, namentlich das der Juden und der Algerier. Die zweite Gefahr ist, das Gefühl zu verstärken, die Schwarzen seien, vom Sklavenhandel bis zur heutigen Diskriminierung bei der Arbeits- und Wohnungssuche, seit je die Opfer «der Weissen» gewesen.

Neue Zürcher Zeitung, 16.12.2005

<http://www.nzz.ch/2005/12/16/fe/articleDEZCU.html>

WEHRMACHTSBEFEHL ?

Russen recherchieren in der "Sache Holocaust"

Wolfgang Strauss

Einen deutschen Befehl zur Zerstörung Nowgorods gab es nicht. Die Bevölkerung litt unter sowjetischen Bombardements. Nowgorods Kirchenschätze raubten die abziehenden Sowjettruppen, auf einem Schiff wurden die Artefakte im Wolchow versenkt. Das weltberühmte Nowgoroder Denkmal "Tausendjähriges Rußland" rettete die Wehrmacht vor der Zerstörung. Jasnaja Poljana, Tolstois Gutshof, stand auf Befehl Guderians unter dem Schutz der Panzergruppe 2. Gegen den Judenpogrom in Lemberg am 29. Juni 1941 ging das 49. Gebirgsjägerkorps vor. Nach der Einnahme von Smolensk 1941 entdeckte die Bevölkerung des dortigen Landbezirks 135 000 Leichen in Massengräbern, vom NKWD erschossene Russen während der Tschistka. Die von sowjetischen Granaten beschädigte Smolensker Kathedrale wurde in der Besatzungszeit wiederhergestellt und für die orthodoxen Gläubigen geöffnet. Entgegen den Anweisungen der deutschen Kommandeure schloß sich die Masse der Dorfbevölkerung im Smolensker Gebiet den abziehenden deutschen Besatzungstruppen an, als 1944 der große Rückzug begann.

Nachzulesen im jüngsten Werk des russischen Geschichtsrevisionismus, "Der Große Bürgerkrieg 1941-1945" (Moskau 2002, 642 S., ISBN 5 941 38015 1). Der Sammelband, herausgegeben vom ehemaligen Komsomolführer Igor Djakow enthält u.a. Beiträge über den Präventivkriegschlag vom 22. Juni, wobei auch aus deutschen Dokumenten zitiert wird. Die Aktualität der Diskussion über die Präventivkriegsthese bezeugen noch andere Neuerscheinungen auf dem russischen Büchermarkt,

so Michail Meljtjuchows 544-Seiten-Werk "Versäumte Chancen Stalins. Die Sowjetunion im Kampf um Europa 1939-1941", erschienen im angesehenen nationalliberalen Verlag "Wjetsche" ("Thing"). "Barbarossa" in Deutschland und in Rußland: Markiert hierzulande die Raison d'être des Regimes den Rand von Denkerlaubnissen zur Kriegsursachenforschung, so kann in Rußland das Gegenteil beobachtet werden, wie "Der Große Bürgerkrieg 1941-1945" zeigt. Ja, in Rußland, wo eine Weigerung, zu fremden Dogmenkreuzen zu kriechen, keinen Historikerkopf kostet. Djakow widmet das Buch "allen russischen und deutschen Soldaten, gefallen in einem Krieg, der von den Feinden der europäischen Kultur entfesselt wurde".

"In Rußland herrscht eine nie gekannte Freiheit." Das Urteil des Schriftstellers Leo Rubinstein steht vor allem für politisch-historische Verlage, anders wären Druck und Verkauf des "Großen Bürgerkrieges" gar nicht vorstellbar. In diesem Buch werden Tabus der Alliierten (Djakow: "Die weißen Flecken in unserer Lügengeschichte") gleich kapitelweise geköpft.

Ein Wehrmachtsbefehl, die Juden von Kiew in Baby Jar zu erschießen, existierte nicht (S. 57). Soja Kosmosdemjanskaja wurde von russischen Bauern gefangen genommen und den Deutschen zur Bestrafung übergeben. Ein tragisches Schicksal zwischen Gehorsam und Verbrechen. In Befolgung einer Stalin-Direktive ("verbrannte Erde") hatte die junge Partisanin im Gebiet Petrischtschew Bauernhäuser angezündet. Vor der Augen der Bauern wurde Soja aufgehängt. Stalins Kriegspropaganda machte aus der Brandstifterin ein Komsomolzenvorbild (S. 444). Im Bezirk Pskow mit zwei Millionen Einwohnern fand nach dem Einmarsch der Wehrmacht an allen Volksschulen Religionsunterricht statt, in der Stadt Pskow errichtete die Russisch-Orthodoxe Kirche eigene Sonntagsschulen für Jugendliche und Eltern (S. 504). Am 22. Juni 1941 standen in der Roten Armee 5,3 Millionen Mann unter Waffen, doch im Oktober des gleichen Jahres existierte diese Armee zahlenmäßig nicht mehr, denn rund 800 000 waren gefallen und 4,5 Millionen hatten die Gefangenschaft dem Kampf vorgezogen. Bereits wenige Wochen nach Kriegsbeginn befahl Stalin die Formierung von "Sperrverbänden" ("sagraditel'nije otrjadi"). Filmregisseur Alexander Iwanow-Sucharewski: "Man muß es allen jungen Menschen von heute eintrichtern: Niemand wollte für die Sowjetmacht kämpfen, niemand in den Krieg ziehen. Nach den ersten Schlägen der Wehrmacht warf man die Waffen weg und floh ins Hinterland, zurück in die Heimatdörfer. Damit sich die Rote Armee nicht gänzlich auflöste, zernierten Sperrkommandos mit Maschinengewehren die Etappe. Die dennoch fliehen wollten, flohen jetzt nach vorn, hinüber zu den Deutschen." (S. 450) Von Co-Autor Iwanow-Sucharewski stammt der Satz: "Die Wehrmacht, also die Armee des Dritten Reiches, war die beste Armee in der Geschichte der europäischen Zivilisation, im Besonderen auf einem Gebiet: der Wertschätzung des Lebens des einfachen Soldaten." (S. 437)

Breiten Raum nehmen ein in diesem Buch "Holocaust" und "jewrejski wopros" ("Judenfrage"). Gemeinsamer Nenner revisionistischer Autoren und Verlage im ehemaligen Ostblock sei die Leugnung des Holocaust, behauptet Micha Shafir in der Zeitschrift East European Perspectives (12. Juni 2002). Dies trifft auf die Autoren des "Großen Bürgerkrieges" nicht zu, werden doch weder Judenverfolgung noch Judenmassaker geleugnet. Allerdings erfährt der Begriff "Holocaust" eine differierende Historisierung; so wird von einem Bauern-Holocaust, einem Ukrainischen Holocaust, einem Kosakischen Holocaust berichtet (S. 206 ff.) Wer die unfaßbare Dimension des "Kosakenmordes", des "Ukrainermordes", des "Slawenmordes", des "Bauernmordes" leugnen wolle, der habe nicht begriffen, daß die kommunistische Idee an sich von Anfang an eine Vernichtungsstrategie, also ein Holocaustprogramm gewesen sei.

Widersprüchliche Zahlenvergleiche und Zahlenangaben betreffs der Juden vor dem Krieg und nach 1945 anhand von Statistiken diverser Art sollen hier nicht erwähnt werden (S. 43, 83, 90), doch ist auf Seite 45 von einem "Sechs-Millionen-Mythos" die Rede. Ein namentlich nicht gezeichneter Beitrag trägt die Überschrift "Zur Sache Holocaust" (S. 81-90).

"Die westlichen Demokratien lehnten die massenhafte Aufnahme deutscher Juden ab", wird in diesem Beitrag behauptet. Aufschlußreich der russische Kommentar zum Kapitel "Gerstein". Der SS-Desinfektionstechniker Gerstein soll nach Berichten von Raymond Cartier, dem späteren Chefredakteur von Paris-Match, bei seiner Gefangennahme 1945 damit geprahlt haben, eine Million Menschen getötet zu haben (FAZ vom 3. Juni 2002); im "Großen Bürgerkrieg" heißt es dazu, Gerstein habe sogar die Tötung von 25 Millionen durch Giftgas gestanden. Auf Gersteins Selbstbeschuldigungen gründe sich auch, wenn auch nicht ausschließlich, die "Sache Holocaust", liest man auf Seite 89.

Was die Opferzahlen angehe, liest man weiter, käme erschwerend hinzu, daß sich sämtliche Vernichtungslager in Gebieten befanden, die später unter "Kontrolle der Kommunisten" gerieten. "Bis heute herrscht statistische Akrobatik... Die Zahl der Auschwitz-Opfer sank von 4 Millionen auf 400 000... Das Lager Wolczek, in dem bis 1945 angeblich eine Millionen Menschen den Tod gefunden haben sollen, taucht auf polnischen Karten überhaupt nicht mehr auf." (S. 40)

Nicht 4 Millionen, sondern "nur" ein Zehntel davon - Relativierung schon Leugnung? Fritjof Meyer zählte bis vor kurzem nicht zu den Protagonisten des Historischen Revisionismus. Das scheint sich seit dem Mai 2002 geändert zu haben. Im Mai-Heft 2002 der wissenschaftlichen Zeitschrift "Osteuropa" veröffentlichte der Leitende SPIEGEL-Redakteur einen Artikel mit dem Titel "Die Zahl der Opfer von Auschwitz. Neue Erkenntnisse durch neue Archivfunde". Um Zahlen geht es also beim linksliberalen Publizisten, um Auschwitz-Zahlen. Der historische Ausgangspunkt im Zahlen-Wirrwarr: Eine stalinistische Untersuchungskommission. Die Untersuchung gipfelte in der vom Politbüro abgesegneten Behauptung: "In der Zeit des Bestehens des Lagers wurden 4,5 bis 5 Millionen Menschen ausgerottet." Diese Zahl beruhte auf Schätzungen der Gaskammer-Kapazität und geht zurück auf eine Erklärung der jüdischen Häftlingsärzte Gordon, Scheinberg und Epshtein am 27. Januar 1945 gegenüber zwei Sowjetoffizieren.

Meyer zitiert aus Akten des Internationalen Militärgerichtshofes und des Zentralarchivs des sowjetischen Verteidigungsministeriums der Stalin-Zeit. Und Meyer entlarvt die Opferzahl im sowjetischen Untersuchungsbericht als "ein Produkt der Kriegspropaganda". Eine Lüge also? Seine Widerlegung verbindet Meyer mit scharfer Kritik an deutschen Nachkriegshistorikern: "Da die Geschichtsforschung aus einseharen, aber unzulässigen Gründen das Thema Auschwitz als Forschungsobjekt nicht akzeptiert hat, drängte sich die Propaganda auf das unbestellte Feld; jene sowjetische Observanz beherrscht noch immer weithin die öffentliche Meinung, zum Beispiel mit der Totenzahl von vier Millionen, dem Mord an über 400 000 aus Ungarn Deportierten oder auch dem massenhaften Gasmord in den Krematoriumskellern."

Aufgrund neuer Belege zur Kapazität der Krematorien und aufgrund der Unterlagen über Einlieferungen ins Lager gelangt Meyer in seiner Studie zu einem überraschenden Resultat in puncto Opferzahlen Auschwitz: "Mutmaßlich 510 000 Tote, davon wahrscheinlich 356 000 im Gas Ermordete." Dieses Ergebnis relativiere nicht die Verbrechen, sondern "verifiziere" sie, schreibt Meyer. Mit der neuen Zahl rücke Auschwitz "endlich" in den Bereich des "Vorstellbaren".

Die "neuen Erkenntnisse" verdanke er, verrät Meyer, einem vor kurzem aufgefundenen "Schlüsseldokument", das Auskunft gibt über "die Kapazität der Krematorien Auschwitz-Birkenau". Laut Meyer ist dieser "Durchbruch" dem kanadischen Auschwitz-Experten Robert-Jan van Pelt zu verdanken. Um es kurz zu formulieren: Die für die weitere Geschichtsforschung entscheidende Frage, ob in den Gaskammern der vier Krematorien massenhaft gemordet worden sei, beantwortet Meyer mit Nein.

"Die Gaskammern der Birkenauer Krematorien I und II waren außer in der Experimentierphase offenbar kaum in Betrieb, III und IV hauptsächlich wohl nur in dem fürchterlichsten Monat Oktober 1944."

Wie Dokumente belegen, sei ursprünglich geplant gewesen, die Leichenkeller nach Fertigstellung der Krematorien im Frühsommer 1943 für den Massenmord einzusetzen (wobei auffällt, daß Meyer den Schlüsselbegriff "Vergasungskeller" in Anführungszeichen setzt). Dazu Meyer: "Das mißlang offenbar, weil die Ventilation kontraproduktiv war und die erwarteten Massen an Opfern in den folgenden elf Monaten nicht eintrafen. Der tatsächlich begangene Genozid fand wahrscheinlich überwiegend in den beiden umgebauten Bauernhäusern außerhalb des Lager statt; von dem ersten, dem 'Weißen Haus' oder 'Bunker I', wurden erst jüngst die Fundamente entdeckt."

Polnische Bauernhäuser als provisorische Gaskammern: ein belegbarer Fakt, ein Meyersches "wahrscheinlich" oder ein Mysterium? Meyer gibt zu, daß "Revisionisten" die Existenz von "umgebauten Bauernhäusern" bezweifeln (Meyer nennt u.a. Jürgen Graf).

Der Mysterien kein Ende. Fritjof Meyer erwähnt Hauptmann Schatunowski und Major Morudschenko von der Schmersch-Abteilung der 8. Sowjetarmee, die deutsche Ingenieure einer Krematorienfabrik nach der stündlichen Kapazität befragt haben sollen, März 1946. Weiß Rußlandkenner Fritjof Meyer wirklich nicht, was SMERSCH bedeutet hat in den Jahren des Stalinschen Kriegsterrors? SMERSCH (Abkürzung für "smertj schpionam" - "Tod den Spionen") wütete zwischen 1941 und 1953 als die grausamste Sonderabteilung der stalinistischen Geheimpolizei, nominell unterstellt dem Verteidigungsministerium. "Die SMERSCH-Offiziere, eine Galerie von Fanatikern, Degeneraten und Alkoholikern, erscheinen wie ein Bild des Grauens vor unserem Auge", urteilt der ukrainische Gulag-Experte Borys Lewytskyy. In der Praxis übertraf SMERSCH alle Perversionen der Jeshowschtschina. Aufspüren, foltern, liquidieren. SMERSCH tötete an Ort und Stelle und sofort. Ohne SMERSCH keine (von Meyer kritisierte) "sowjetische Kriegspropaganda". Ein blutiger Witz der Weltgeschichte: SMERSCH recherchierte in Auschwitz und organisierte zur gleichen Zeit den Roten Holocaust in Kolyma, Kingir, Workuta, Norylsk, Karaganda. Eigentlich müßte der Kommunismusforscher Meyer von diesem Absurdistan wissen, zumal er ja in Sachen SMERSCH/Auschwitz aus dem Zentralarchiv des KGB der UdSSR, Akte 17/919, zitiert. Meyer scheint, dies behaupte ich als langjähriger Lagerstudent, vertuschen zu wollen, daß er seine "Schlüsseldokumente" dem von ihm genannten Zentralarchiv des KGB der UdSSR verdankt, denn

welche Archivkeller sonst (ver)bergen die volle und nichts als die volle Wahrheit in Sachen Auschwitz? Der SPIEGEL rühmt sich seines Investigations-Journalismus; warum sollte Fritjof Meyer, des Russischen mächtig, beim Öffnen eines bestimmten Aktenkellers kein Glück gehabt haben, natürlich mit russischer Hilfe. Zur Veröffentlichung freigegeben wurden in der Jelzin-Ära die sogenannten Totenbücher ("Sterbebücher") von Auschwitz. Sie befanden sich in sowjetischen Archiven und bestätigten den Tod von 74 000 Lagerinsassen, wohlgermerkt nur "arbeitsfähigen".

[28.9.2002]

Russen recherchieren in der "Sache Holocaust" (II)

Was die Auschwitz-Zahl betrifft, wird das Resultat eines Meyer vermutlich nicht das letzte gedruckte Wort bleiben, hat doch Jerzy Wroblewski, Direktor des Museums Auschwitz am 17. November 1999 dem SPIEGEL-Redakteur geschrieben: "Es ist... keine Lager-Dokumentation übriggeblieben, die die Opfer, die direkt nach der Selektion zur Vernichtung geschickt wurden, betrifft."

Als Lüge entlarvt Meyer die Zahlenangaben des Auschwitz-Kommandanten Rudolf Höß, der von den Briten gefangengenommen wurde. Durch Folter sei das "Geständnis" zustande gekommen, "unter schlagenden Beweisen". Alkohol und Peitsche "waren auch für mich zuviel", soll Höß berichtet haben. 2.30 Uhr nachts unterschrieb er diese Sätze: "In Auschwitz selbst sind meiner Schätzung nach cca (sic) 3 000 000 Menschen ums Leben gekommen. Schätzungsweise nehme ich an das (sic) davon 2 500 000 vergast worden sind."

Auf dem Gebiet der Mythenzertrümmerung hat Ernst Nolte, den Meyer einen "respektablen Geschichtsphilosophen" nennt, einen Glaubwürdigkeitsvorsprung. In seinem 2002 bei Herbig erschienenen Buch "Der kausale Nexus. Über Revisionen und Revisionismen in der Geschichtswissenschaft" wird zu Auschwitz festgestellt: "Der Aussage des Kommandanten von Auschwitz, Rudolf Höß, die unzweifelhaft sehr wesentlich zum inneren Zusammenbruch der Angeklagten im Nürnberger Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher beitrug, gingen Folterungen voraus; sie war also nach den Regeln des westlichen Rechtsverständnisses nicht gerichtswertbar. Die sogenannten Gerstein-Dokumente weisen so viele Widersprüche auf und schließen so viele objektive Unmöglichkeiten ein, daß sie als wertlos gelten müssen. Die Zeugenaussagen beruhen zum weitaus größten Teil auf Hörensagen und bloßen Vermutungen; die Berichte der wenigen Augenzeugen widersprechen einander zum Teil und erwecken Zweifel hinsichtlich ihrer Glaubwürdigkeit." Eine sorgfältige Untersuchung durch eine internationale Expertenkommission sei, anders als im Falle Katyn nach der Entdeckung der Massengräber durch die deutsche Wehrmacht im Jahre 1943, nach dem Ende des Krieges nicht erfolgt, und die Verantwortung dafür komme den sowjetischen und polnischen Kommunisten zu. "Die Veröffentlichung von Fotografien der Krematorien und einiger Kannen mit der Aufschrift 'Zyklon B. Giftgas' hat keinerlei Beweiswert, da in größeren typhusverseuchten Lagern Krematorien vorhanden sein müssen und da Zyklon B ein bekanntes 'Entwesungsmittel' ist, das nirgendwo entbehrt werden kann, wo Massen von Menschen unter schlechten sanitären Bedingungen zusammenleben." (S. 96)

Noltes Buchpassagen beziehen sich auf das von Fritjof Meyer wieder aufgerollte Streitthema "Gaskammern", wobei Ernst Nolte hervorhebt, aus seinen Feststellungen zu schließen, "es habe Massentötungen durch Giftgas überhaupt nicht gegeben, ist offensichtlich... eine unzulässige Verallgemeinerung".

Nolte zitiert den amerikanisch-jüdischen Historiker Arno Mayer, wonach die Quellen für das Studium der Gaskammern "zugleich selten und unverläßlich" seien.

Merkwürdig erscheint die Nichterwähnung Joachim Hoffmanns bei Meyer. Dem Militärhistoriker und Wlassow-Biographen - am 8. Februar 2002 in Freiburg verstorben - gelang der Nachweis, daß die "Sechsmillionenzahl" von Ilja Ehrenburg in die alliierte Kriegspropaganda eingeführt worden war, und dies 23 Tage vor der Befreiung von Auschwitz durch die sowjetische 60. Armee. "In der von der sowjetischen Botschaft in London herausgegebenen Wochenschrift SOVIET WAR NEWS wird unter dem 22. Dezember 1944, also genau fünf Wochen vor der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz mit dort angeblich doch fünf Millionen Todesopfern, in einem Aufsatz des führenden Sowjetpropagandisten Ilja Ehrenburg unter der Überschrift 'Remember, Remember, Remember' folgendes mit anscheinend größter Selbstverständlichkeit verbreitet..." Es folgt ein englischer Text, den wenige Zeilen später Hoffmann in deutscher Übersetzung wiedergibt: "Dieser Aufsatz Ehrenburgs erfuhr am 4. Januar 1945, also 23 Tage vor der Befreiung von Auschwitz, unter der Überschrift 'Once again - Remember!' in Soviet War News Weekly einen Wiederabdruck mit wortwörtlich derselben Passage: 'Frage irgendeinen deutschen Gefangenen, warum seine Landsleute

sechs Millionen unschuldiger Menschen vernichteten, und er wird ganz einfach antworten: Warum, sie waren Juden'."

Sollte der Diplom-Politologe Dr. Fritjof Meyer den Hoffmann nicht gelesen haben? Kaum zu glauben, gehört doch Hoffmanns "Stalins Vernichtungskrieg 1941-1945", bisher in fünf ergänzten Auflagen erschienen und als Standardwerk zur Kriegsursachenforschung auch in den USA veröffentlicht, zur Pflichtlektüre angehender Historiker im nachsowjetischen Rußland. Wiederholt kommt Hoffmann auf den Urheber der "Sechsmillionenzahl" zurück: "Die am 22. Dezember 1944 von Ehrenburg in den SOVIET WAR NEWS an unauffälliger Stelle erstmals exakt genannte und am 4. Januar 1945 in eben diesem Propagandaorgan von ihm noch einmal suggerierte Sechsmillionenzahl erschien am 15. März 1945 in einem weiteren Aufsatz von ihm in den SOVIET WAR NEWS WEEKLY unter dem Titel 'Wolves they were - Wolves they remain' schon in Fettdruck als eine von niemandem mehr zu bestreitende Tatsache."

Hoffmann schließt das Ehrenburg-Kapitel mit einem Kommentar: "Die stereotype Wiederholung einer bereits am 22. Dezember 1944 mit präziser Eindeutigkeit behaupteten Gesamtzahl von sechs Millionen Ermordeter - und dies in dem für englischsprachige Leser bestimmten Propagandaorgan SOVIET WAR NEWS - legt die Schlußfolgerung nahe, daß es sich bei der Sechsmillionenzahl ebenso wie bei der Auschwitzer Viermillionenzahl vom 7. Mai 1945 um Zahlen der Sowjetpropaganda gehandelt hat, dazu bestimmt, die Öffentlichkeit und vor allem das Denken in den angelsächsischen Ländern zu beeinflussen und zu indoktrinieren. Der aus den SOVIET WAR NEWS vom 22. Dezember 1944, 4. Januar und 15. März 1945 zu erbringende Nachweis, daß Ehrenburg es war, der die Sechsmillionenzahl in die sowjetische Kriegspropaganda eingeführt hat, ist für eine wissenschaftliche Erörterung dieser emotionsgeladenen Frage nicht ohne Bedeutung." (S. 183 f.)

Wer Auschwitz-Forschung ernsthaft betreibt und dabei den Namen des Historikers Joachim Hoffmann unterschlägt, weckt an seiner Person Zweifel. Soviel zum Kapitel Fritjof Meyer.

Einem wichtigen, keineswegs schon aufgehellten Parallelkapitel zu Auschwitz, der Stalinschen Judenverfolgung und Judentötung, widmen russische Geschichtsrevisionisten verstärkt ihre Aufmerksamkeit. Auch hier steht am Anfang und am Ende die Frage: Wie viele Opfer? Das jüngste Beispiel ist ein Dossier in der russisch-jüdischen Zeitschrift KRUG vom August 2002, Überschrift "Blutiger Prolog zu einem neuen Holocaust. Vor 50 Jahren wurde auf Weisung Stalins das Jüdische Antifaschistische Komitee erschossen." (sic) "Warum wurden sie erschossen", fragt der Historiker Alexander Borschtschakowski. "Wegen ihres Blutes. Sie waren Juden." (Aus dem in Rußland und Deutschland erschienenen Enthüllungsbuch Borschtschakowskis zitierten die Staatsbriefe 1999.)

Das Jüdische Antifaschistische Komitee (JAK) wurde Anfang 1942 aktiv, das Regime Stalins hatte gerade die Winterschlacht von Moskau überstanden. Ohne Hilfe des amerikanischen Kapitalismus konnte das angeschlagene, im Volk verhaßte Regime den Krieg nicht siegreich überleben. Darin bestand der strategische Sinn der JAK-Gründung. Vorsitzender wurde der Schauspieler Solomon Michoels, verantwortlicher Sekretär und damit Berijas Mann der Schriftsteller Isaak Feffer. JAK reiste durch die USA, sammelte viele Millionen Dollar, prosowjetische Sympathisanten in Presse und Rundfunk, Hollywood und Gewerkschaften. JAK hinterließ eine intellektuelle Fünfte Kolonne. Diese für den Stalinismus verdienstvolle Tätigkeit kostete fast sämtlichen Mitgliedern der JAK-Delegation nach dem Krieg das Leben. Am 12. Oktober 1946 stellte das Ministerium für Staatssicherheit (MGB) dem ZK ein Dossier über antisowjetische Bestrebungen des Jüdischen Antifaschistischen Komitees zu. Eine geheimpolizeiliche Überprüfung der JAK-Aktivitäten kam zu dem Schluß, daß die Mitglieder des JAK bei der Darstellung des Lebens der sowjetischen Juden deren Beitrag zu den Errungenschaften der UdSSR übertreiben würden, zumal diese Darstellung in ausländischen, sprich amerikanischen Medien erschienen wäre. Am 20. November 1948 entschied das Politbüro, JAK aufzulösen. Für Michoels inszenierte das MGB in Minsk einen Autounfall mit tödlichem Ausgang, während die JAK-Funktionäre Feffer, Suskin und Gofstein Ende 1948 verhaftet wurden. Stalins Holocaust-Pläne begannen sich zu verwirklichen.

Am 13. Januar 1949 beorderte Georgij Malenkov - enger Mitarbeiter Stalins, in den dreißiger Jahren persönlich an Erschießungen beteiligt - den ehemaligen Leiter des Sowjetischen Kriegspropagandabüros, das ZK-Mitglied Solomon Losowski (recte Dridso) zu sich, um von ihm das Geständnis zu hören, daß er als Jude einer verbrecherischen Tätigkeit nachgegangen sei. Malenkov bediente sich dabei eines am 15. Februar 1944 Stalin zugestellten Memorandums, das von Losowski verfaßt und von Michoels, Feffer und Epstein unterzeichnet war. Darin wurde, auf dem Höhepunkt der amerikanisch-sowjetischen Kriegsfreundschaft, vorgeschlagen, das krimtatarische Volk zu vertreiben und auf der Krim einen Jüdischen Sozialistischen Staat zu etablieren. Dalmals, 1944, war sich die internationale JAK-Lobby eines Erfolges in der Krim-Frage sicher.

Mit dem Kriegsende kam die Wende. Auf Beschluß des ZK der KPdSU wurde Losowski aus dem Zentralkomitee gefeuert und am 26. Januar 1949 verhaftet. In der Lubjanka verschwanden im gleichen

Monat der jüdische Chefarzt des Moskauer Botkin-Krankenhauses, Schimeliowitsch, die JAK-Aktivisten Kwitko, Perez, Markisch, Bergelsson. Im April 1952 wurden die Akten dem Militärkollegium des Obersten Gerichts zugestellt. Nach dem Prozeß vom 8. Mai bis 18. Juli 1952 wurden 13 Angeklagte zum Tode durch Erschießen verurteilt. Die übrigen Angeklagten erhielten KZ-Strafen zwischen 10 und 25 Jahren. Der Vorstand des Sowjetischen Schriftstellerverbandes mit dem ZK-Mitglied Alexander Fadejew ("Die Junge Garde") begrüßte die Hinrichtung der Dreizehn. Als die Dreizehn im Keller der Lubjanka den Todesschuß erhielten, "befand sich Rußland am Vorabend eines neuen Holocaust", behauptet Michail Nordschtein in dem in Köln erscheinenden jüdisch-russischen Emigrantenblatt KRUG. "Nur der Tod Stalins 1953 bereitete dem Ungeheuerlichen ein Ende."

[30.9.2002]

<http://staatsbriefe.de/1994/2002/recherche2.htm>

PHANTASIE

Klage gegen Holocaust-Leugner in Österreich

Wegen Leugnung des Holocausts muss sich der frühere Bundesratsabgeordnete der "Freiheitlichen Partei Österreichs", **John Gudenus**, im kommenden Jahr vor Gericht verantworten. Als Höchststrafe gebe es dafür bis zu zehn Jahre Haft, berichtete die österreichische Nachrichtenagentur APA.

Gudenus hatte im April dieses Jahres in einem Fernseh-Interview gefordert, man solle die Existenz von Gaskammern im Dritten Reich "physikalisch und wissenschaftlich prüfen". Später sorgte er mit der Aussage für Proteste: "Es gab Gaskammern, aber nicht im Dritten Reich. Sondern in Polen."

Bei einem Besuch in der KZ-Gedenkstätte Mauthausen hatte Gudenus auf einem Foto abgebildete jugendliche Häftlinge laut Protokoll des Innenministeriums mit den Worten kommentiert, sie würden "eigentlich ganz gut aussehen". Er war im November in den Ruhestand getreten.

Die Staatsanwaltschaft begann daraufhin mit Ermittlungen wegen des Verdachts auf Verstoß gegen das Gesetz, welches das Leugnen oder Verharmlosen von NS-Verbrechen unter Strafe stellt.

N24.de, Netzeitung 19. Dezember 2005

NEU !!! Mit Foto !

Gedenkstätte des ehemaligen KZs Ravensbrück, in dem über 5000 Häftlinge vergast wurden (Foto: dpa) !!!!

Vielleicht nächstes Jahr : 10.000 vergast !!! Reine Phantasie !

<http://www.n24.de/politik/ausland/index.php/n2005121921452800002>

KLUGHEIT

Molau und der Zündelprozess

**Die Stimme Molaus:
Revisionisten nicht bei Trost?**

Während Ernst Zündel vor Gericht steht, zog einer aus, den Opfergang der Revision als Narrenposse zu verspotten.

Hier spricht **Gerd Honsik**

General Remers Rollstuhlführer in den Jahren des Exils

Die Parole die der Parteivorsitzende der NPD, Udo Voigt in der *Deutschen Stimme* vom Dezember zum Thema "Geschichtsrevisionismus" ausgab, war von Klugheit und Verantwortungsbewußtsein gekennzeichnet. Sinngemäß bekräftigte er, und er tat dies im Schatten der Demokratieverweigerung durch US-Kollaboration, daß Geschichtsforschung nicht zu den primären Aufgaben einer politischen Partei gehöre.

Der stellvertretende Redakteur der *Deutschen Stimme*, Herr Molau, verweigert in derselben Ausgabe derselben Zeitung (Seite 22) seinem Parteivorsitzenden jedoch Gefolgschaft und Gehorsam: Die Witterung des Bundestagsmandates wohl schon in den Nüstern, folgte der Unglückliche einer anderen, einer unheilvollen Stimme, nämlich der seiner eigenen Eingebung.

Hämisch vergleicht er in seinem Beitrag unsere Gefangenen mit Leuten, "die immer wieder bei Rot über eine Ampel fahren und die sich wundern, daß man dabei immer wieder bestraft würde".

Voller Häme auch seine Ratschläge: "Künftig können die Revisionisten ihre Kolloquien im Gefängnis abhalten!"

Molau vergißt: Der Strafvollzug in den Gefängnissen der US-Kollaboration ist für politische Gefangene keine Festungshaft, kein bloßes Nachsitzen in der Waldorfschule!

Also spottet Molau weiter: "Sie (die gefangenen Revisionisten) sollten doch Kurse für Strafrecht belegen!" (So als ob bloß mangelnde Bildung der Grund ihrer Einkerkung wäre.)

Am Ende seiner Glosse fällt Molau dann sein unerbittliches Urteil über den Opfergang von Ernst Zündel und dessen Mitstreiter. Ein Urteil, das der Obrigkeit übrigens gefallen könnte. Ich zitiere wörtlich:

"Gewiß ist dagegen, daß heute kein Mensch, der noch recht bei Trost ist, den Holocaust in Frage stellen, geschweige denn anzweifeln darf."

Damit beleidigt Molau alle, die um ihrer Überzeugung und um ihres Vaterlandes willen unter jahrzehntelanger Verfolgung gelitten haben!

Vor meinem geistigen Auge steht dabei die Gestalt des greisen General Remers auf. (48 Nahkampftage, Ritterkreuz mit Eichenlaub). Ich sehe ihn an jenem Tag vor mir, da ich ihn im Rollstuhl zur Pressekonferenz zu Marbella vor die Meute der Fernsehjournalisten fuhr!

Von Schmerzen geplagt und von einer Gesichtslähmung behindert, mußte er mehrfach ansetzen für den einzigen Satz, den zu sagen er gekommen war. So stammelte er denn der Journaille sein Bekenntnis entgegen und bestritt noch einmal mit letzter Kraft, was zu bestreiten verboten ist!

Was für ein Mann, was für ein Vermächtnis!

Nein, Otto Ernst Remer wartete nicht, wie Molau etwa, darauf, daß die Feinde Deutschlands "die Ampel auf Grün" stellen würden. Da könnten die Molaus dieser Erde lange warten.

Ich gehöre nicht zur Generation jener, die einst Remers Panzer fuhren, als es galt dem flüchtigen Treck der Mütter und Kinder eine rettende Frist vor der Roten Armee zu erkämpfen.

Ich bin nur der Mann, der im Exil Remers Rollstuhl geschoben hat.

Ich bin nur der Mann, der Thies Christophersens Koffer trug, als dieser bereits vom Tod gezeichnet und von seinen Verfolgern aus Dänemark und der Schweiz verjagt, in einer spanischen Fischerhütte Zuflucht fand.

Ich bin nur der Mann, der Germar Rudolf die Türe auftrat, als der am ersten Tag seiner Flucht aus Deutschland einst daran anklopfte.

Doch dies genügt mir, mich als bevollmächtigt zu fühlen, Molaus Spott im Namen aller Verfolgten entgegenzutreten.

Im Namen derer, die im Exil verstarben, die als Greise, im Rollstuhl, auf Krücken, als Kranke, als Blinde den Weg vor den Richter und in den Kerker anzutreten bereit waren oder die viele Jahre ihres Lebens im Gefängnis für die Freiheit geopfert haben.

Aber Molau beleidigte nicht nur, er spielt, wenn auch ungewollt, der Bedrohung durch die Politische Psychiatrie in die Hände:

Indem er durch sein Pauschalurteil den Geisteszustand von **Zündel, Rudolf, Faurisson, Walendy, Stäglich, Graf, Deckert, Roeder, Fröhlich, Gudenus, Kemper, Schweiger, Rebhandl, Radl, Stieber, Ochensberger, Verbeken, Remer, Christophersen, Varela, Bosse, Haverbeck und Kögel**, um nur einige zu nennen, in Frage stellt, hat er den Stoff geliefert, aus dem die vielleicht teuflischste Form aller politischen Verfolgung gestrickt ist: Die Politische Psychiatrie!

Große Namen von Dichtern und Denkern kommen da in Erinnerung:

Ezra Pound, Parker Yockey, Knud Hamsun!

Doch es geht nicht nur um die Vergangenheit: Die politische Psychiatrie reckt ihre scheußlichen Krakenarme längst bis weit in die Gegenwart herein: Der Pionier des Revisionismus, der Österreicher Drrr. Franz Scheidl wurde mittels eines psychiatrischen Gutachtens ebenso mundtot gemacht, wie Ing. Emil Lachout, der wohl bedeutendste Revisionist südlich der Mittelgebirge und östlich von Vichy.

Beiden ist von Psychiatern per Ferndiagnose fälschlich bescheinigt worden, "partiell" unzurechnungsfähig zu sein!

Niemand hatte verlangt, daß Molau die Zeitgeschichtsschreibung revidieren helfen sollte. Niemand verlangte Molaus Zustimmung zum Revisionismus. Er sollte nur, so lauteten die Richtlinien, den Mund halten.

Wohl um seiner Karriere willen meinte er jedoch, seine "correctness" beweisen und deshalb seinen Hohn über die Opfer der Gesinnungsverfolgung ausgießen zu müssen.

Doch er hat die Zeichen der Zeit verkannt! Bald wird sich weisen, daß es klüger für ihn gewesen wäre, sich der Parteidisziplin verpflichtet zu fühlen, also zu schweigen!

Wie gut, daß auch er sich zu erkennen gab, ehe aus ihm etwas wurde.

Gerd Honsik

P.S. Diese Schrift wird auch in die spanische Sprache übersetzt und von Valencia aus verbreitet werden.
Montag, 2. Januar 2006

VOLTAIRE HAT UNTER IHNEN KEINE ERBEN

Der Pariser Strafverteidiger Eric Delcroix über Gesinnungsstrafrecht, Folter und das ausreichende Instrumentarium gegen den Terror

Dass Frankreich mit schwerwiegenden Problemen zu kämpfen hat, hat die Welt während des Aufstands in den Vorstädten im November 2005 mitverfolgt. Andere Schwierigkeiten wie etwa die Einschränkung der bürgerlichen Rechte und Freiheiten durch immer neue angeblich gegen Terrorismus zielende Gesetze betreffen Frankreich wie Deutschland gleichermaßen. Und dennoch ist es in unserem Nachbarland auch um manches besser bestellt als in Deutschland. Die National-Zeitung hat mit dem bekannten Pariser Strafverteidiger Eric Delcroix Themen erörtert, die in einem freiheitlichen Rechtsstaat als „heiße Eisen“ angesehen werden müssen. „Freiheit der Wissenschaft setzt Recht auf Irrtum voraus“

National-Zeitung: *Herr Rechtsanwalt, 19 französische Historiker haben den am 12. Dezember 2004 veröffentlichten Appell „Freiheit für die Geschichte“ unterzeichnet, in dem sie sich gegen die „immer häufigeren politischen Interventionen in die Würdigung vergangener Geschehnisse“ und gegen „Gerichtsverfahren gegen Historiker und Denker“ wenden. Acht Tage später publizierten 32 bekannte Gegner dieses Appells ein Gegenmanifest. Wer hat Recht?*

Delcroix: Natürlich haben die 19 Historiker Recht. Es ist nur bedauerlich, dass sie solange gewartet haben. Sie haben sich erst empört, nachdem in einem Gesetz vom Februar 2005 die „positive Rolle“ der französischen Kolonialisierung in Übersee gesetzlich festgeschrieben worden ist. Sie hätten sich aber schon früher engagieren sollen: gegen das gegen den Revisionismus gerichtete Gaysot-Gesetz vom Juli 1990, gegen das Gesetz vom Januar 2001, das den Völkermord an den Armeniern durch die Türken anerkennt, und gegen jenes, das mehr als 150 Jahre nach Abschaffung der Sklaverei im Mai 2001 deren kriminellen Charakter feststellte. Auch bezweifle ich, ob einer dieser Historiker die Courage hätte, vor Gericht für das Prinzip Zeugnis abzulegen, das sie abstrakt darlegen. Voltaire hat unter ihnen keine Erben. Jener Voltaire, demzufolge der Einsatz für die Meinungsfreiheit auch bedeutet, für jene einzutreten, die den eigenen Vorstellungen entgegengesetzte Ideen haben.

National-Zeitung: *Immerhin stellen sich die 19 Historiker auf den Standpunkt: „In einem freien Staat ist es weder Sache des Parlaments noch der Justiz, die historische Wahrheit zu definieren.“ Wie beurteilen Sie diese Aussage?*

Delcroix: Personen zu verfolgen, die ihre Meinungen zu historischen Vorgängen äußern, halte ich für nicht akzeptabel, selbst wenn diese Meinungen als falsch und schockierend einzustufen sind. Das hieße, die Justiz zum Garanten der metaphysischen Wahrheit zu machen, was auf eine Rückkehr zu Vorgehensweisen der Inquisition hinausläufe. Letztendlich geht es hier um die Freiheit der Wissenschaft, die untrennbar mit dem europäischen Geist verbunden ist und die auch das Recht auf Irrtum voraussetzt. Ich bin der Meinung, dass es die Aufgabe der Justiz ist, die Ordnung

aufrechtzuerhalten, nicht jedoch, eine wie auch immer geartete Priesterrolle zugunsten des „Guten“ auszufüllen. Das Recht darf nicht mit der Moral und den Leidenschaften, die sie hervorruft, verwechselt werden.

Die Freiheit des Verteidigers

National-Zeitung: *Welche Erfahrungen haben Sie als Verteidiger mit den Gesetzen gemacht, die die Meinungsfreiheit auf historischem Gebiet einschränken?*

Delcroix: Meine Erfahrung als Rechtsanwalt lautet zusammengefasst, dass das Gesinnungsstrafrecht zurückgekehrt ist, auch wenn in einer dem „Neusprech“ - also der ideologisch pervertierten Sprache in George Orwells Roman „1984“ - würdigen Weise das Gegenteil behauptet wird. Jedoch sind in Frankreich, von einer Ausnahme im Jahr 1992 abgesehen, in den letzten 30 Jahren Gefängnisstrafen für Gesinnungsdelikte vermieden worden. Ich fürchte, dass sich das sehr bald nach dem Muster der Bundesrepublik Deutschland, Österreichs und der Schweiz ändern könnte. Manchmal führe ich mir zu meiner Beruhigung vor Augen, dass die französische Justiz auch sehr zögerlich war, als es darum ging, Hexen zu verbrennen.

National-Zeitung: *In Deutschland sind Rechtsanwälte wegen Volksverhetzung verurteilt worden, weil sie als Verteidiger in ihrerseits wegen Volksverhetzung geführten Strafverfahren Beweisanträge gestellt hätten, mit denen in strafbarer Weise Teile des unter der Herrschaft des Nationalsozialismus an den Juden begangenen Völkermordes geleugnet worden seien. Hat es vergleichbare Fälle auch in Frankreich gegeben?*

Delcroix: Nein, bis heute hat die Verteidigung im Gerichtssaal das freie Wort und das gerecht unserer Justiz zur Ehre. Die Verteidigung genießt eine Immunität, die auf Artikel 41 unseres Gesetzes vom 29. Juli 1881 zurückgeht. Der Verteidiger kann also zwischen Konfrontation und Kooperation wählen. Ich nehme mit Verwunderung und auch einer gewissen Empörung zur Kenntnis, was sich in derartigen Strafverfahren in Deutschland und in der Schweiz abspielt, wo die Verteidigung anscheinend nicht mehr ohne weiteres auf Konfrontationskurs gehen kann. Das kannte man früher in der Sowjetunion!

„Folter an ‚Subunternehmer‘ übertragen“

National-Zeitung: *Der deutsche Innenminister Wolfgang Schäuble spricht sich dafür aus, auch unter der Folter gewonnene Informationen zu verwerten. Gibt es ähnliche Stimmen auch in Frankreich?*

Delcroix: Die Folter verweist uns wiederum ins Zeitalter der Inquisition und der Hexenprozesse. Und in Frankreich ist die öffentliche Meinung in diesem Punkt nach meinem Eindruck ziemlich eindeutig. Vielleicht weil unsere Regierenden im Vergleich zu den deutschen doch reservierter und weniger vasallenhaft gegenüber den ach so moralischen USA sind, deren kasuistische Rechtsfindung Guantanamo ebenso rechtfertigt wie sie die ins Ausland verlegte und sozusagen an „Subunternehmer“ übertragene Folter zulässt.

National-Zeitung: *Was halten Sie von dem neuen Antiterrorgesetz, das Innenminister Sarkozy vor Weihnachten in beiden Kammern des französischen Parlaments durchpeitschte? Es vergrößert die Macht der Geheimdienste und erlaubt unter anderem einen verstärkten Zugriff auf Telefon- und Internetdaten.*

Delcroix: Ich halte wenig von dieser Art gefährlicher und unnützer Initiativen. Unnützlich, weil ein ausreichendes juristisches Instrumentarium seit langem besteht und sich als wirksam erwiesen hat. Aber ein solcher Vorschlag hilft den jeweils Mächtigen, die Vorstellung aufrechtzuerhalten, sie seien unentbehrlich, auch wenn sie Gesten und Posen echtem politischem Handeln vorziehen. Je mehr man heute von Freiheit spricht, desto weniger wird sie respektiert. Die Zukunft wird nicht leicht werden für freiheitsliebende Menschen, da die angeblich gegen den Terrorismus gerichteten Gesetze sich gegen uns wenden und zu einer Einschränkung der bürgerlichen Rechte und Freiheiten führen werden.

Nationalzeitung Nr. 02/06, 6. Januar 2006
http://www.national-zeitung.de/Artikel_06/NZ02_4.html

SUCHEN UND FINDEN

§§§§§§ Tschechien: Broschüre leugnet Holocaust

In Tschechien findet eine Broschüre Verbreitung, die den Holocaust leugnet. "Auschwitz - Fakten und Fiktion" ist der Titel der Publikation, die in diesen Tagen per Post Pädagogen von einer Organisation erhalten.

Diese Organisation nennt sich "Nationales Bildungsinstitut", berichteten die tschechischen Zeitungen am Donnerstag. Der Autor, Rudolf Seidl, bestreitet, dass man in Auschwitz die Häftlinge in großem Umfang umgebracht hat.

Der Sendung ist ein Begleitbrief von Pavel Fabian beigelegt, der sich als Chef des "Nationalen Bildungsinstituts" vorstellt. Nach Informationen der Tageszeitung "Lidove noviny" steht Fabian der tschechischen Neonazi-Gruppierung "Nationaler Widerstand" ("Narodni odpor") nahe und war auch einer der Mitveranstalter der Demonstration von Rechtsextremisten vor der deutschen Botschaft in Prag am 28. Oktober, bei der die Freilassung des mutmaßlichen Holocaust-Leugners Ernst Zündel gefordert wurde.

Nach Angaben des Blattes hat die tschechische Polizei von der Broschüre schon seit längerer Zeit Kenntnis. Im Jahr 2000 gab sie ein Gutachten in Auftrag, allerdings wurde niemand bestraft. Die Broschüre wurde angeblich in Belgien gedruckt, und der Polizei gelang es, weder den Autor Seidl noch die Verteiler aufzuspüren. "Es handelt sich um eine klassische Leugnung des Holocaust. Meiner Meinung nach ist die Verbreitung (der Publikation) strafbar", erklärte dazu der Politologe Zdenek Zboril, der das Gutachten verfasst hatte.

Vorarlberg online

<http://www.vol.at/engine.aspx/page/vol-article-detail-page/cn/vol-news-sreiter-20051110-113218/dc/tp:vol:news-welt/ag/tp-apa>

§§§§§§ Ahmadinedschad nennt Holocaust einen "Mythos"

In Deutschland wäre es strafbar, was Mahmud Ahmadinedschad in immer kürzeren Abständen von sich gibt. Erneut verschärfte Irans Präsident seine anti-israelischen Verbalattacken: Jetzt nannte er den Holocaust einen "Mythos".

Teheran - Der "Mythos vom Massaker an den Juden" sei von den westlichen Staaten "erfunden worden", um mitten in der islamischen Welt einen jüdischen Staat zu erreichen, sagte Ahmadinedschad in einer Rede vor mehreren tausend Zuhörern in der Provinz Sistan-Balutschestan, die heute im staatlichen Fernsehen übertragen wurde. "Statt das Hauptproblem (die israelischen Angriffe in Palästina) zu thematisieren, widmet der Westen sich diesem Mythos", sagte er weiter. Ahmadinedschad wiederholte seine Forderung aus der vergangenen Woche, der Staat Israel solle in eine andere Weltgegend verlegt werden. Dies könne "in Europa, den USA, Kanada oder Alaska" geschehen, fügte er hinzu.

Israel verurteilte die "extremistischen Äußerungen" Ahmadinedschads umgehend. "Wir hoffen, dass die extremistischen Äußerungen des iranischen Präsidenten der Weltgemeinschaft die Augen öffnen werden und sämtliche Illusionen über dieses Regime beseitigen", sagte der israelische Außenamtssprecher Mark Regew.

Ahmadinedschad hatte Israel bereits in der vergangenen Woche mit einem "Krebsgeschwür" verglichen. Zudem hatte er Deutschland und Österreich vorgeschlagen, einen Teil ihres Territoriums abzutreten, um dort einen jüdischen Staat zu errichten. Die Äußerungen lösten weltweit Empörung aus und wurden auch vom Uno-Sicherheitsrat offiziell verurteilt. (*Der Spiegel*, 14. Dezember 2005)

§§§§§§ Rolf Josef Eibicht

Hansa-Straße 138, 81373 München, EDV-Post: Rolf-Josef_Eibicht@web.de

Sonderangebot, letzte Exemplare meines Werkes:

Deutschlands Rechte Ordnungs- und Gestaltungsauftrag

Kurzbeschreibung: Mit diesem Buch soll der Versuch gemacht werden, die deutsche Rechte in allen Organisationen zu einem gemeinsamen Vorgehen zu ermutigen, gleichzeitig aber auch auf Gefahren hinzuweisen, die ihr sowohl von politischen Gegnern als auch durch eigenes Verschulden drohen. Selbstverschuldete und hausgemachte Niederlagen und Sozialunwirksamkeit!!

Mit diesem Buch werden Anmerkungen zur deutschen Rechten insgesamt vorgelegt. Die deutsche Rechte bietet leider immer noch ein sehr heterogenes Erscheinungsbild. Die Zersplitterung in verschiedene Lager und Heerhaufen ist *nur eine* der Ursachen ihrer bisherigen Erfolglosigkeit auf Bundesebene. Aber vor allem auch fehlerhafte politische Positionierungen, ideologische Irrwege. Ein Durchbruch ins Berliner Zentralparlament, eine Präsenz im Deutschen Bundestag ist von entscheidender, weil die Dinge grundsätzlich verändernder Bedeutung für die Anliegen der deutschen Rechten insgesamt: *für die demokratische, soziale und nationale Erneuerung*. Zur Beseitigung der *andauernden Verfälschung unserer Demokratie* (Verfassungsrecht und Verfassungswirklichkeit), wo Millionen national denkender und national fühlender Bürgerinnen und Bürger, Millionen die sich noch an Traditionen, Normen, Werten und Tugenden gebunden fühlen, schon seit Jahrzehnten aus dem gesamten politischen Meinungs- und Willensbildungsprozeß ausgegrenzt werden, *eine ganze politische Strömung* niedergehalten und permanent nahezu *ausgelöscht* wird, somit auch das Allgemeinwohl sozialverantwortbar erst gar nicht gefunden werden kann. Es muß einen Weg zur Sozialwirksamkeit und zum Erfolg einer Rechtsformation geben!! *Aber dazu bedarf der deutsche Patriotismus, die deutsche Rechte, einer Reformation um die auch überwiegend selbstverschuldete Sozialunwirksamkeit, die auch eigenen Fehler und ideologischen Irrwege überwinden zu können!!* Im Buch finden sich unter anderem folgende Kapitelüberschriften: Begründung einer nationalen Politik; Maßnahmen gegen rechtsgerichtete Gruppen und Personen; Gestaltung einer nationalen Politik; Zentralmaximen des Nationalen und des Demokratischen; Nationale Selbstbewahrung und Selbstbehauptung. Das Buch hat 490 Seiten, Großformat, 20 Abbildungen.

Das Werk kann bei mir bestellt werden. Bei Überweisung von 12,50 Euro auf mein Konto: Postbank München, KontoNr. 491905800 Bankleitzahl 70010080 oder in einem Briefumschlag erfolgt umgehend port- und verpackungsfreie Zusendung. Bitte genaue Adressenangabe. Es sind noch viele Exemplare vorhanden. Vielleicht können Sie das Werk auch bei anderen Interessierten weiterempfehlen.

Mit freundlichen Grüßen
Rolf Josef Eibicht

§§§§§ Die Wahrheit ist nicht mehr aufzuhalten!!!!

Prozess gegen Horst Mahler

Am 10. Januar 2006, 9.00 Uhr findet vor dem Amtsgericht Potsdam, Potsdam, Hegelallee 8, Saal 310, die Hauptverhandlung gegen Horst Mahler statt.

Gegenstand: Billigung von Straftaten (11. September 2001) und Volksverhetzung.

Zur Herstellung einer großen Öffentlichkeit ist ein zahlreiches Erscheinen unabdingbar.

Mit reichstreuenden Grüßen
Kevin Käther

§§§§§ Das Collegium Humanum

Zentrum der Holocaustleugner

Das Collegium Humanum ist wohl eines der ältesten Seminarhäuser der extremen Rechten. In den letzten Jahren entwickelte es sich zum Zentrum der Holocaustleugner. Die Geschichte der 1963 gegründeten Heimvolkshochschule am Rande der ostwestfälischen Kleinstadt Vlotho reicht zurück bis in den Nationalsozialismus. Der mittlerweile verstorbene Gründer, Werner Georg Haverbeck war ein alter NS-Funktionär, der es zeitweilig bis in die Reichsleitung der NSDAP gebracht hatte. Als Leiter des mit bis zu fünf Millionen Mitglieder starken »Reichsbundes Volkstum und Heimat« war seine Aufgabe die Gleichschaltung der Heimat- und Naturschutzbewegung gewesen. In der »Reichsmittelstelle für Volkstumsarbeit« war er maßgeblich an der Organisation der Nürnberger NSDAP Parteitage beteiligt.

Nach 1945 wandte sich Haverbeck der Anthroposophie zu und wurde einer der bekanntesten extrem rechten Ökologen. Allerdings war diese Einschätzung in den 70er Jahren noch die Ausnahme. Obwohl Haverbeck an seine Tätigkeit aus dem Nationalsozialismus anknüpfte, jetzt mit dem Ziel die Umweltbewegungen zu beeinflussen, galt er eher als Linker. Er war Berater des SPD-Ministers Egon

Bahr, Redner auf den Anti-AKW-Demonstrationen in Brokdorf oder an der Gründung der Grünen beteiligt.

Das Collegium Humanum versuchte in dieser Zeit mit Bildungsarbeit und Politik auch Kreise zu erreichen, die nicht zum extrem rechten Spektrum gehörten. Mit direkten Bezügen zum Nationalsozialismus wurde daher sparsam umgegangen. Das änderte sich erst 1981, als Haverbeck zu den Erstunterzeichnern des rassistischen Heidelberger Manifestes gehörte, in dem die »Überfremdung unseres Volkstums« durch die Zuwanderung beklagt wurde. Ebenfalls für öffentliche Empörung sorgte im Oktober 1984 ein Treffen des »Komitee zur Vorbereitung der Feierlichkeiten zum 100. Geburtstag Adolf Hitlers« im Collegium Humanum.

Freunde und Förderer aus wohlhabenden Kreisen

Seitdem fanden im Collegium vermehrt Veranstaltungen von Neonazis und extremen Rechten statt. Das Haus fasst bis zu 150 Personen und bietet rund 50 Betten. Immerhin rund 3.000 »Freunde und Förderer« beziehen die Zweimonatsschrift des Trägervereins, die »Stimme des Gewissens«. Sowohl für die bundesweite als auch für die regionale Szene hat das Haus eine wichtige Funktion. Es wird für Vortragsveranstaltungen, Wochenendseminare, Tagungen, Konzerte oder Schulungen genutzt. Zu den teils regelmäßigen Gästen gehörte das gesamte extrem rechte Spektrum von der NPD-nahen Deutschen Akademie über die Deutschlandbewegung, die neurechts ausgerichtete Synergies Europeennes, die Gesellschaft für freie Publizistik, die nationalrevolutionäre Zeitschrift »Wir selbst« bis hin zu den freien Kameradschaften.

Während etwa die Sommerakademien der Synergies Europeennes eher pseudowissenschaftlichen Charakter haben, geht es bei anderen Veranstaltungen lauter zu. So waren bei einem Balladenabend im März 2001, zu dem etwa 150 Besucher ins Collegium Humanum gekommen waren, die Rechtsrockmusiker Sleipnir aus Gütersloh und Nemesis aus Schottland zu hören. Etliche zeigten Hitlergrüße und Leiter der Veranstaltung war ein Angehöriger der kurz zuvor in der Bundesrepublik verbotenen Blood & Honour Bewegung.

Auch die ostwestfälischen freien Kameradschaften nutzten das Haus nach einem Bericht der Broschüre »Stop Lifestyle of Hate« im April 2001 zu einem Seminar, mit dem die Bielefelder Kameradschaft unter Bernd Stehmann die Ausbildung von »Unterführern« bezweckte. Zu einem regionalen Kameradschaftstreffen lud im September 2005 Meinolf Schönborn ein. »Nicht reden, Handeln« war das Motto des Nachmittags, mit dem der Neonazi vor allem jüngere Menschen erreichen wollte. Schönborn war in den 80er/90er Jahren Anführer der verbotenen Nationalistischen Front (NF) und betreibt jetzt in Herzebrock-Clarholz den »Z-Versand« für neonazistische Propaganda und Devotionalien.

Weder Glatzen noch Springerstiefel trägt das Publikum auf anderen Veranstaltungen des Collegiums. Besonders die TeilnehmerInnen der eigenen Seminare des Hauses setzen sich oft aus Angehörigen akademischer Berufe zusammen. Seit 2003 ist vor allem der Holocaustleugner und Antisemit Horst Mahler als ständiger Referent im Collegium zu Gast. Von ihm oder Referenten aus dem Kreis des »Vereins zur Rehabilitierung der wegen Bestreitens des Holocausts Verfolgten« (VRBHV) werden die meisten Seminare bestritten. Obwohl Holocaustleugnungen und schamlose Verherrlichung des Nationalsozialismus die politischen Aussagen prägen, kommen die »Freunde und Förderer« aus wohlhabenden Kreisen und stammen häufig aus dem Spektrum extrem rechter Ökologen und Anthroposophen. Es ist eine Besonderheit des Collegiums, dass es die alte und neue Generation, Neonazi-skinheads und bürgerlich scheinende extreme Rechte zusammenführt.

»Friedenspolitiker« Hitler

Diese Funktion repräsentiert auch die jetzige Leiterin, Ursula Haverbeck. Dazu gehört nicht nur ihr Engagement als Ansprechpartnerin der Frauengruppe in der Deutschlandbewegung, die den Anspruch hat, die extreme Rechte zu vereinigen. Zusammen mit Horst Mahler tritt sie bundesweit bei Veranstaltungen und Aktionen auf. Burschenschaftshäuser gehören ebenso dazu wie Neonaziaufmärsche. Beide waren etwa im August 2004 RednerInnen beim sogenannten Rudolf-Hess-Marsch in Wunsiedel. Unter dem Titel »Ehre, Treue, Wahrhaftigkeit« zeichnete Ursula Haverbeck dort das Bild vom »Friedenspolitiker« Hitler.

Das Collegium Humanum ist jedoch keine reine Schulungsstätte. Von dem Haus geht eine Politik aus, die sich im Wirken mehrerer Vereine manifestiert. Neben dem Trägerverein und dem »Verein Gedächtnisstätte« ist der wichtigste derzeit der VRBHV, mit dem eine internationale Sammlungsbewegung von Holocaustleugnern angestrebt wird. Schon während der revisionistischen Kampagne Ende der 80er Jahre hatte das Collegium Humanum eine wichtige Funktion. Werner Georg Haverbeck bezeichnete 1989 den Holocaust als eine »Todsünde gegenüber der Wahrheit« und den geplanten »Totschlag der Volksseele« und Ursula Haverbeck erklärte: Es sei »einwandfrei nachgewiesen, dass es im gesamten Reichsgebiet keine Vergasung gegeben hat.«

Auch andere Funktionäre des Trägervereins verbreiteten Holocaustleugnungen. Etwa Ernst-Otto Cohrs, Schriftleiter der »Stimme des Gewissens« oder Vorstandsmitglied Günther-Ernst Kögel,

der die deutsche Übersetzung des Leuchter-Reports veröffentlichte. Vorüberlegungen für ein weiteres »Standardwerk« der Holocaustleugner fanden ebenfalls im Collegium Humanum statt. Germar Scheerer beriet sich dort mit Werner Georg Haverbeck, bevor er 1992 sein »Gutachten« über die Bildung und Nachweisbarkeit von Cyanidverbindungen in den Gaskammern von Auschwitz erstellte.

Verein zur Neubelebung der Holocaustleugnerszene

War das Collegium also auch in der Vergangenheit ein Dreh- und Angelpunkt der Holocaustleugnung, wurde es in den letzten Jahren zu einem Zentrum ausgebaut. Die Verbindung mit Horst Mahler und seinen Anhängern aus dem Deutschen Kolleg führte zu einem für das Collegium neuen Aktionismus, der die Holocaustleugnung in die Öffentlichkeit tragen sollte. Um den Verein Collegium Humanum e.V. und die beiden häufigen Referenten Horst Mahler und Bernhard Schaub ist eine Gruppe entstanden, die nicht nur bei Seminaren in Vlotho, sondern auch bei Kundgebungen, Prozessen und Veranstaltungen immer wieder in Erscheinung tritt. Mit dem VRBHV versuchen sie der Szene einen organisatorischen Rahmen zu geben.

Der Verein wurde an einem symbolischen Datum, am 9. November 2003, gegründet und die Liste der 64 Gründungsmitglieder entspricht einem »Who is Who« neonazistischer Geschichtsrevisoren, die fast alle einschlägig in Erscheinung getreten sind; darunter Ernst Zündel (Kanada), Prof. Robert Faurisson (Frankreich), Germar Rudolf (geb. Germar Scheerer), Gerd Honsik, Wilhelm Stäglich, Fredrick Töben (Australien), Hans-Dietrich Sander, Manfred Röder, Frank Rennie und Anneliese Remer. Vorsitzender des Vereins wurde der Schweizer Holocaustleugner Bernhard Schaub, seine Stellvertreterin Ursula Haverbeck. Als Schatzmeister amtiert Arnold Höfs aus Springe und als Geschäftsführer der Berliner Rainer Link. Mit dem Mitgliedsbeitrag von monatlich 10 Euro sollen Prozesskosten von Holocaustleugnern finanziert werden, insbesondere die Arbeit von Horst Mahler, der nach dem Entzug seiner Anwaltszulassung kein Erwerbseinkommen mehr hat. Ursprüngliches Ziel des Vereins war die Wiederaufnahme von Strafprozessen, denn viele der Gründer haben in der Vergangenheit durch spektakuläre Aktionen von sich reden gemacht und sind einschlägig vorbestraft.

Reichsfahnen auf der Wartburg

Dass der Verein nicht nur eine Rehabilitierung der Holocaustleugner im Sinn hat, die hier als Verfolgte zu Opfern hochstilisiert werden, sondern eine weitere Verbreitung der Holocaustleugnung, zeigt bereits die Gründungsversammlung. Ursula Haverbeck bezeichnete dort die Reichspogromnacht als den »Beginn der großen Lüge, die endgültig zu Fall zu bringen Anliegen unseres Vereins sein wird: Der Auschwitz-Lüge«. Später wurde Haverbeck verurteilt, weil sie ihre Rede anschließend in der »Stimme des Gewissens« veröffentlicht hatte, in der auch die Mitteilungen, Berichte und Ankündigungen des VRBHV erscheinen.

Das Kalkül, durch die massenhafte und provokative Verbreitung von Holocaustleugnungen, eine Normalisierung und Straffreiheit für derartige Aussagen zu erreichen, scheint zumindest teilweise aufzugehen. Nur ein verschwindend kleiner Teil der Volksverhetzungen kommen derzeit vor Gericht und bestärken den Verein in seinem Aktionismus.

Neben zahlreichen Besuchen von einschlägigen Prozessen versuchen die Aktivisten des VRBHV auch durch Veranstaltungen und Kundgebungen Öffentlichkeit für Holocaustleugnung herzustellen. Ein Beispiel ist der Versuch, am 30. Juli 2003 in der Gedenkstätte des Konzentrationslagers Auschwitz selbst den Holocaust zu leugnen. Ein »Vorauskommando« hatte vor Ort bereits Erkundigungen eingezogen. Der Plan scheiterte dann jedoch an einem gegen Horst Mahler verhängten Ausreiseverbot. Ersatzweise inszenierten Mahler und Haverbeck mit rund 15 Aktivisten eine Kundgebung auf der Wartburg. Nach einem Fotobericht auf einer der Internetseiten der Szene versammelte sich die Gruppe unter den Augen der Polizei, um ein Transparent mit der Aussage »Den Holocaust gab es nicht« und schwenkte Fahnen des Deutschen Reiches. Erst nach Ende der Versammlung wurde das fragliche Transparent und andere Kundgebungsmaterialien in einem von Ursula Haverbeck gefahrenen PKW beschlagnahmt. Strafrechtlich hatte die Kundgebung jedoch keine Folgen. Während Prozesse, wie derzeit gegen Zündel, für große Presseöffentlichkeit sorgen, bleibt die zweite Reihe der Holocaustleugner weitgehend unbehelligt. Hier besteht in der Tat die Gefahr, dass sich holocaustleugnende Aussagen verbreiten und zunehmend zur Normalität werden. Nicht die vergleichsweise kleine Gruppe um das Collegium Humanum ist dabei das Problem, sondern eine umfangreiche Neonaziszene und das nicht unerhebliche antisemitische Einstellungspotential in der Gesellschaft, die den Resonanzboden für die Holocaustleugnerszene bilden.

<http://www.nadir.org/nadir/periodika/aib/archiv/70/30.php>

§§§§§ Bei Grabert Verlag:

Hans Meiser, *Das Tribunal. Der größte Justiz-Skandal der Weltgeschichte. Ein deutsches Drama.* 256 S.

Meiser hat die wichtigsten Vorgänge des Nürnberger Prozesses in Form eines packenden zeitgeschichtlichen Dramas dargestellt. In eindrucksvoller Weise läßt er die entscheidenden Persönlichkeiten, Ankläger und Richter wie Angeklagte, mit ihren Originalzitate auftreten, deren Quelle jeweils genau angegeben wird. In dichterischer Freiheit werden Grundsatzfragen bei erdachten Begegnungen behandelt.

§§§§§ Geist Abwaschung

Inhaltliche Ziele

Die Schülerinnen und Schüler sollen

- die Argumentationsweise der Holocaust-Leugner an verschiedenen Beispielen untersuchen.
- die Motive und Ziele der Holocaust-Leugner erkennen.
- die These von der Holocaust-Lüge mithilfe von Quellenmaterial widerlegen lernen.
- das Thema in der Klasse diskutieren.

Ziele aus dem Bereich Medienkompetenz

Die Schülerinnen und Schüler sollen

- Informationen zur Widerlegung der Holocaust-Lüge im Internet recherchieren.
- sich inhaltlich mit der Website "Holocaust-Referenzen" auseinandersetzen.
- die Möglichkeiten der Verbreitung von Inhalten und Propaganda im Internet reflektieren und diskutieren.

Holocaust-Leugner und ihre Gegner im Internet

Wie nutzen Rechtsextremisten das Internet? Und welche Möglichkeiten haben ihre Gegner?

Ziele von Portalen gegen die Holocaust-Lüge

Das Portal "Holocaust-Referenz" und das kanadische "Nizkor-Project" enthalten umfassende Informationen über die Vorgehensweise und die Argumentation der Holocaust-Leugner im Internet. Die Schülerinnen und Schüler sollen bei diesem Unterrichtsschwerpunkt die Ziele der Betreiber dieser Seiten kennen lernen. Sie sollen sich außerdem informieren, welche Möglichkeiten Holocaust-Leugner haben, ihre Standpunkte im Internet zu verbreiten. In diesem Zusammenhang sollen sie das Thema "Meinungsfreiheit gegen Menschenwürde im Internet" reflektieren und diskutieren.

Achtung bei indizierten Inhalten

Links- sowie insbesondere rechtsextreme Medienangebote werden von der Bundesprüfstelle als jugendgefährdende Inhalte indiziert. Auch das Verherrlichen der NS-Zeit, das zumeist nach dem Strafgesetzbuch nicht verboten ist, wird von der Bundesprüfstelle als jugendgefährdend angesehen. Daraus ergibt sich, dass gerade bei der Suche nach rechtsextremen Inhalten im Internet eine fundierte "Aufklärung" der Schülerinnen und Schüler über die Rechtslage nötig ist. Auch wer fahrlässig rechtsextremistische, indizierte Inhalte aus dem Internet herunterlädt und verbreitet, macht sich nach § 21 Abs. 3 GjSM strafbar.

INTERNETADRESSEN

— [Holocaust-Referenz](#)

Argumente und Dokumente zur Diskussion mit Holocaust-Leugnern.

— [Die andere Seite : Kuriositätenkabinett](#)

Kuriositätenkabinett von Jürgen Langowski zu Bemerkungen des Holocaust-Leugners Norbert Marzahn

— [The Nizkor Project](#)

Das "Nizkor Project" in Kanada ist das älteste und umfangreichste Archiv zum Holocaust im Internet (Inhalte auf Englisch und Spanisch).

<http://www.lehrer-online.de/dyn/9.asp?url=227682.htm>

§§§§§ Israel Shamir: Blumen aus Galiläa

Israel Shamir: *Blumen aus Galiläa*

Schriften gegen die Zerstörung des Heiligen Landes
Promedia Verlag, Wien 2005, 216 Seiten

Elisabeth Lindner-Riegler

Israel Shamir, geboren 1947 in Novosibirsk, kam 1969 als Sohn jüdischer Eltern nach Israel. Er diente in einer Fallschirmjägereinheit der israelischen Armee und kämpfte im Yom Kippur-Krieg im Jahre 1973. Shamir übersetzte den Talmud, James Joyce, Homer und andere Klassiker in die russische Sprache und arbeitet als Journalist. Während der Zweiten Intifada im Jänner 2001 machten es ihm die israelischen Angriffe auf die Palästinenser unmöglich, länger über die politischen Ereignisse zu schweigen und seither tritt er in vielen Artikeln, übersetzt in mehrere Sprachen, unmissverständlich für ein freies, demokratisches Palästina ein. Auch das vorliegende Buch ist ein Plädoyer für einen demokratischen Staat in Palästina, in dem der Zionismus besiegt wird, um sowohl für Palästinenser als auch Juden das Überleben in Freiheit und Menschenwürde zu sichern. Dazu gehört auch die Anerkennung des Rückkehrrechts aller Palästinenser. Shamir beschreibt in vielen Details und in eindringlicher Weise die menschenverachtende zionistische Politik wie die gezielten Tötungen, die Ghettoisierung durch den Mauerbau, die ethnischen Säuberungen. Da das Ungleichgewicht der Kräfte so groß ist, sieht er die Ereignisse in Palästina so: „...dies ist schleichender Genozid.“ (S. 114)

Natürlich ist ein Israeli wie Shamir, der sich dem nationalen Konsens nicht beugt, die Forderungen der Palästinenser zu seinen eigenen macht und dem zionistischen Israel die Legitimation entzieht, heftigster Kritik ausgesetzt – von Seiten all der Kräfte, die jede Kritik am Zionismus mit dem Argument abschmettern, dass sie primär antisemitisch wäre. Die Erklärungen Shamirs, seine Analysen der Gründe für die - völlig zu Recht - angegriffene zionistische Politik machen es diesen Kräften allerdings sehr leicht. Denn Shamirs Analysen spiegeln die gängige Palette antisemitischer Vorurteile wider und tun in diesem Sinne dem politischen Anliegen des palästinensischen Volkes nichts Gutes.

Es geht um Palästina, um ein freies demokratisches Palästina – ja! Dieser Kampf muss und kann jedoch unterstützt werden ohne die Juden und ihre Seele dafür verantwortlich zu zeichnen! Wer sind denn eigentlich „die Juden“ bei Shamir? „Man nehme eine Ameise und sie wird einen Ameisenhügel bauen. Man nehme einen Juden und er wird ein Ghetto bauen. Man nehme einen Palästinenser... nun, mein Freund Mussa lud seinen alten Vater aus seinem Dorf in Samaria ein, um mit ihm in seinem neuen Heim in Vermont zu leben, und sein alter Vater begann Terrassen anzulegen und Olivenbäume zu pflanzen.“ (S. 49) So einfach und plakativ ist der Charakter der Juden und der Palästinenser doch nicht zu erklären. Die Trennlinie verläuft nicht zwischen den bösen Juden und den guten Palästinensern. Genauso wenig erklärt die folgende Analyse den Konflikt in Palästina – sie ist bestenfalls antisemitisch: „Für Graetz und die Sprecher der IDF [Israel Defense Forces], israelisches Militär) üben Juden immer „Vergeltung“. Dieses Dogma ist keine Erfindung der CNN oder Scharons: es ist als ultimative Verteidigungsstrategie tief in der jüdischen Psyche verwurzelt.“ (S.120) Und „Wir Juden haben es bis jetzt nicht geschafft, die hochmütige Haltung des Auserwählentums zu exorzieren und befinden uns in einer düsteren Lage. Darum werden wir noch immer von der Idee der Überlegenheit beherrscht und es verlangt uns immer noch nach Genozid.“ (S. 121) Hier ist nicht die Rede vom Genozid an den Juden, sondern von Genoziden, die von ihnen begangen wurden. Wenn damit die Situation in Palästina gemeint ist – das wird es wohl sein – so ist die Argumentationslinie dennoch absolut abzulehnen. „Es verlangt uns immer noch nach Genozid...“ - als Beleg für das „immer noch“ dient ein Ereignis aus dem Jahr 614, wo Juden Christen massakrierten. Das ist ein Beispiel für den Tenor, der sich durch das Buch zieht. Statt einer politischen Analyse wird die „jüdische Seele“ heraufbeschworen – ein zutiefst antisemitisches Ressentiment. Für Shamir folgerichtig wird die USA, die die Welt mit Terror überzieht und für die der Israel/Palästina Konflikt ein Bestandteil ihres Strebens nach Weltherrschaft ist, zu einer Marionette Israels, beziehungsweise der Juden, reduziert. „Sie (die Palästinenser) können es nicht mit der drittstärksten Armee der Welt aufnehmen, die auch noch von ihrem zahmen Schoßhündchen, den USA, unterstützt wird.“ (S.86) Das stellt ja wohl die

momentane Welt auf den Kopf, aber Shamir liefert auch dazu eine Erklärung: „Das Judentum (nicht zu verwechseln mit der Bezeichnung für die Millionen von Nachfahren mittelalterlicher Juden) hat seinen Platz in der Weltpolitik wieder und das Gehirn der einzigen Supermacht, der USA, übernommen.“ (S. 148) Und der Niedergang des öffentlichen Lebens Amerikas, der Schwachsinn und die Gewalt des amerikanischen Kinos und der Massenmedien, die die Menschen verblöden, finden seine Erklärung im „Mammonismus“ – einer Grundeinstellung der Juden. „Die jüdisch-mammonitische Übernahme hat die Lebenskräfte Amerikas eliminiert und sie auf Konsum umgestellt.“ (S.162)

Aber nicht nur für die amerikanische Denk- und Lebensweise sind die Juden bei Shamir Lebenselement, sondern auch für all die Strömungen, die er als einseitige Diskurse sieht und - in einen Topf geworfen – verurteilt. „Dasselbe System des tendenziösen, die Wahrheit verformenden Diskurses wurde von jüdischen Aktivisten auf dem Gebiet des militanten Feminismus, des Kommunismus, der Psychoanalyse, des Neokonservatismus und des Zionismus sowie einer Fülle kleiner Bewegungen als Mittel zur Aufwiegelung und Vergiftung der Anhänger im ideologischen Kampf angewandt.“(S.119) Ob fortschrittlich oder reaktionär, links oder rechts, spielt bei Shamir offensichtlich keine Rolle – die jüdischen Aufwiegler sind überall die Drahtzieher. Israel Shamir ist zum Christentum konvertiert und vielleicht erklärt das den Mangel jeglicher politischer Analyse, denn religiöse Eiferer haben andere Erklärungsmuster. So ist es nicht verwunderlich, dass auch in der Gegenüberstellung von Christentum und Judentum eine schwarz-weiß-Malerei vorherrscht, die inakzeptabel ist, weil sie der Geschichte und Gegenwart Hohn spottet. Während im christlichen Glauben „Barmherzigkeit und Gnade in die Welt (gebracht wurden)... Seither ist die Welt voll des Lichts Christi, des göttlichen Lichts“(S. 195,196), ist der jüdische Messias der Messias der Rache, mit all den Konsequenzen für die Psyche. „Ein „perfekter Christ“ ist die Antithese des „absoluten Juden“, denn er weist sowohl das „göttliche Recht“ der Juden, Nichtjuden (in Palästina und anderswo) zu unterdrücken, als auch den mammonitischen Egoismus gegenüber seinen Nächsten zurück.“(S. 199)

Es geht letztendlich bei Shamir um die „Seele der Juden“ und sonstiger metaphysischer Konstruktionen statt um irgendeine Analyse der geopolitischen Situation im Nahen Osten, folglich sind seine Ausblicke düster : „Ja, es hat tatsächlich keinen Sinn, an das Gute in ihnen (den Juden) zu appellieren, denn es existiert nicht. Das „Gute in ihnen“ war nur ein Mittel zum Zweck. Nun hat ihr wahres „Ich“ die Oberhand gewonnen und ist mit all seiner Brutalität zum Vorschein gekommen.“ (S.151)

Damit ziehe ich den Schlusstrich unter ein Buch mit dem wunderschönen Titel „Blumen aus Galiläa“, das ich gerne in die Hand nahm und sehr befremdet weglegte. Sosehr es für die Palästinenser Partei ergreift, sosehr schadet es ihrer Sache. Mit antisemitischen Argumenten von der rachsüchtigen, mammonitischen Seele der Juden, die auch noch das Weltherrschaftsstreben der USA erklärt, mit religiösen Kategorien „böses Judentum“ versus „gutes Christentum“ kann die Parteinahme und Solidarität mit dem Kampf um ein demokratisches Palästina nicht gefördert werden. Kampf dem Zionismus – ja! Antisemitismus – nein!

Elisabeth Lindner-Riegler ist Aktivistin der Antiimperialistischen Koordination in Wien.

Anmerkung der Redaktion und der Autorin:

Nach Veröffentlichung der deutschsprachigen Ausgabe von Shamirs Buch im Promedia-Verlag vor einigen Monaten gab es in den einschlägigen Medien eine teils heftige Diskussion über die Frage, ob das Buch und sein Autor antisemitisch seien oder nicht. Dabei wurde auch der Verlag selbst Zielscheibe solcher Anschuldigungen. Die Redaktion der Intifada, in der auch die Autorin der obigen Rezension mitarbeitet, weist diese Anschuldigungen an den Verlag entschieden zurück. Eine offene Diskussion über die Inhalte von Shamirs Buch hat nichts damit zu tun, einen bewährt kritischen Verlag, der in der Tradition der linken, antifaschistischen und antirassistischen Bewegung steht,

mit dem Vorwurf des Antisemitismus zu verleumden. Die Redaktion und die Autorin der Rezension distanzieren sich entschieden von einer derartigen Vorgangsweise

Intifada Nr. 20, 29 Sept. 2005

AIK / Campo anti imperialista

http://www.antiimperialista.com/index.php?option=com_content&task=view&id=3062&Itemid=151

=====

Klicken Sie auf die folgende URL, um sich von diesem Newsletter abzumelden oder Ihre Einstellungen zu ändern:

[<kausalnexusblatt@yahoo.de>](mailto:kausalnexusblatt@yahoo.de)

AAARGH Archiv

<http://vho.org/aaargh/deut/deut.html>

<http://aaargh.com.mx/deut/deut.html>

<http://litek.ws/aaargh/deut/deut.html>

ANDEREN AAARGH VIERTELJÄHRLICHEN VERÖFFENTLICHUNGEN

<http://geocities.com/ilrestodelsiclo>

El Paso del Ebro

The Revisionist Clarion

Il Resto del Siclo

La Gazette du Golfe et des banlieues (multilingual) <http://ggb.0catch.com>

Conseils de Révision

O revisionismo em lingua português

Arménichantage (Armenische Erpressung)